deutsche architektur



Leichter und ökonomischer bauen • Leninplatz in Berlin • Architektur und bildende Kunst • Automatisierte Projektierung • Rostock-Evershagen

,— Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– Mark

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subcriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner á la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

- Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspechatj
- Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50
- Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Orbis, Zeitungsvertrieb, Praha XII, Vinohradska 46 – Bratislava, Leningradska ul. 14
- Volksrepublik Polen
P. P. K. Ruch, Warszawa, Wilcza 46
- Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen für Bücher und Zeitungen, Rakoczi ut. 5, Budapest 62
- Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest
- Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia 11 a, Rue Paris
- Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana
- Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, Wien I, Salzgries 16

- Für andere Länder:
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen,
108 Berlin, Französische Straße 13–14

Deutsche Bundesrepublik und Westberlin:
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Die Auslieferung
erfolgt über HELIOS-Literatur-Vertrieb-GmbH,
Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 141–167
Vertriebskennzeichen: A 21518 E

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin,
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 02 31
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 3/7/69, 3/8/69

Gesamtherstellung:
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (1/16/01)



Leistungsvergleich für Projekte von Wohnhochhäusern

Der Vorstand der Erzeugnisgruppe „Wohnhochhäuser" ruft in Übereinstimmung mit dem Ministerium für Bauwesen und dem Erzeugnisgruppenverband „Komplexer Wohnungsbau" anläßlich des 20. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik zu einem

Leistungsvergleich Wohnhochhäuser

auf.

Ziel des Vergleiches ist es, Projekte zu ermitteln, die in ihrer Einheit von Gebrauchswert, Konstruktion, Technologie und Ökonomie optimale Lösungen darstellen, hohe städtebauliche Variabilität bieten und somit als echte wissenschaftlich-technische und architektonische Leistungen zur Gestaltung des sozialistischen Charakters der Stadtzentren beitragen.

Teilnahmeberechtigt sind alle Projektierungskollektive, die Projekte für bereits errichtete, in der Bauausführung befindliche oder für eine Ausführung geplante Wohnhochhäuser erarbeitet haben. Die Teilnahme bedarf der Zustimmung des Direktors des bauausführenden Kombinates.

Der Leistungsvergleich wird öffentlich geführt. Die Vergleichsunterlagen sind vom 1. März 1969 bis 30. Juni 1969 (Poststempel) unter dem Kennwort „Leistungsvergleich WHH 69" an

VE Wohnungsbaukombinat Berlin, Sekretariat der Erzeugnisgruppe „Wohnhochhäuser", 113 Berlin, Rüdigerstraße 65

einzusenden.

Unter gleichem Kennwort können Projektierungskollektive aus Betrieben, die nicht der Erzeugnisgruppe „Wohnhochhäuser" angehören, die Bedingungen des Leistungsvergleiches bis 31. März 1969 anfordern und ihre Teilnahmemeldung mitteilen.

Es werden folgende Preise vergeben:

Preise

1. Preis	6000,– Mark
2. Preis	3750,– Mark
3. Preis	3000,– Mark
Anerkennung	1250,– Mark
Anerkennung	1000,– Mark

Für die termin- und qualitätsgerechte Abgabe der Vergleichsunterlagen werden bis zu 500,– Mark Aufwandsvergütung gezahlt. Die Jury wird allen Teilnehmern bis zum 15. April 1969 namentlich bekanntgemacht.

Oberingenieur Schröter
Vorsitzender des Vorstandes
der Erzeugnisgruppe „Wohnhochhäuser"

Redaktionsschluß:
Kunstdruckteil: 3. Januar 1969
Illusdruckteil: 13. Januar 1969

Titelbild:
Der zu erwartende starke Besucherandrang nach der Fertigstellung des Fernsehturms im Stadtzentrum von Berlin zum 20. Jahrestag der DDR erfordert auch am Fuß des Turmes die gastronomische Betreuung und die Information von Touristen. Unter der attraktiven Faltwerkkonstruktion befinden sich ein Gaststätten- und ein Ausstellungs- und Informationstrakt. Der auf der Rückseite gelegene Turmzugangstrakt wird am 20. Jahrestag übergeben.
Blick auf die Umbauung des Fernsehturmes aus Richtung Marx-Engels-Platz
Perspektive: Dr.-Ing. Walter Herzog

Fotonachweis:
Zentralbild/Junge (1); Bezirksbauamt Berlin, Bildstelle (2); Dewag-Werbung Berlin (3); Harry Schmidt, Berlin (6); Peter Garbe, Berlin (2); Foto-Kraus, Leipzig (1); Foto-Eschenburg, Warnemünde (10); Rat der Stadt Dresden, Bildstelle (8); Louis Held, Weimar (1); R. Alfimowa, APN (1); Dieter Urbach, Berlin (1); Konrad Hoffmeister, Berlin (1)

3 deutsche architektur

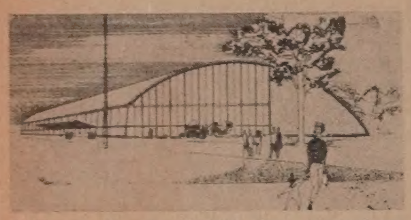
XVIII. Jahrgang
Berlin
März 1969

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

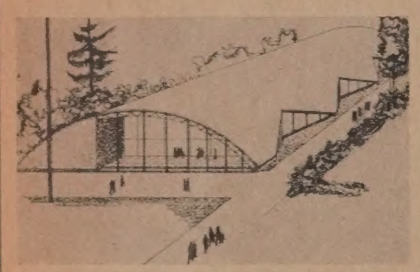
Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Wirtschaftler Walter Stiebitz, Dipl.-Ing. Claus Weidner, Redakteure
Erich Blocksdorf, Typohersteller

Leichter und ökonomischer 23. Plenartagung der DBA

Mit der schnellen Entwicklung des Metalleichtbaus und der Sicherung des dazu notwendigen wissenschaftlichen Vorlaufs beschäftigte sich die Deutsche Bauakademie auf ihrer 23. Plenartagung. Die Bedeutung dieser wissenschaftlichen Konferenz wurde unterstrichen durch die Teilnahme des Mitgliedes des Politbüros des ZK der SED, Dr. Günter Mittag, des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Dr. Kurt Fichtner, sowie der Minister Wolfgang Junker und Kurt Singhuber. Ausgehend vom 9. Plenum des ZK der SED betonte der Präsident der DBA, Professor Dipl.-Ing. Werner Heynisch, daß es darum ginge, vor allem die Bauvorhaben der strukturbestimmenden Industriezweige der DDR in kurzer Zeit, mit niedrigen Kosten und mit hohem Gebrauchswert zu realisieren. Dazu sei eine Kooperationsgemeinschaft Großforschungskomplex Metalleichtbau gegründet worden, deren rund 50 Partnern es obliege, die hierfür notwendigen wissenschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen.
Dr. Günter Mittag erklärte im Schlußwort, es sei von vorrangiger Bedeutung, das wissenschaftliche Potential des Bauwesens und seiner Kooperationspartner aus strukturbestimmenden Zweigen der Volkswirtschaft zu koordinieren, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu vertiefen und mit Spitzenleistungen zur Stärkung der DDR beizutragen.



Studie für die Überdachung einer Kunsteisbahn mit 42 m Spannweite. Entwurf und Konstruktion: Dr.-Ing. Otto Patzelt, Institut für Industriebau der DBA

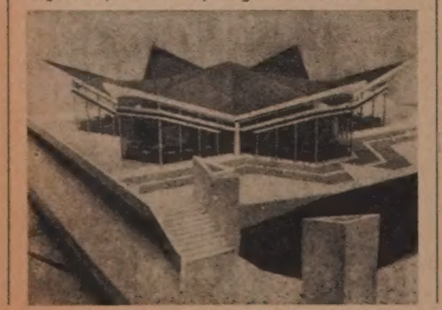


Studie für die Überdachung einer Kunsteisbahn (Variante). Entwurf und Konstruktion: Dr.-Ing. Otto Patzelt, Institut für Industriebau der DBA



Entwurf einer Turnhalle mit Stabnetzwerktonne Typ Ruhland. Entwurf: Günter Schneider; Konstruktion: Institut für Industriebau der DBA

Modell einer Milchbar in Cottbus mit einer Dachkonstruktion aus Holzschalen. Entwurf: Dipl.-Arch. Jörg Streitpart und Dipl.-Ing. Gerd Wessel



BDA-Präsidium beriet Leitungsprobleme in Städtebau und Projektierung

Leitungsprobleme im Städtebau und in der Projektierung waren Hauptthema der 10. Präsidiumssitzung des BDA, die im Dezember 1968 unter Leitung des Präsidenten, Prof. Collein, stattfand.
Der Vorsitzende der Bezirksgruppe Cottbus, Chefarchitekt Guder, berichtete über die Arbeit des im Bezirk gebildeten Beirates für Architektur und bildende Kunst, durch dessen Wirken die Zusammenarbeit zwischen dem gesellschaftlichen Auftraggeber, den Architekten und bildenden Künstlern vertieft werden konnte. Die Verbesserung der Arbeitsweise der Kreis- und Bezirksgruppen behandelte ein Bericht des Bundessekretärs, Architekt BDA Wachtel. Dipl.-Ing. Kluge, Leiter der Abt. Städtebau und Dorfplanung im Ministerium für Bauwesen, setzte sich in seinem Referat über Prinzipien der Leitungstätigkeit im Städtebau mit der Tendenz auseinander, die städtebauliche Planung unabhängig von der Realisierung zu betreiben. Die Generalbebauungspläne sollten als wissenschaftliche Führungsinstrumente der Volksvertretungen und ihrer Räte weiterentwickelt werden. Für die „Zentrale Kommission Projektierung" gab Dipl.-Ing. Buchholz einen kritischen Bericht über die Situation in der Bauprojektierung. Die darin enthaltenen Schlußfolgerungen, die durch die Diskussion ergänzt wurden, sollen den staatlichen Organen in Vorbereitung des Perspektivplanes überreicht werden.

4. Brambacher Tagung – Dialog zwischen Hygienikern und Architekten

Was im täglichen Getriebe der Arbeit noch nicht immer üblich ist, bekam durch die 4. Brambacher Tagung im Januar dieses Jahres neue Anstöße.

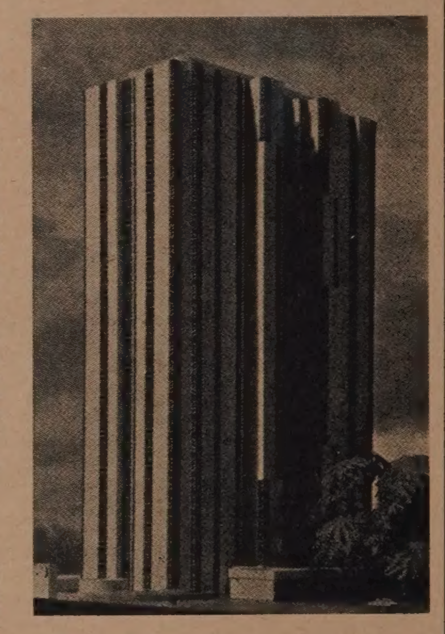
Alle Vorträge dieser Tagung, ob es die kritischen Gedanken von Prof. Strauzenberg zur Gestaltung städtischer Wohngebiete, die bemerkenswerten Ergebnisse von Interviewerhebungen, die Prof. Müller-Hegemann vortrug, der temperamentvoll vorgetragene Appell von Dr. Macetti, neue Wohnformen zu experimentieren, oder die interessanten Überlegungen von Prof. Trauzettel zur Entwicklung gesellschaftlicher Einrichtungen waren, bewiesen, daß das Gespräch zwischen Hygenikern und Architekten notwendig und die ständige Zusammenarbeit dringender denn je ist. Deutlich wurde aber auch, daß das Wissen über den Menschen und seine Bedürfnisse oft sehr lückenhaft und von althergebrachten Klischeevorstellungen behaftet ist. Um so mehr ist es den Veranstaltern dieser Tagung und ihrem wissenschaftlichen Leiter, Dr. Muschter, zu danken, diesen fruchtbaren Dialog ermöglicht und damit der engeren Zusammenarbeit in der Praxis neue Wege geebnet zu haben. („da" wird über diese Tagung noch ausführlicher berichten)

Neuer Hochschultyp

Eine Anzahl Ingenieurschulen wird in diesem Jahr – einem Beschluß der Regierung der DDR folgend – zu Ingenieurhochschulen entwickelt. An ihnen werden künftig produktionsorientierte Hochschulingenieure ausgebildet, die über spezielle wissenschaftliche Kenntnisse der Produktion eines Industriezweiges verfügen und die vor allem als Technologen, Organisationsingenieure und Betriebswirtschaftler eingesetzt werden können. Am 1. September 1969 werden unter anderem die Ingenieurschule für Maschinenbau, Elektrotechnik und Bauwesen in Wismar und die Ingenieurschule für Bau- und Straßenwesen in Cottbus die Ingenieurhochschulausbildung aufnehmen. Das Studium an der Ingenieurhochschule setzt eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem der zukünftigen Studienrichtung entsprechenden Beruf und die Hochschulreife voraus. Das Direktstudium dauert 3½ Jahre. Es umfaßt einen dreijährigen Studienabschnitt an der Ingenieurhochschule, in dem das wissenschaftlich-produktive Studium einen hervorragenden Platz einnimmt, und eine halbjährige Studienphase in einem Betrieb. Das Studium endet mit dem Hochschulabschluß durch die Verleihung der Berufsbezeichnung „Hochschulingenieur".

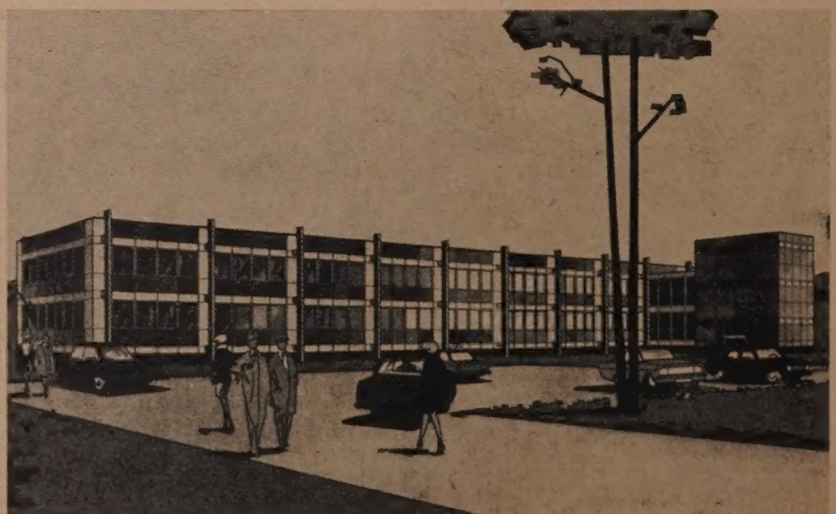
Plan zur Rettung von Venedig

Nach Berechnungen des italienischen Wasserbauingenieurs Miozzi wird Venedig in rund 70 Jahren um 75 Zentimeter abgesunken und ständig überflutet sein. Es wurde vorgeschlagen, große Mengen von Salzwasser in den Boden zu pumpen und damit die früheren Druckverhältnisse wiederherzustellen. Nur so könne ein weiteres Absinken verhindert und die Stadt mit ihren unersetzlichen Bauwerken erhalten werden.

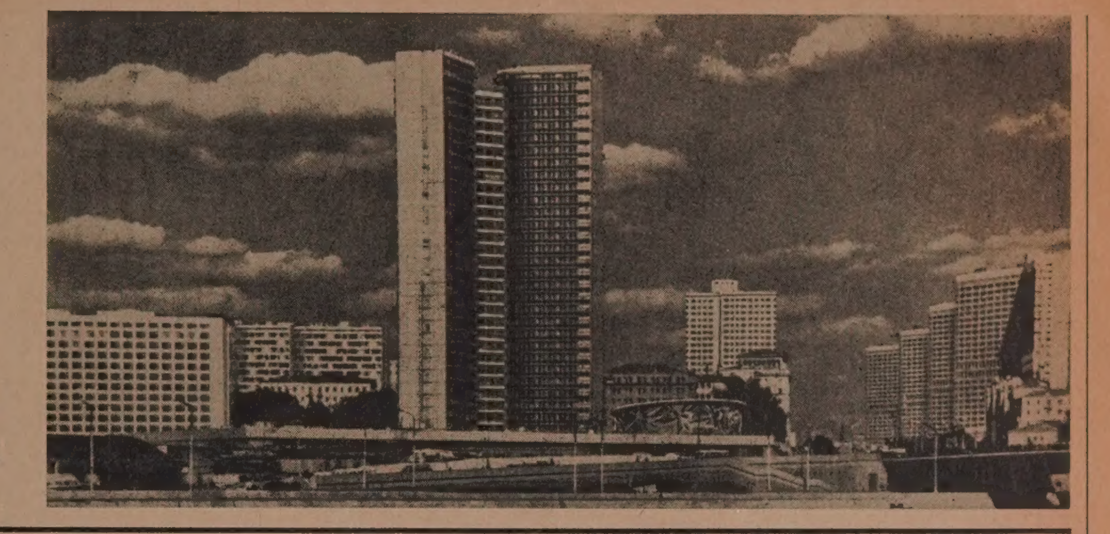


Modell eines 27geschossigen Wohnhochhauses in Paris. Entwurf: Architekt A. Remondet

Flexibel nutzbares Gebäude in leichter Stahlbauweise. Entwurf: Kollektiv Architekt BDA Sieg



Symbol enger Zusammenarbeit der sozialistischen Länder im RGW



Das Gebäude des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe am neuen Kalininprospekt in Moskau steht jetzt kurz vor der Vollendung.

Freundschaftsvertrag zwischen dem VEB Verlag für Bauwesen und dem Staatlichen Bauverlag Moskau

Im Haus der Architekten in Moskau wurde am 17. 12. 1968 durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Staatlichen Baukomitees der UdSSR und dem Direktor des Staatlichen Bauverlages eine Ausstellung über die Baufachliteratur der DDR eröffnet. Bekannte sowjetische Baufachleute, wie der Präsident des sowjetischen Architektenverbandes, Prof. Orlow, nahmen an der Eröffnung der Ausstellung teil, mit der eine neue Etappe in der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Baufachliteratur eingeleitet wurde. In einem Freundschaftsvertrag zwischen dem Staatlichen Bauverlag Moskau und dem VEB Verlag für Bauwesen wurden konkrete Maßnahmen für eine enge Kooperation vereinbart.

Rollende Gehsteige

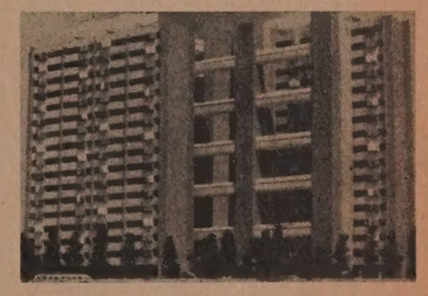
Ingenieure des Genfer Battelle-Institutes haben ein neuartiges System für rollende Gehsteige entwickelt. Bisherige Projekte für derartige Fließbandstrecken erwiesen sich als zu langsam, um im städtischen Massenverkehr echte Vorteile zu bedeuten. Bei dem neuen System soll durch „Integratoren" an den Zugangsstellen eine schrittweise Beschleunigung vom Fußgängertempo auf 15, später auch 30 bis 40 km je Stunde gefahrlos erreicht werden. Die Gehsteige können eine beliebige Länge haben und sollen in der Lage sein, bis zu 30 000 Fußgänger stündlich zu befördern. Alle 400 m sollen sich Zu- und Abgänge befinden. Man hält solche Anlagen in Städten von über 250 000 Einwohnern rentabel. Hauptanwendungsgebiet, so nimmt man an, könnten Stadtzentren sein. Besucher könnten von außerhalb des Zentrums gelegenen Parkplätzen schnell und ohne Wartezeiten ans Einkaufsziel gebracht werden.

Forschungsverband „Leichte Raumzelle"

Mit der Produktion der Null-Serie einer hochkomplettierten und montagefähigen Baugruppe für den Wohnungsbau, der sogenannten „leichten Raumzelle – Küche/Bad/WC" soll im Herbst dieses Jahres begonnen werden. Mit Beginn des Jahres 1970 soll die Raumzelle in Serie gefertigt werden. Die Produktionsaufnahme dieses Baublockes stellt einen weiteren Schritt dazu dar, die Leistungsfähigkeit des Wohnungsbaus in der DDR zu steigern. Zur Vorbereitung des umfangreichen Vorhabens haben sich zahlreiche Industriebetriebe und wissenschaftliche Institutionen zu einem Forschungsverband zusammengeschlossen. Die Kollektive haben sich verpflichtet, die Konstruktionen und Technologien zu erarbeiten sowie gleichzeitig die Produktionsanlagen für die industrielle Fertigung mehrerer tausend Raumzellen und zehntausender Installationswände auf der Grundlage des Ablauf- und Verpflechtungsnetzplanes so aufzubauen, daß die geplanten Termine pünktlich gehalten werden.

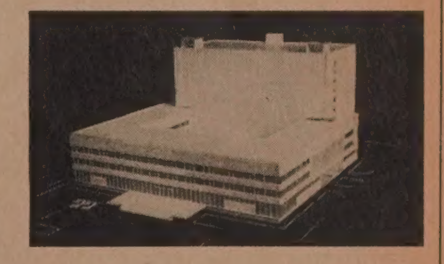
Fernsehturm für Kiew

Nach einer neuartigen Technologie – Kaltverformen mit anschließender Elektroschweißung – werden rund 3000 Meter großkalibrige Stahlrohre gefertigt, aus denen sich die Konstruktion des 380 Meter hohen Fernsehturms von Kiew zusammensetzen wird. Für die am stärksten beanspruchten Gürtelelemente des Turms soll hochfester Stahl verwendet werden. Alle Bauelemente werden sich ohne Überlappungen aneinander fügen; die Nahtstellen der tragenden Konstruktionen und die übrigen Verbindungen werden durch besondere Automaten miteinander verschweißt. Zuerst wird die Spitze montiert, später soll der Mast in dem Maße, wie er fertiggestellt wird, durch mächtige Hebezeuge in die erforderliche Lage gebracht werden.



Modell eines Experimentalwohnungsbaus in Kuba. Entwurf: Architekten A. Quintana und A. Rodriguez

Modell eines neuen Gebäudes für das Hauptarchiv des Ministerrates der UdSSR, das an der Leningrader Chaussee in Moskau errichtet werden soll.



Zersplitterung hemmt Industrialisierung

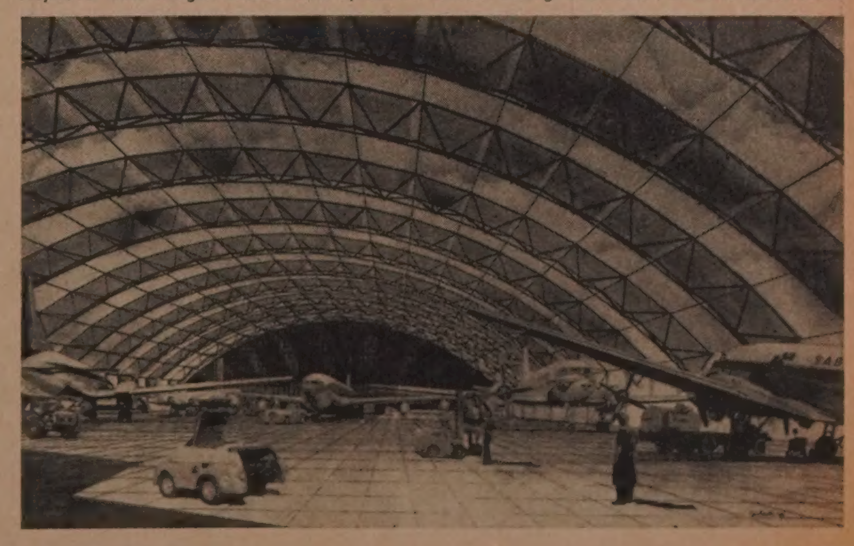
Nach Angaben einer Fachzeitschrift gab es Ende 1967 in Westdeutschland rund 30 560 Architekten, von denen der größte Teil in nicht weniger als 19 000 Architekturbüros tätig ist. Im Durchschnitt kommen also rund $1\frac{1}{2}$ Architekten auf ein Architekturbüro.

Die große Zersplitterung in der Projektierung wird als eine Ursache dafür angesehen, daß das industrielle Bauen in Westdeutschland weit zurückgeblieben ist. So erreichte der Anteil des Montagebaus im Wohnungsbau erst rund 5 Prozent. Die Zahl und der Umsatz der kleinen Büros, der sogenannten „freien Architekten", gehen jedoch in einem deutlichen Konzentrationsprozeß, bei dem die Kleinen von den Großen geschluckt werden, immer mehr zurück. 1966 erreichten die größeren Büros bereits 75,9 Prozent des Gesamtumsatzes aller Architektenbüros.

Keine Mieter für „Habitat 67"

Der mit großer Reklame propagierte und zur „Expo 67" in Montreal fertiggestellte Wohnungsbau „Habitat 67" findet bei den Mietern keinen Zuspruch. Rund vier Fünftel der 114 Wohnungen sind bis heute unbewohnt. Die Baukosten je Wohnungseinheit betrugen rund 520 000 M!

Projekt für einen Hangar. Stabnetztonne System IFI. Entwurf: Dr.-Ing. Otto Patzelt, Deutsche Bauakademie



Erhöhung der Einwohnerdichte – ein Rechenkunststück?

Erhard Stefke
Institut für Städtebau
Abteilung Wohngebiete
Deutsche Bauakademie

In Diskussionen, Entwürfen und Veröffentlichungen der Stadtplaner spielen in letzter Zeit Begriffe der städtebaulichen „Dichte" eine besondere Rolle. Es geht um das Ziel, durch höhere Dichte größere Wirtschaftlichkeit zu erreichen und gleichzeitig bessere Lebensbedingungen zu schaffen.

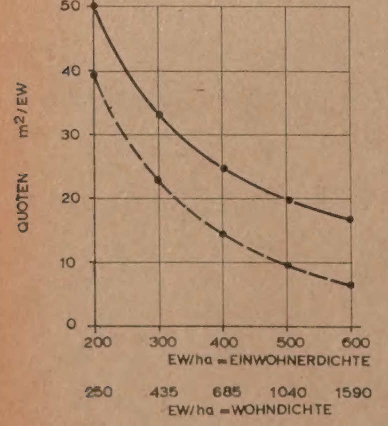
Um Wirtschaftlichkeit und Qualität meßbar und vergleichbar zu machen, gibt es viele Möglichkeiten, städtebauliche Dichte in Zahlen auszudrücken.

Einer der üblichen Ausdrücke städtebaulicher Dichte ist das Verhältnis der Einwohnerzahl zur in Anspruch genommenen Fläche, wobei die Anzahl der Personen auf die Flächeneinheit Hektar (EW/ha) umgerechnet wird.

Die Fläche kann dem Durchschnitt der gesamten Stadt, sie kann einzelnen Stadtteilen, die vorwiegend dem Wohnen dienen, und sie kann auch nur den mit Wohnhäusern bebauten Grundstücken entsprechen. Um die Fläche genauer zu kennzeichnen, werden den Zahlenangaben (···EW/ha) unterschiedliche Termini vorangestellt, beispielsweise

Bevölkerungsdichte
Siedlungsdichte
Besiedlungsdichte
städtische Einwohnerdichte
Einwohnerdichte
Wohndichte
Wohnbaudichte Brutto – oder Netto –)

Für städtische Gebiete, die vor allem zentrale Einrichtungen und Arbeitsstätten enthalten, ist die Anzahl der Einwohner je Flächeneinheit nicht brauchbar, um ihre Dichte anzugeben. Für solche Gebiete werden andere Parameter vorgeschlagen, die als Baumassendichte, Geschoßflächendichte, Nutzungsdichte und so weiter bezeichnet werden. Es muß festgestellt werden, daß die Terminologie uneinheitlich ist, die Begriffe nicht eindeutig und allgemeingültig definiert sind und oft willkürlich oder individuell ausgelegt und angewendet werden. Dazu kommen noch Übersetzungsschwierigkeiten (density of population = Bevölkerungsdichte, Einwohnerdichte oder Wohndichte?). Um sich wenigstens unter den Stadtplanern und Architekten in der DDR zu verständigen, wäre es wünschenswert, sich an gebräuchliche Definitionen zu halten.



1 Beziehungen zwischen Quoten und Dichten, bei gleicher Ausstattung mit Folgeeinrichtungen (10,4 m²/EW)

—— Gesamtbaulandquote Einwohnerdichte
- - - - - Wohnbaulandquote = Wohndichte

Wir unterscheiden:

Bevölkerungsdichte	= EW/km²	des Staatsgebietes, eines Bezirkes, eines Kreises oder einer Stadt (Stadtkreis)
Einwohnerdichte	= EW/ha	Wohngebietsfläche
Wohndichte	= EW/ha	Wohnbauland

Es ist klar, daß folgende Beziehung besteht: Wohndichte > Einwohnerdichte > Bevölkerungsdichte

Da bei vielen Kollegen vor allem die Begriffe „Einwohnerdichte" und „Wohndichte" durcheinandergekommen sind, scheint es notwendig, daran zu erinnern, was wir darunter verstehen:

Einwohnerdichte (EW/ha) ist das „Verhältnis der Anzahl der Einwohner zur untersuchten Gesamtfläche". Die Gesamtfläche ist dabei der Wohnkomplex oder das Wohngebiet mit folgenden Flächenbestandteilen (1):

- Wohnbauland
- Grundstücke mit Folgeeinrichtungen
- Allgemeine Verkehrsflächen
- Allgemeine Freiflächen

Wohndichte (EW/ha) ist das „Verhältnis der Anzahl der Einwohner zum dazugehörigen Wohnbaulands", wobei das Wohnbauland die bebauten und unbebauten Flächen darstellt, deren Bauten und Einrichtungen der Wohnfunktion dienen (2).

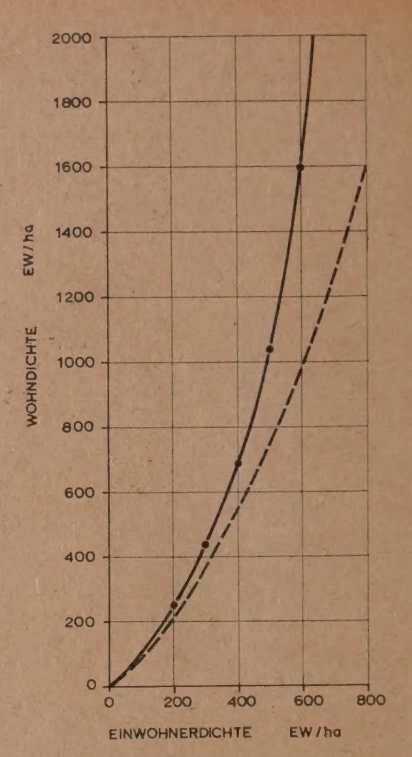
Unter unseren sozialistischen Bedingungen des komplexen Wohnungsbaus hat die Kennziffer der Wohndichte an Bedeutung verloren. Maßstab sollte die Einwohnerdichte sein. Um diese Kennziffer zu bilden, ist stets die volle Ausstattung des Wohngebietes mit gesellschaftlichen Einrichtungen, mit allgemeinen Verkehrsflächen und mit allgemeinen Freiflächen (Sport- und Spielflächen) zu berücksichtigen (3).

Wenn dies nicht erfolgt, kommt man zwangsläufig zu höheren Einwohnerzahlen je ha und täuscht dadurch größere Wirtschaftlichkeit vor.

Hierzu ein Beispiel

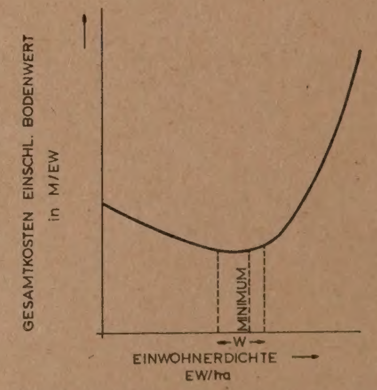
Wohngebiet	m²/EW		EW/ha
■ volle Ausstattung mit Folgeeinrichtungen (Einwohnerdichte)	25,0	=	400
■ ohne Sportflächen	22,0	=	454
■ ohne Sportflächen und Vorschulkindereinrichtungen	18,0	=	531
■ ohne Folgeeinrichtungen (Wohndichte)	14,6	=	684

Die gleiche Täuschung tritt ein, wenn man bei Vergleichen mit kapitalistischen Ländern nicht berücksichtigt, daß dort die Ausstattung der Wohngebiete mit Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen weitaus geringer ist als bei uns. Gerade diese Einrichtungen erfordern aber relativ große Flächen



2 Beziehungen zwischen Wohndichte und Einwohnerdichte

—— bei Ausstattung mit Folgeeinrichtungen entsprechend den in der DDR gültigen Forderungen (3)
- - - - bei geringer Ausstattung, z. B. ohne Sportanlagen und ohne Vorschul-Kindereinrichtungen



3 Gesamtkostenaufwand in Abhängigkeit von der Einwohnerdichte (Schema)
W = Bereich wirtschaftlicher Einwohnerdichten

und führen zwangsläufig zu niedrigen Einwohnerzahlen je Hektar. Die Abbildungen 1 und 2 veranschaulichen die Beziehungen, die zwischen Wohndichte und Einwohnerdichte bestehen. Abbildung 2 zeigt außerdem den Einfluß der Ausstattung.

Welche maximale Einwohnerdichte ist nun unter der Bedingung der vollen Ausstattung erreichbar?

Die größtmögliche Einwohnerdichte ergibt sich theoretisch aus den Flächen, die unter freiem Himmel vorhanden sein müssen, nicht unterirdisch anzulegen oder oberirdisch stapelbar sind. Dies sind die Freiflächen.

Bei diesem Berechnungssatz ist es gleichgültig, welche Flächengrößen und Geschoßzahlen für die Bauten und für die Einrichtungen des Verkehrs erforderlich sind und in welcher Ebene sie liegen.

Es ist nur wichtig, daß die vollständig von funktionell erforderlichen Freiflächen überlagert sind.

An Freiflächen sind mindestens 13 m²/EW erforderlich. Sie setzen sich wie folgt zusammen:

Freiflächen	m²/EW	m²/EW
für Kinderkrippen	0,8	
für Kindergärten	1,7	
für Schulen	2,1	
für sonstige gesellschaftliche Einrichtungen	0,4	
für gesellschaftliche Einrichtungen zusammen		5,0
Sportflächen	3,0	
Tummelflächen	1,0	
Sport- und Spielflächen zusammen		4,0
Wohnungsnahe Spielplätze	1,2	
Gehwege, Vorgärten, Leitungsstreifen usw.	2,8	
Freiflächen des Wohnbaulandes zusammen		4,0
Freiflächen insgesamt		13,0

13 m²/EW entsprechen 769 EW/ha

Räumt man ein, daß durch besondere bauliche Maßnahmen noch eine Reduzierung der Freiflächenquote um 2 m²/EW möglich wäre, dann ergibt sich:

11 m²/EW entsprechen 909 EW/ha

Diese Rechnung stellt aber einen Grenzfall dar, der praktisch nicht realisierbar ist und an der Aufgabenstellung völlig vorbeigeht, eine größere Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Es wäre ein Fehler, anzunehmen, daß mit der Einwohnerdichte auch die Wirtschaftlichkeit wächst. Die Gesamtkosten verhalten sich bei wachsenden Einwohnerdichten so wie sie in Abbildung 3 schematisch dargestellt sind.

Anzustreben sind solche Einwohnerdichten, bei denen Flächenaufwand und Gesamtkosten in einem optimalen Verhältnis zueinander stehen. Auf diese Zusammenhänge weist Kress hin und führt die Optimierung der Einwohnerdichte bei Baulandwerten von 0 bis 200 M/m² vor (4).

Sollte es aber nur darum gehen, mit hohen Einwohnerzahlen je Hektar zu imponieren, dann wäre als „Spielregel" einzuführen, die funktionell erforderlichen Freiflächen teilweise aus der Berechnung auszuklammern. Ohne Sport- und Tummelflächen (4 m²/EW) ergäben sich dann bei gleichen Voraussetzungen:

9 m²/EW entsprechen 1111 EW/ha beziehungsweise

7 m²/EW entsprechen 1428 EW/ha

Auf diese Weise ließen sich sogenannte Einwohnerdichten (d. h. Wohndichten) bis zu 5000 EW/ha errechnen. – Vielleicht auch mehr?

Literatur

1 Der sozialistische Wohnkomplex, Deutsche Bau-Enzyklopädie, Sonderdruck, Berlin 1959, Seite 31

2 wie vor, Seite 13

3 Empfehlungen für die städtebauliche Planung von Wohngebieten, In: Wirtschaftlichkeit von Wohngebieten, Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur, Deutsche Bauinformation, Berlin 1968

4 Kress, S., Einwohnerdichte, Geschoßanzahl und Kostenentwicklung im komplexen Wohnungsbau, „deutsche architektur" (17) 1968 3 (siehe Tab. 10)

Weimar – Kritik eines städtebaulichen Ideenwettbewerbes

Prof. Helmut Holtzhauer

Die Deutsche Demokratische Republik ist überaus reich an Denkmalen der Kultur vergangener Zeiten. Obwohl ganze Epochen wilder Zerstörung den im Laufe von Jahrhunderten geschaffenen Bestand wieder und wieder angegriffen haben, ist noch eine erstaunliche Vielfalt hervorragender Zeugnisse der Schöpferkraft von Künstlern und Handwerkern sowohl in Gestalt einzelner Bauwerke als auch vollständiger Bauensembles vorhanden. Mancherorts meint man infolge einer falschen Optik, es sei zuviel Erhaltenswertes vorhanden, aber das kann es nie geben. Es geht ohnehin im Laufe der Zeiten mehr zugrunde als bestehen bleibt. So haben die großen Städte die schwersten Substanzverluste hinnehmen müssen, während aber die mittleren und kleinen noch viel Bewahrenswertes aufweisen. Städtenamen wie Quedlinburg, Bautzen, Görlitz, Salzwedel, Schmalkalden, Wernigerode, um nur einige zu nennen, aber auch Weimar, stehen für viele andere, durch die unsere Republik zu einem der interessantesten und anziehendsten Länder für den Reiseverkehr und für eine sozialistische Auffassung von Wohnlichkeit werden könnte.

I.

In unserer Republik tritt in Gesetzgebung und stärker noch in Erklärungen zur Kulturpolitik der Wille zutage, nicht nur einzelne kostbare Zeugen schöpferischer Arbeitskraft und künstlerischer Leistungen im Bereiche der Architektur zu erhalten, sondern auch das unverwechselbare Gesicht der Städte zu bewahren. Es geht dabei darum, Uniformität zu vermeiden und den Erlebnisbereich eines städtebaulichen Gefüges zu erhalten. Längst ist erkannt, daß der Wechsel von Architekturbildern, das sich Öffnen und Schließen von Straßen und Plätzen, wie sie sich aus ihrem durch das Straßennetz bestimmten Grundriß ergeben, für die Wohnlichkeit einer Stadt von nicht geringem Gewicht sind wie die praktischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Wohnen, Versorgen, Verkehr und Produktion.

Die Dialektik, die im Menschen selbst angelegt ist, erlaubt es nicht nur, sondern fordert geradezu, das Lebensgefühl, das eine moderne Siedlung mit Hochhäusern und anderen großdimensionierten Anlagen gibt, durch Empfindungen zu ergänzen, die von der Architektur vergangener Epochen ausgehen. Wo eine moderne Siedlung diesen Wechsel nicht schenken kann, ziehen ihre Bewohner ins Weite, um ihn anderswo zu erleben und umgekehrt. Wie dem Wohnen und Arbeiten in geschlossenen Komplexen der Wunsch, in freier Natur zu sein, entspricht, so auch der, neben den neuen architektonischen Gebilden auch die alten zu kennen und zu genießen. Noch immer können alte und neue Bauformen in den meisten Städten, kann der Gegensatz als Nebeneinander von zwei sehr verschiedenartigen, sich sogar ausschließenden Bauauffassungen erhalten und zu einer Synthese vereinigt werden. Noch wird gesagt, weil, angefangen mit der Gründerzeit, der Kapitalismus dem historischen Stadtgefüge fast unheilbare Wunden geschlagen hat. Hier sei auch, um Irrtümer zu vermeiden, hinzugefügt, daß hier unter alt oder historisch das verstanden wird, was vor der Mitte des 19. Jahrhunderts, also vor dem Sieg der großen Industrie in Deutschland, an architektonischer Substanz entstand. Von zwei sich einander ausschließenden Bauauffassungen muß gesprochen werden, weil, wie noch zu zeigen ist, mit dem Beginn der kapitalistischen Produktionsweise ein Element bestimmend im Bauwesen geworden ist, das völlig anders als alle

Fortsetzung auf Seite 185

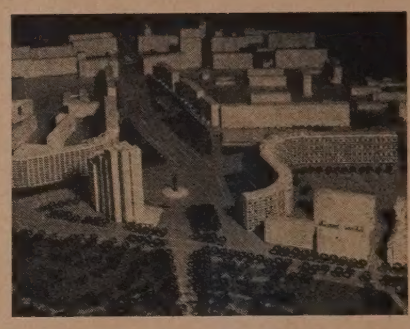
Modell des mit dem ersten Preis ausgezeichneten Entwurfes



Neue Maßstäbe für die Bauschaffenden im 20. Jahr der DDR

„. . . an einem Feiertag wie heute,
an dem wir den Grundstein
für den Leninplatz und das Lenin-Denkmal
gelegt haben, . . . sieht man,
wie gut wir vorwärts gekommen sind.
Wir haben die Fähigkeit erworben,
Bauvorhaben zu gestalten, die
unserem sozialistischen Zeitalter gerecht werden.
Die Architekten
haben neue Maßstäbe entwickelt . . .“

(Walter Ulbricht bei einem Erfahrungsaustausch
mit Berliner Bauschaffenden am 7. 11. 1968)



▶ Von dem Bemühen der Architekten, zu Ehren des 20. Jahrestages der DDR neue Maßstäbe zu setzen, berichten wir auf den Seiten 136 bis 142

Die Beschlüsse des VII. Parteitages leiteten
eine neue Etappe auf dem Gebiet des
Städtebaus und der Architektur ein.
Wo stehen wir? Was sind die neuen Aufgaben?

▶ Über die neuen Aufgaben im Städtebau und in der Architektur sprach der Vizepräsident der Deutschen Bauakademie, Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert, auf der 22. Plenartagung der DBA.
Wichtige Auszüge aus diesem Referat veröffentlichen wir auf den Seiten 151 bis 153

Den Bauschaffenden der DDR
wird die Aufgabe gestellt,
die Leistungsfähigkeit des Bauwesens durch
die vollständige Anwendung des ökonomischen Systems
des Sozialismus schnell zu erhöhen
und auf den entscheidenden Gebieten
Weltspitzenleistungen zu erreichen.





▶ Im Mittelpunkt steht dabei der Übergang zum leichten und ökonomischen Bauen.
Welche Anforderungen erwachsen daraus?
Wie konzentrieren wir uns auf diese Aufgabe?
Lesen Sie dazu unseren Beitrag auf S. 148.

Im Zeitraum des Perspektivplanes
steigt der Bedarf an Projektierungsleistungen
auf mehr als das 1,8fache.
Vor allem werden aber wesentlich
höhere qualitative Anforderungen
an die Projekte gestellt.
Es wird notwendig,
sich vom Althergebrachten zu trennen
und ganz neue Methoden einzuführen,
den Projektierungsprozeß komplex zu rationalisieren
und zu automatisieren.



▶ Zu diesem Thema unser Beitrag auf S. 154

Bei der Umgestaltung unserer Städte
streben wir eine echte Synthese
zwischen Architektur und bildender Kunst an.
Eine klare gesellschaftspolitische Konzeption
und echte Gemeinschaftsarbeit
zwischen gesellschaftlichem Auftraggeber,
Architekten und bildenden Künstlern
sind dafür die Grundlagen.

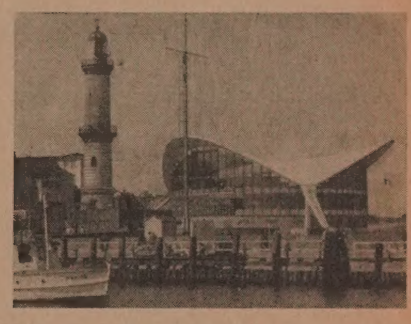
▶ Wie diese Aufgaben in Dresden gelöst werden, lesen Sie auf S. 162



Die baulichen Grundfonds müssen rationeller genutzt werden. Aber nur durch exakte Planung kann der volkswirtschaftlich effektivste Weg ermittelt werden.

▶ Was ist eine Rekonstruktion? Wann ist sie volkswirtschaftlich lohnend? In welchen Etappen führt man sie durch? Wie und mit welchen praktischen Hilfsmitteln erfolgt die Planung? Hinweise für den Architekten gibt der Beitrag von Prof. Dr.-Ing. Lander auf S. 181

In seinem bekannten Brief an den Präsidenten des BDA rief der Staatsratsvorsitzende die Architekten auf, architektonische Werke zu schaffen, die sich durch Klarheit, Originalität und schöpferische Phantasie auszeichnen. Die architektonische Meisterung neuer, leichter Konstruktionen ist ein Weg dazu.



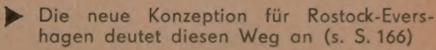
▶ Beispiele finden Sie auf S. 143 und 157

Auf der 4. Baukonferenz kritisierte der Vorsitzende des Ministerrates, Willi Stoph, den Mangel an städtebaulichen Wettbewerben. Seitdem haben viele Städte das Mittel des Wettbewerbes genutzt – zum Nutzen ihrer Stadt. Architektenwettbewerbe geben Alternativen. Sie stellen neue Ideen zur Diskussion und fördern den Meinungsstreit. Sie weisen den Weg zu optimalen Lösungen und sind echte Entscheidungsgrundlagen.



▶ Für eine außerordentlich verantwortungsvolle Aufgabe, die Umgestaltung der Innenstadt von Weimar, wurde jetzt ein städtebaulicher Ideenwettbewerb abgeschlossen (s. S. 171). Einen Meinungsstreit darüber beginnen wir auf S. 133

In den Materialien des VII. Parteitages wird auf die Aufgabe hingewiesen, die neuen Wohngebiete so zu gestalten, daß sie die allseitige Entwicklung der sozialistischen Lebensweise fördern. Die Lösung dieses Problems ist in erster Linie eine Frage nach neuen Inhalten und neuen Funktionen. Erst daraus abgeleitet, können neue Formen eine echte Steigerung der Qualität bedeuten.



▶ Die neue Konzeption für Rostock-Evershagen deutet diesen Weg an (s. S. 166)



Besser bauen, heißt besser informiert sein, heißt für neue Aufgaben mehr wissen.

▶ Auf Seite 189 finden Sie Hinweise auf neue Bücher aus unserem Verlagsprogramm 1969.

Der Aufbau des Leninplatzes in Berlin

Dipl.-Ing. Joachim Näther
Chefarchitekt von Groß-Berlin
Ordentliches Mitglied der Deutschen Bauakademie

Am 51. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, dem 7. November 1968, wurde durch den Ersten Sekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Walter Ulbricht, der Grundstein für den Leninplatz gelegt. Mit diesem feierlichen Akt begann ein neuer Abschnitt beim konzentrierten Aufbau und der Gestaltung der Hauptstadt der DDR, Berlin.

Die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin brachte in ihrem Beschluß zur städtebaulichen, architektonischen und bildkünstlerischen Gestaltung des Leninplatzes vom 31. Oktober 1968 zum Ausdruck, daß der Aufbau des Platzes, der den unsterblichen Namen des Begründers des ersten sozialistischen Staates der Welt trägt, für alle Zeiten ein Monument der Treue der deutschen Arbeiterklasse zu den weltverändernden Ideen des Marxismus-Leninismus und der unverbrüchlichen deutsch-sowjetischen Freundschaft sein wird.

Und unter dem Beifall der Berliner Bürger, die zur Grundsteinlegung erschienen waren, rief Genosse Walter Ulbricht aus:

„Auf diesem Platz in der Hauptstadt der DDR, inmitten Westeuropas, wird das Denkmal Wladimir Iljitsch Lenins von der Sieghaftigkeit des Marxismus-Leninismus im sozialistischen Staat deutscher Nation künden. Mit diesem Platz im Herzen der Hauptstadt ehren wir Lenin!"

Wie der Alexanderplatz, die Rathaus- und Liebknechtstraße ist auch der Leninplatz Bestandteil des bestätigten Generalbebauungsplanes der Hauptstadt. Auf diese Weise sind alle neuen städtebaulichen Ensembles, die im Zuge des konzentrierten Aufbaus des Stadtzentrums errichtet werden, zugleich Teile eines harmonischen Ganzen.

Der Leninplatz liegt am östlichen Eingang zum Stadtzentrum und bildet hier einen neuen, weithin sichtbaren Höhepunkt in der Stadtkomposition. Damit wird ein traditionsreicher Berliner Arbeiterbezirk, der im zweiten Weltkrieg völlig zerstört wurde, seiner komplexen Neugestaltung zugeführt.

Im Mittelpunkt des Platzes wird zu Ehren Lenins ein Denkmal errichtet, dessen Entwürfe von dem sowjetischen Bildhauer Prof. Nikolai Tomski ausgearbeitet wurden.

Die Entwürfe für den Leninplatz sehen eine sehr dynamisch gestaltete städtebauliche Lösung vor. In der Achse des Strausberger Platzes wird bei optischer Einbeziehung des Volksparkes Friedrichshain ein in seiner Höhe stark gestaffeltes Wohnhochhaus mit 17, 21 und 25 Geschossen errichtet, das gemeinsam mit dem Lenindenkmal die beherrschende Platzdominante darstellt. Die westliche und die östliche Seite des Platzes werden von 11geschossigen Wohnbauten in geschwungener Form begrenzt, die zur Steigerung dieser Dominante dienen. Durch die Beachtung der konkreten städtebaulichen Situation entsteht ein Ensemble, dessen Wirkung diesem Bereich des Stadtzentrums ein unverwechselbares Gepräge gibt. Mit seinen Wohnbauten, den gesellschaftlichen Einrichtungen und dem monumentalen Denkmal sowie in der Einbeziehung des Friedrichshains, strebt die Gesamtkonzeption des Platzes nach einer Synthese von Städtebau, Architektur und bildender Kunst.

Die vielfältigen Probleme bei der künstlerischen Meisterung des industriellen Bauens sind bei der Gestaltung des Leninplatzes einer weiteren Lösung zugeführt worden. Das plastisch stark durchgebildete und gestaffelte Wohnhochhaus wie auch die geschwungenen Formen der Platzwände stellen vor allem eine neue Qualität in ihrer räumlichen Wirkung dar, die bisher auf der Grundlage des industriellen Bauens noch nicht erreicht werden konnte. Die Erreichung dieser neuen Qualitätsstufe ist das Ergebnis einer umfassenden sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Sie begann bereits mit der Durchführung eines Wettbewerbs gemeinsam mit Städtebauern, Architekten und bildenden Künstlern, aus denen besonders die Arbeiter der Deutschen Bauakademie und des Bezirksbauamtes Berlin hervorragen. Aus den Grundideen des Wettbewerbs wurde danach von einem Kollektiv des VE Wohnungsbaukombinates Berlin unter Leitung von Dipl.-Ing. Heinz Mehlan in enger Zusammenarbeit mit einer Gruppe von Architekten des Bezirksbauamtes, Abteilung Städtebau und Architektur, der endgültige Entwurf ausgearbeitet. In diesem Prozeß haben Parteiführung, staatliche Leitung und Wissenschaftler der Deutschen Bauakadieme ständig Unterstützung gegeben. In vielen kritischen Auseinandersetzungen und in gegenseitiger Hilfe konnte in verhältnismäßig kurzer Zeit den beschlußfassenden Organen die Gestaltung des Platzes vorgelegt werden.

Mit dem Schöpfer der Entwürfe für das Le-



1
Ausschnitt aus dem Bebauungsplan für das Stadtzentrum von Berlin mit dem Leninplatz (Stand Dezember 1968)

Städtebauliche Gesamtplanung:
Bezirksbauamt Berlin, Abt. Städtebau und Architektur

Dipl.-Ing. Joachim Näther
Dipl.-Arch. Peter Schweizer
Dipl.-Ing. Dorothea Tscheschner
Dipl.-Ing. Dieter Schulze
Dipl.-Ing. Lothar Arzt
Dipl.-Arch. Ullrich Neubert

2
Am 7. 11. 1968 nahm der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vor Tausenden Berliner Bürgern und Gästen aus dem Ausland die feierliche Grundsteinlegung für den neuen Leninplatz vor



2



3

nindenkmal, dem Moskauer Bildhauer Prof. Tomski, wurde bereits während der Ausarbeitung der städtebaulich-architektonischen Konzeption Verbindung aufgenommen. Der Künstler, der die Arbeit am Lenindenkmal in Berlin als einen Ausdruck der deutsch-sowjetischen Freundschaft ansieht, hat sich zunächst sehr eingehend mit dem Gedanken befaßt, welche besondere Bedeutung Lenin für das deutsche Volk besitzt. Die Lehren von Lenin befähigten die Werktätigen unserer Republik, schöpferisch und entsprechend den nationalen Bedingungen in unserem Lande den Sozialismus aufzubauen. Genosse Walter Ulbricht konnte infolgedessen anläßlich der Grundsteinlegung sagen:

„Das Lenindenkmal in der Hauptstadt der DDR, Berlin, wird im wahrsten Sinne des Wortes ein Denkmal des Volkes sein. Zugleich dient es der Kraft und dem festen Zusammenschluß der ganzen Gemeinschaft sozialistischer Staaten um die Sowjetunion."

Prof. Tomski ist in erster Linie von dieser inhaltlichen Seite, von einer politischen Konzeption an seine künstlerische Arbeit herangegangen. Des weiteren ging es ihm jedoch in gemeinsamer Arbeit mit uns Architekten darum, eine möglichst vollständige Integration des Kunstwerkes mit der baukünstlerischen Lösung des Leninplatzes zu erreichen. Deswegen galt sein erster Besuch in Berlin dem Bauplatz und uns Architekten, um in einer Vertiefung der Zusammenarbeit die erstrebte Einheit von Städtebau, Architektur und bildender Kunst herbeizuführen. Diese Zusammenarbeit wird sich auch künftig im Prozeß der weiteren Gestaltung des Denkmals kontinuierlich fortsetzen.

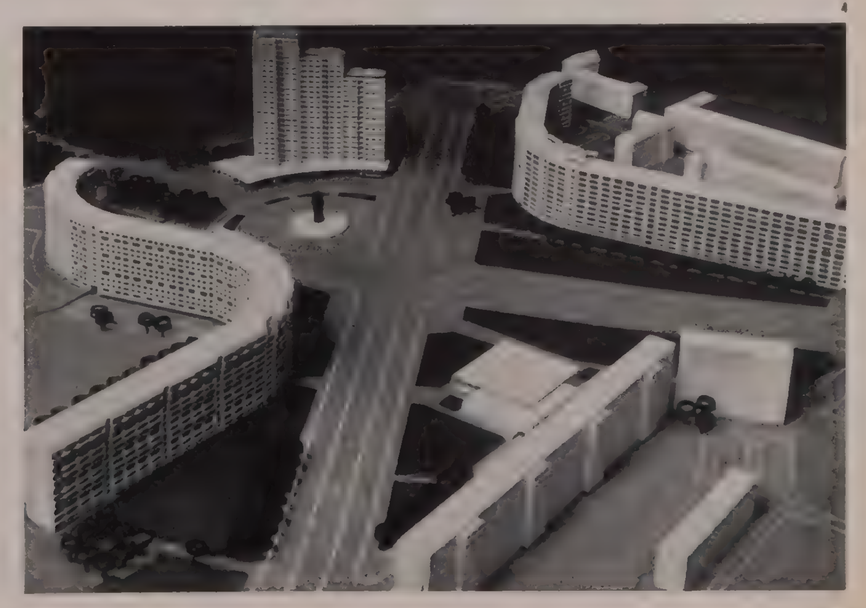
Der Entwurf des Lenindenkmals sieht ein etwa 17 m hohes Standbild Lenins zusammen mit einem Fahnensymbol aus rotem Granit vor. In seiner Gestaltung bildet das Denkmal einen spannungsreichen Kontrast zur plastisch gegliederten Architektur des Platzes und zum Grünmassiv des Volksparkes Friedrichshain. Auf dieser Grundlage konnte der Magistrat von Groß-Berlin beschließen, daß der Entwurf von Prof. Tomski für die Weiterarbeit zugrunde gelegt wird.

In der Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Bildhauer hat sich an Hand der großen verantwortungsvollen Aufgabe ein gutes und freundschaftliches Verhältnis zu uns Architekten entwickelt. Es wird mit dazu beitragen, den Gedanken der Synthese von Baukunst und bildender Kunst weiter zu vertiefen und zu neuen Maßstäben zu gelangen.

Mit dem Aufbau des Leninplatzes setzen wir nun das erfolgreich begonnene Werk der sozialistischen Gestaltung des Berliner Stadtzentrums fort. Die Berliner Bauschaffenden werden ihre ganze Kraft dafür einsetzen, die Hauptgestaltung des Platzes bis zum April 1970, dem 100. Geburtstag Lenins, fertigzustellen. Dieser hohen Verpflichtung hat sich auch der sowjetische Bildhauer Prof. Tomski für den Abschluß seiner Arbeiten am Lenindenkmal angeschlossen. Alle Beteiligten sind sich voll bewußt, daß sie unsere sozialistische Hauptstadt bauen und betrachten es als ihre ehrenvolle Aufgabe, dieser großen Verantwortung gerecht zu werden.



3
Modell des Lenindenkmals
Entwurf: Prof. Nikolai Tomski, Präsident der Akademie der Künste der UdSSR, Moskau



4

4
Modell der städtebaulichen Gestaltung des Leninplatzes in Berlin
Gemeinschaftsarbeit der Deutschen Bauakademie, Berlin, des Bezirksbauamtes Berlin, Abteilung Städtebau und Architektur, und des VE Wohnungsbaukombinates Berlin

Zur architektonischen Gestaltung des Leninplatzes

Dipl.-Ing. Heinz Mehlan
VE Wohnbaukombinat Berlin

1
Blick auf den Leninplatz von Südwesten

2
Modellfoto des Wohnhochhauses

3
Perspektive der westlichen Randbebauung. Blick vom Leninplatz

4
Modellfoto. Ansicht von Westen

1

2



Städtebauliche Konzeption:

Gemeinschaftsarbeit der Deutschen Bauakademie Berlin
Bezirksbauamt Berlin, Abt. Städtebau und Architektur
VE Wohnungsbaukombinat Berlin

Entwurfskollektiv des VE Wohnungsbaukombinates Berlin unter Leitung von:

Dipl.Ing. Heinz Mehlan

mit

Architekt BDA Herbert Boos
Architekt BDA Erwin Kussat
Architekt BDA Karl-Heinz Schneider
Architekt BDA Harry Reichert
Architekt BDA Erika Bärhold
Architekt BDA Dietrich Kämling
Architekt BDA Erich Rothärmel
Dipl.-Ing. Joachim Boetticher
Dipl.-Ing. Ruth Krause

Statik:

Dipl.-Ing. Arno Knuth
Bauing. Werner Grams
Bauing. Werner Senftleben

Freiflächengestaltung:

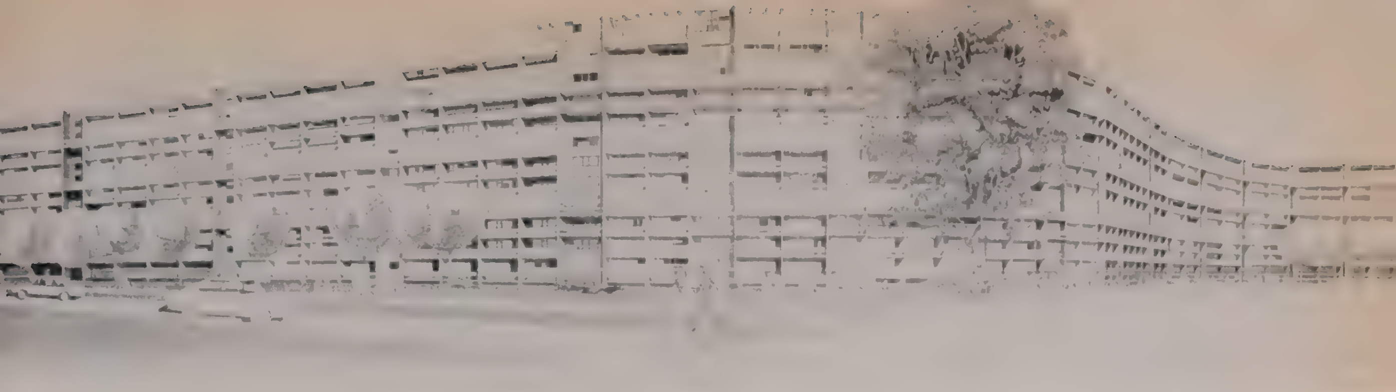
Gartenarchitekt Eberhard Horn

In Zusammenarbeit mit

Dipl.-Ing. Joachim Näther, Chefarchitekt
Dipl.-Arch. Peter Schweizer
Dipl.-Ing. Horst Adami
Dipl.-Arch. Ullrich Neubert
Dipl.-Ing. Klaus Thielicke

Konsultation:

Prof. Dipl.-Ing. Werner Heynisch, Präsident der DBA
Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert



3

Für die Mitarbeiter des VE Wohnungsbaukombinates Berlin, die Architekten, Ingenieure und Bauarbeiter, sind die Gestaltung und der Aufbau des Leninplatzes in Berlin eine bedeutende und ehrenvolle Aufgabe.

Die Konzeption des neuen Leninplatzes, weiterentwickelt aus einer Wettbewerbsidee der Deutschen Bauakademie und das Ergebnis einer erfolgreichen, umfassenden Gemeinschaftsarbeit soll die Synthese von sozialistischem Städtebau, Architektur und bildender Kunst zum Ausdruck bringen. Im Schwerpunkt des Platzensembles und in hervorragender Sichtbeziehung zur Umgebung wird ein monumentales Denkmal zu Ehren des großen Politikers und Staatsmannes W. I. Lenin errichtet, dessen Gestaltung Professor Nikolai Tomski, Präsident der Akademie der Künste der Sowjetunion, übernahm. Denkmal, Hochbauten und Freiflächengestaltung bilden eine kompositionelle Einheit, die der Bedeutung des Platzensembles gerecht wird. Die städtebauliche Lösung geht von der Grundidee aus, die axialen Beziehungen zwischen Strausberger Platz, Leninplatz mit Denkmal und Volkspark Friedrichshain darzustellen.

Die Einbeziehung des Volksparks wird durch die Anordnung einer Freitreppenanlage unterstrichen, die zur Spitze des Berges führt, auf der ein Café in Leichtbauweise geplant ist.

Die Nachbarschaft der Parkanlagen des Friedrichshains sowie die unmittelbar im Osten, Süden und Westen angrenzenden neuen Wohngebäude verleihen dem Leninplatz den Charakter und die Funktion eines gesellschaftlichen Mittelpunktes für die Bevölkerung.

Die beherrschende Dominante des Platzraumes ist das stark vertikal gegliederte und in der Höhe gestaffelte Wohnhochhaus. Die westliche und östliche Platzbebauung erfolgt mit 11geschossigen Wohnbauten, die gleichzeitig den Wohnkomplex südlich des Friedrichshains und das Wohngebiet an der Lichtenberger Straße vervollständigen.

Ihre geschwungene Baukörperform entspricht in ihrer Dynamik den räumlichen Gegebenheiten des Platzes und stellt eine sinnvolle Steigerung der Hochhausdominante und des Lenindenkmals mit dem begrünten Hügel – von den Berlinern „Mont Klamott" genannt – im Hintergrund dar.

Am Leninplatz werden insgesamt 1226 Wohnungen errichtet, davon 280 im Wohnhochhaus, 462 in der östlichen, 484 in der westlichen Platzbebauung.

Zu den vorgesehenen gesellschaftlichen Einrichtungen gehören neben einer Gaststätte mit 100 Plätzen und verschiedenen Läden im Flachbau, der dem Wohnhochhaus vorgelagert ist, eine Kaufhalle mit 900 m^2 Verkaufsraumfläche, eine Schule mit Turnhalle, Kindergarten und Kinderkrippe, ein neues Postamt und eine Bierstube.

Mit der neuen Bebauung am Leninplatz erhöht sich die Einwohnerzahl im Stadtzentrum um rund 4200 Einwohner. Die Einwohnerdichte beträgt nach Abzug der Flächen mit übergeordneter Bedeutung etwa 600 EW/ha. Für künftig notwendige, weitere Versorgungseinrichtungen wurde zwischen der westlichen Platzbebauung und der Büschingstraße eine Reservefläche ausgewiesen.

Große Beachtung muß – in Anbetracht der eigenwilligen Form der Platzbebauung – dem in diesem Gebiet vorhandenen umfangreichen Netz stadttechnischer Versorgungsleitungen geschenkt werden. Durch Vermeidung von Überbauungen an solchen kritischen Punkten, wie der alten Lichtenberger Straße, an der Strausberger Straße, Barnim-, Büsching- und Palisadenstraße, können erhebliche Kosten eingespart werden.

4

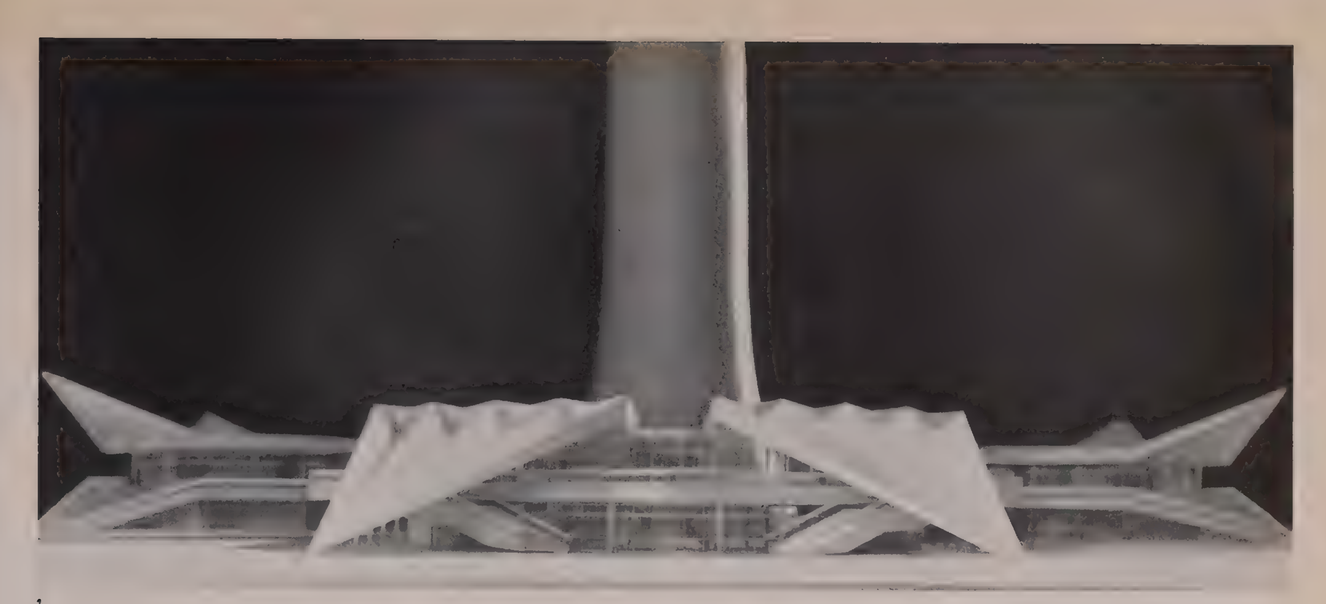
5
Schaubild des Wohnhochhauses am Leninplatz



5

6
Modellfoto des Wohnhochhauses. Blick vom Strausberger Platz

6



1 Blick vom S-Bahnhof Alexanderplatz auf den Turmzugangstrakt (Modellfoto)

Umbauung Fernsehturm Berlin

Architektonische Gestaltung

Dr.-Ing. Walter Herzog
Architekt BDA Heinz Aust
VE BMK Ingenieurhochbau Berlin
Betrieb Projektierung

2 Modellfoto der städtebaulichen Situation

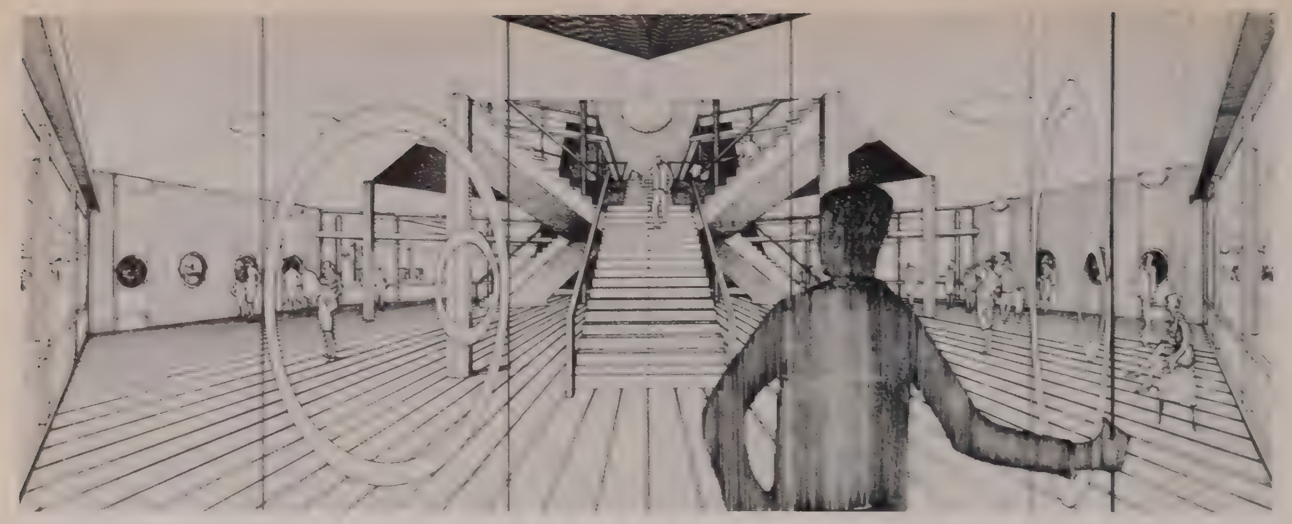


Der Fernsehturm im Zentrum Berlins ist nicht nur Träger technischer Aufgaben, sondern auch Zeichen und Symbol. Im Festraum der Stadt stehend, ist er das beherrschende Bauwerk, point de vue fast aller Radialstraßen Berlins.

Aufgabe der Fernsehturmbebauung ist es, im weiteren und engeren Sinne Auffangstation der Turmbesucher (Gastronomie, Information, Turmfoyer) und Bindeglied zwischen Turm und Stadt zu sein.

Im folgenden sollen die von den Verfassern für die Entwurfsbearbeitung als wesentlich befundenen Grundsätze kurz dargestellt werden:

- Architektonische Ausbildung der politisch-kulturell definierten Achse zwischen dem Alexanderplatz und dem Marx-Engels-Platz. Symmetrie der Umbauung und der Außenanlagen.
- Errichtung eines Bauwerkes, welches den städtebaulichen Raum um den „Turm" auf Grund einer extrovertierten Grundhaltung aktiviert
- Auffindung einer unikalen und klar ablesbaren Bauform
- Erzeugung einer städtebaulichen Verspannung der Bebauung Rathaus- und Liebknechtstraße und Herstellung differenzierter Räume in Richtung Alexanderplatz und Marx-Engels-Platz
- Herausbildung einer kontrapostierenden Wirkung der „Umbauung" zum „Turm", das heißt die Entgegensetzung eines scheinbar plastisch-dynamischen Bauwerkes gegen das plastisch-statische Bauwerk „Turm" und die Entgegensetzung einer größeren horizontalen Ausdehnung der Umbauung zur vertikalen des Turmes
- Benutzung der Geometrie des Sechseckes als Vermittlung zwischen der des Kreises (Turm) und der des Vierecks (Gesellschafts- und Wohnbauten der umgebenden Bebauung)
- Gliederung des Bauwerks entsprechend der Nutzungskomplexe
- Freistellung des Turmes bis zu seiner Basis



3 Blick in die Turmzugangshalle

Ideenentwurf 1968 (Angebotsprojekt)

VE BMK Ingenieurhochbau Berlin
Betrieb Projektierung

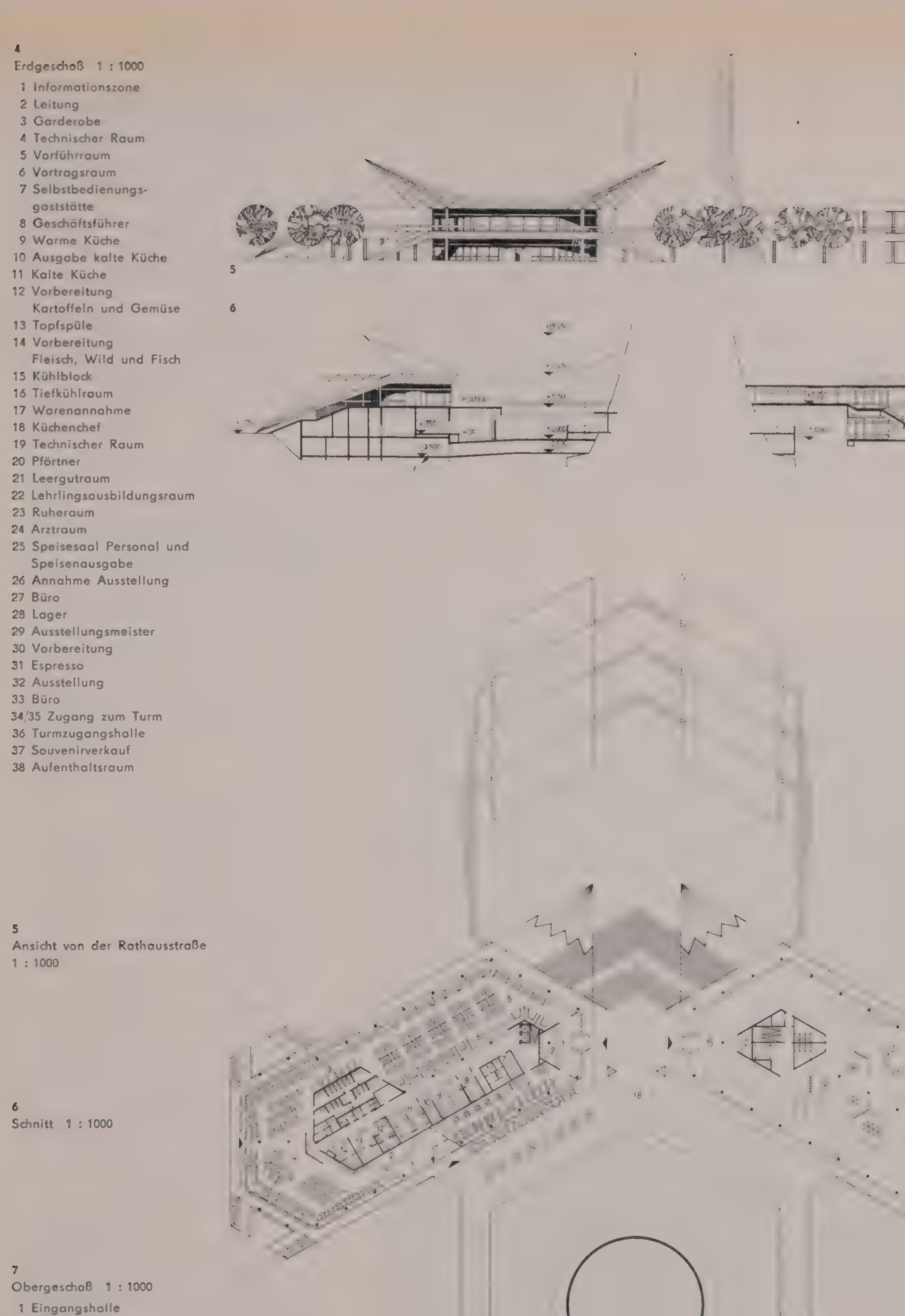
Entwurf und Gesamtleitung:	Dr.-Ing. Walter Herzog Architekt BDA Heinz Aust
Entwurfsbearbeitung und -mitarbeit:	Architekt BDA Manfred Prasser Architekt BDA Dipl.-Ing. Dieter Bankert Architekt Jürgen Köhler
Statik:	Dipl.-Ing. Rolf Heider Dipl.-Ing. Wolfram Lierow
Grünanlagen:	Gartenarchitekt BDA Hubert Matthes
Haustechnik:	Gruppenleiter Günter Linde Elektroing. Ulrich Fahrich Sanitäring. Wolfgang Schneider Lüftungsing. Heinz Werner Elektroing. Werner Kranzin Heizungsing. Siegfried Krenzin Fernmeldeing. Franz Newerla Sanitäring. Heinz Voigtländer Elektroing. Gerhard Wardeck
Tiefbau:	Dipl.-Ing. Erhart Rössler
Kostenplanung:	Bau-Ing. Erich Anke Bau-Ing. Eberhard Meinhardt
Ökonomie:	Ökonom Fritz Jenß Ökonom Helmuth Marx
Bautechnologie:	Bauing. Manfred Mlosch Bauing. Georg Bauschke Bauing. Bernd Scheuner
Gaststättentechnologie:	HO Bezirksdirektion Berlin

Kennzahlen

Umbauter Raum (geschlossen)	52 726 m³
Umbauter Raum (offen)	10 340 m³
Bruttofläche	13 060 m²
Gaststättenkapazität	922 Plätze
Ausstellungs- und Informationsfläche	2 400 m²

4

4
Erdgeschoß 1 : 1000
1 Informationszone
2 Leitung
3 Garderobe
4 Technischer Raum
5 Vorführraum
6 Vortragsraum
7 Selbstbedienungs-gaststätte
8 Geschäftsführer
9 Warme Küche
10 Ausgabe kalte Küche
11 Kalte Küche
12 Vorbereitung Kartoffeln und Gemüse
13 Topfspüle
14 Vorbereitung Fleisch, Wild und Fisch
15 Kühlblock
16 Tiefkühlraum
17 Warenannahme
18 Küchenchef
19 Technischer Raum
20 Pförtner
21 Leergutraum
22 Lehrlingsausbildungsraum
23 Ruheraum
24 Arztraum
25 Speisesaal Personal und Speisenausgabe
26 Annahme Ausstellung
27 Büro
28 Lager
29 Ausstellungsmeister
30 Vorbereitung
31 Espresso
32 Ausstellung
33 Büro
34/35 Zugang zum Turm
36 Turmzugangshalle
37 Souvenirverkauf
38 Aufenthaltsraum



5
Ansicht von der Rathausstraße
1 : 1000

6
Schnitt 1 : 1000

7
Obergeschoß 1 : 1000
1 Eingangshalle
2 Garderobe
3 Gesellschaftsraum
4 Café
5 Stadtrestaurant
6 Büfett
7 Kalte Küche
8 Warme Küche
9 Spüle
10 Küchenlager
11 Eisbereitung
12 Kuchenbüfett
13 Kaffeeküche
14 Getränke
15 Ausstellung
16 Sanitäts- und Ruheraum
17 Lager
18 Plateau
19 Zugang zum Fernsehturm
20 Turmzugangshalle
21 Kasse und Wechselstelle



8 Perspektive Blick aus Richtung Marx-Engels-Platz



9 Aufsicht (Modellfoto)

Die Turmbebauung birgt drei Nutzungstrakte:

1. Turmzugangstrakt (Bauabschnitt 1)
2. Gastronomietrakt (Bauabschnitt 2)
3. Ausstellungs- und Informationstrakt (Bauabschnitt 2)

Die zweigeschossigen Trakte werden im Höhenniveau des Obergeschosses durch ein Plateau miteinander verbunden und teilweise über zu diesem Plateau führende Treppen erschlossen. Im Erd- und Obergeschoß sind die Fassaden zurückgezogen, so daß im Erdgeschoß ein kontinuierliches überdachtes Wegsystem, im Obergeschoß ein teilweise überdachtes dem Besucher geboten wird. In der Erdgeschoßzone sind in Verlängerung der Plateaubrücken Passagen angeordnet.

Die vier abwärts geneigten Dachflächen sind identisch. Am Turmzugangstrakt sind sie von der Symmetrieachse abgewandt, um eine portalartige Wirkung zu erreichen (der Turm ist durch den verglasten Baukörper zu erkennen). An den Haupttrakten sind sie zur Symmetrieachse gerichtet, um gemeinsam mit der horizontalen Randscheibe des Faltdaches und den aufgeklappten Dachflächen eine vom Terrain aufsteigende, den Turm einfassende Gestik zu erzeugen. Die zu der Rathaus- und Liebknechtstraße gerichteten „Giebel" der beiden Vordertrakte gehorchen ebenfalls einem Symmetrieprinzip. Den nach oben geneigten Dachflächen entsprechen formal die abwärts geführten Flächen, die ursprünglich als Treppen geplant waren. Sie übernehmen auch die Funktion aussteifender Scheiben.

Auf eine plastische Dachform wurde besonderer Wert gelegt, da das Bauwerk von den umliegenden hohen Gebäuden in der Draufsicht gesehen wird. Der Turm ist freigestellt. Die Passanten können durch den sechseckigen Hofbereich gehen.

Der Umbauung sind im Bereich der großen Freitreppe eine etwa 60 cm hohe Terrasse und acht in der Höhe gestaffelte Wasserbecken vorgelagert. Die Wasserbecken flankieren den zum Turm führenden Hauptweg. Eine Vielzahl von Düsen- und Scheinwerfergruppen ermöglicht eine Reihe von Wasser- und Lichteffekten.

Turmzugangstrakt

Die zweigeschossige Besucherhalle ist ein sechseckiger Raum, dessen vier längere Seiten verglast sind. An den kürzeren Seiten befinden sich zwei im Grundriß dreieckförmige, den Hallengrundriß zu einem Rhombus ergänzende Kerne, die eine Souvenierverkaufsstelle, interne Funktionsräume, Kassen, Toiletten und Lüftungsschächte aufnehmen. Die beiden Hallen werden durch eine in einem größeren Treppenauge liegende sechsläufige Treppe verbunden.

Vom Obergeschoß, das bei schönem Wetter auch vom Plateau zu betreten ist, erreicht der Besucher über einige Differenzstufen die zum Turm führende Brücke.

Im Bereich des Zugangstraktes liegen unter den herabführenden Dachflächen zwei das Plateau erschließenden Freitreppen.

Gaststättentrakt

Dieser Trakt ist im Erdgeschoß von den beiden Passagen begrenzt, im Obergeschoß befindet er sich im rechten Haupttrakt. Die „en passant" benutzten gastronomischen Funktionen sind im Erdgeschoß, die eine längere Verweildauer bedingenden Funktionen sind im Obergeschoß angelegt. Der Schwerpunkt der Wirtschaftsräume liegt im Mittelbereich des Erdgeschosses mit direktem Kontakt zum Wirtschaftshof.

Für die Struktur des Gaststättenprozesses gelten folgende Gesichtspunkte: Bewältigung eines großen Touristenandranges (SB-Gaststätte, Espresso), Erwartung von Reisegruppen (Gesellschaftsräume), gelegentliche Nutzung der Gaststätten im Obergeschoß für größere Bälle (Verbindung aller Gaststätten zu einer Raumfolge), gesteigerter Besucherandrang im Sommer bei schönem Wetter (Terrassenbetrieb).

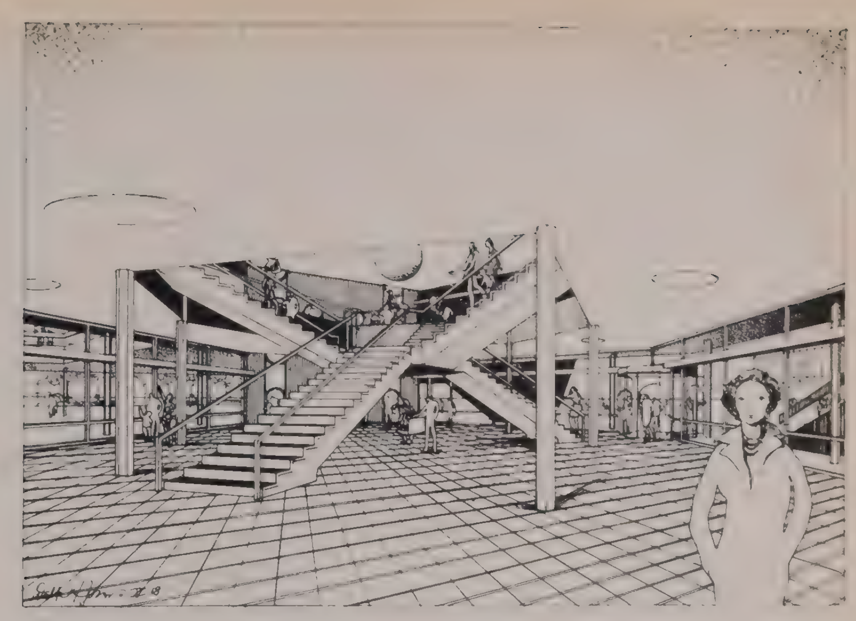
Ausstellungs- und Informationstrakt

Im Erdgeschoß auf der der Rathausstraße zugewandten Seite liegt das Informationszentrum der Berlin-Information. Herzstück desselben ist ein Kino- und Vortragssaal für 110 Personen.

Im Bauwerksteil, der zur Liebknechtstraße gerichtet ist, sind im Erd- und Obergeschoß miteinander verbundene Ausstellungsflächen angelegt. Standbauelemente unterteilen die Flächen variabel je nach dem Charakter der ständig wechselnden Ausstellungen.

Ingenieurkonstruktion

Dipl.-Ing. Rolf Heider



10 Blick in die Turmzugangshalle

Für die statisch-konstruktive Durchbildung des Bauwerkes sind einige wesentliche Bedingungen gegeben, die sich aus der architektonischen Konzeption ableiten.

- Das Dach mit seinen weit auskragenden Flächen ist so zu verwirklichen, daß es eine attraktive Draufsicht besitzt und in der Ansicht als umlaufendes Band wirkt.
- Die Deckenplatte des Obergeschosses ist bei einem zurückgedrängten Stützensystem rings um das Bauwerk auskragend auszubilden.
- Für den verhältnismäßig schwierigen Grundriß muß eine möglichst einfache Tragkonstruktion gefunden werden, die eine unkomplizierte Technologie und Fertigung zuläßt.

Nach Untersuchung mehrerer Varianten erwies sich für das Dach, insbesondere für die etwa 15 beziehungsweise 21 m auskragenden Dachflächen, ein Flächentragwerk als erforderlich, dessen Kragmoment gut in die übrige Dachfläche und von dort in die Unterkonstruktion eingetragen wird. Die gewählte Faltwerkkonstruktion erfüllt diese Bedingung am besten. Die auskragenden Dächer sind zur Spitze hin radial gefaltet und gehen im horizontalen Dachbereich in eine parallele Faltung über, bei der die Faltenscheiben eine Richtungsänderung erfahren. Die hieraus verursachten Torsionsmomente werden durch einen hohen Balken vermieden, der am Knick der Faltenkanten in die Stützenebene gelegt wird. Dieser Balken setzt sich an den Stirnseiten der parallelen Falten als Blende, an den Kragdächern als vertikale Randscheibe fort und ergibt dadurch das rings um das Bauwerk laufende Band.

Für den Ingenieur besonders interessant sind die nach oben und unten auskragenden Dachflächen, die hinsichtlich ihrer Tragwirkung wahrscheinlich eine neuartige Konstruktion darstellen. Ihr ökonomisches Tragverhalten kann man sich an einer eingespannten, schräg auskragenden, sehr flachen Pyramide vorstellen, bei der in Kragrichtung das Tragvermögen an jedem Schnitt ausgenutzt wird. Hieraus erklärt sich auch der Sachverhalt, daß die nach unten geneigten Dächer an der Spitze nicht aufgesetzt werden können. Die Kragkonstruktionen sind von statisch-konstruktiven Überlegungen her logisch entwickelt und bereichern die Idee des Entwurfes. Modellstatische Untersuchungen unterstützten die Projektbearbeitung, besonders hinsichtlich des durch diskontinuierliche Auflagerung gestörten elastischen Verhaltens der Faltwerkkonstruktion.



11 Blick auf das radial gefaltete Dach und die abwärts geführte aussteifende Scheibe

Das gesamte Bauwerk ist nach konstruktiven, wärmetechnischen und bautechnologischen Gesichtspunkten durch Dehnungsfugen in sieben Bauteile unterteilt. Die Unterkonstruktion stellt im Prinzip ein Stahlbeton-Plattenbalkensystem ohne Querriegel dar, das für die Ausführung die Anwendung einer verziehbaren Schalung ermöglicht. Allerdings muß diese Konstruktion in ihrer Ausbildung den eigenwilligen Treppenkonstruktionen und besonders im Turmeingangsbauwerk den großen Momenten der Kragdächer Rechnung tragen. Die horizontale Aussteifung des Gaststättentraktes erfolgt im Keller und Erdgeschoß durch wenige Stahlbetonwände, beziehungsweise durch die äußeren, nach unten laufenden Scheiben. Die Obergeschoßstützen sind in die Decke über dem Erdgeschoß eingespannt. Im Eingangsbauwerk wird die Stabilisierung von der massiven, zentral gelegenen Innentreppe übernommen.

Leichter und ökonomischer bauen – Metalleichtbau

Bauing. Rolf Kühnert
Dipl.-Gesellschaftswissenschaftler, Berlin



1

In Vorbereitung des 20. Jahrestages unserer Republik beschäftigen sich die Bauschaffenden besonders intensiv mit den Grundfragen der weiteren Entwicklung des Bauwesens.

Es geht dabei um nichts weniger als um die politische Aufgabe, das Bauwesen aus einem begrenzenden Faktor bei der Entwicklung der Produktivkräfte und der Hebung des Lebensniveaus in einen zu verlässigen Partner der Volkswirtschaft zu verwandeln, zu einem Instrument in den Händen von Partei und Regierung zur Schaffung der notwendigen baulichen Bedingungen der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft, für Wohlstand und Glück aller Bürger, zur Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Bei allen Überlegungen gilt es, eine einfache Wahrheit nicht zu übersehen: Die Verwirklichung der kühnsten Vorstellungen der gesellschaftlichen Auftraggeber und der Architekten und die Erreichung der hochgesteckten Ziele erfordert unbedingt, eine solide materielle Basis des Bauwesens in Form einer modernen, leistungsfähigen Baumaterialienindustrie und zuverlässiger Kooperationslieferungen aus allen Zweigen der Industrie zu schaffen.

2



Es geht dabei nicht nur um bloße quantitative Vergrößerungen. In einer Zeit, wo sich in allen Bereichen unserer Volkswirtschaft ein bedeutender Strukturwandel vollzieht, sind neue moderne Baustoffe und Bauelemente nicht nur ein entscheidender Faktor der allgemeinen Leistungssteigerung des Bauwesens, sondern üben einen immer größeren Einfluß auf die Produktivität der Bauprozesse und auf die Erweiterung der Möglichkeiten der funktionellen und baukünstlerischen Gestaltung aus.

Für jeden Architekten ist es deshalb sehr wichtig, sich intensiv mit dem Neuen im Angebot der baumaterialerzeugenden Zweige zu beschäftigen, um alle potenziellen Möglichkeiten der neuen Baustoffe zu erforschen und sie richtig einzusetzen. Mehr als das: Getreu den Traditionen der progressivsten Baumeister und entsprechend ihrer nunmehr bedeutend eindeutiger fixierten Verantwortung für die entscheidenden Vorbereitungsphasen im Reproduktionsprozeß der Baukombinate sollten die Architekten und Ingenieure in immer stärkerem Maße selbst aktiven Einfluß auf die Entwicklung, Produktion und ständige Vervollkommnung neuer effektiver Baustoffe, Bauelemente und Konstruktionen nehmen.

Welche grundlegenden Entwicklungslinien zeichnen sich im Prognosezeitraum im Bauwesen, speziell im Industriebau ab?

- Der **Leichtbau** unter Verwendung von Metallen, Plasten, Schäumen und Faserbaustoffen tritt immer mehr an die Stelle von schweren Beton- und Mauerwerkskonstruktionen.

- Durch weitestgehende **fabrikmäßige Vorfertigung** hochkomplizierter Baugruppen und Segmente wird der Arbeitsaufwand – insbesondere auf der Baustelle – auf ein Minimum reduziert.

- Der Faktor des moralischen Verschleißes von Erfindungen und Neuentwicklungen sowie die Notwendigkeit, rasch auf neue Marktbedingungen zu reagieren, erfordert zwingend die **radikale Verkürzung der Vorbereitungs- und Bauzeiten.**

- Der rasche Umschlag von Wissenschaft und Technik und damit der maschinellen Ausrüstungen erfordert **weitgespannte flexibel nutzbare** Industriehallen, eine Forderung, die ökonomisch nur mit leichten Tragwerken zu erreichen ist.

Die Analyse dieser Anforderungen – speziell an Produktionsgebäude – und der Möglichkeiten ihrer technischen Realisierung führte eindeutig zu dem Ergebnis, daß es notwendig ist, sich in Übereinstimmung mit der Grundlinie des leichten und ökonomischen Bauens auf die forcierte Entwicklung und Produktion des Metalleichtbaus und seinen effektivsten Einsatz zu konzentrieren. Die entsprechenden Beschlüsse des Ministerrates sind gefaßt. Bereits im Plan für das Jahr 1969 ist vorgesehen, den Umfang des Metalleichtbaus auf einhundertdreißig Prozent zu steigern. Für die weiteren Jahre wird eine weitere progressive Steigerung vorbereitet. Es kommt jetzt darauf an, diese volkswirtschaftlich entscheidende Strukturlinie mit allen Kräften zu realisieren. Im Interesse des koordinierten Einsatzes aller Kräfte wurde am 30. 12. 1968 das **Metalleichtbaukombinat** als große, leistungsfähige, straff organisierte Wirtschaftseinheit gebildet, die Kapazitäten für hochproduktive, erzeugnisspezialisierte Teilfertigung, Vorfertigung und Montage und nicht zuletzt auch bedeutende wissenschaftliche und Projektierungskapazitäten erfaßt.

Ein dafür vorgesehener **Kooperationsverband Metalleichtbau** sorgt für einheitliche Bestimmung der Zielfunktionen der Pläne aller wesentlichen Kooperationspartner des Metalleichtbaukombinates. Wesentliche Kapazitäten der Deutschen Bauakademie, der Hoch- und Fachschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen wurden in Übereinstimmung mit den Forderungen der 9. Tagung des Zentralkomitees in einem **Großforschungskomplex** auf die Schaffung des wissenschaftlichen Vorlaufes für die Erreichung von Pionier- und Spitzenleistungen

1
Stabnetzfaltwerk mit 12 m × 18 m Stützenabstand. Die Konstruktion wird am Boden vormontiert und dann mit verlegter Dachhaut auf die Stützen gesetzt.

2
Stabnetzwerkkuppel mit 24 m Durchmesser als Bauhülle für eine Düngermischanlage.
Die Stäbe wurden mit dem Knotenpunktsystem IFI verbunden.



3
Leichtbau-Kaufhalle Typ C III, angewendet als Messegaststätte in Rostock

im Metalleichtbau konzentriert. Nicht zuletzt kommt es auch darauf an, diese hocheffektive Bauweise unter dem Gesichtspunkt höchster volkswirtschaftlicher Effektivität, das heißt vorrangig für die strukturbestimmenden Vorhaben der Industrie einzusetzen.

Es könnte jemand die Fragen stellen: „Wieso erst jetzt die Orientierung auf Metalleichtbau? Stellt die Entwicklung des Metalleichtbaus eine Korrektur früherer ‚Fehler' (Stahlverwendungsverbot, Entwicklung des Betonbaus) dar?" Oder andererseits: „Sind denn bereits alle Probleme des Metalleichtbaus gelöst?" Bei einer solchen Fragestellung werden jedoch entscheidende Momente übersehen.

Erstens bedurfte es für eine grundlegende Veränderung in der Materialstruktur der Bauwirtschaft entsprechender Vorleistungen in der Industrieproduktion. Dank der weitsichtigen Wirtschaftspolitik von Partei und Regierung und der erfolgreichen Entwicklung unserer Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion sind in den letzten Jahren wesentliche Voraussetzungen für die umfassende Entwicklung und Anwendung des Metalleichtbaus geschaffen worden. Wir denken dabei insbesondere an den Ausbau des Eisenhüttenkombinates Ost, der Produktionsaufnahme von Leichtbauprofilen im Walzwerk Finow, von Aluminiumverbundelementen in Hettstedt, von Rohren in Riesa sowie der Entwicklung einer Asbestzementindustrie. Auf Grund der durch die Imperialisten herbeigeführten Spaltung Deutschlands ließ übrigens die in der Deutschen Demokratischen Republik vorhandene materielle Basis in den ersten Jahren gar keine andere Wahl zu, als sich auf die Entwicklung stahlsparender Bauweisen, insbesondere des Stahlbetonmontagebaus, zu konzentrieren, um überhaupt den wachsenden Anforderungen an die Leistungen der Bauindustrie entsprechen zu können.

Zweitens handelt es sich nicht um eine bloße Renaissance des Stahlbaus. In den letzten Jahren sind wichtige wissenschaftliche Arbeiten durchgeführt worden, so zum Beispiel die Entwicklung räumlicher Tragwerke und von Mehrschichtelementen. Zugleich haben sich auch durch die Produktion von Leichtbauprofilen, von Plasten und Faserbaustoffen prinzipiell neue Möglichkeiten für eine grundlegende Veränderung der Materialstruktur des Bauwesens ergeben.

Drittens darf nicht angenommen werden, daß die zur Zeit entwickelten und angebotenen Metalleichtbaukonstruktionen bereits alle potentiellen Möglichkeiten des Form- und Stoffleichtbaus ausschöpfen. Es ist noch eine große Arbeit zu leisten, um den Leichtbau, insbesondere auch den Metalleichtbau, wissenschaftlich, konstruktiv, technologisch, ökonomisch und künstlerisch voll zu meistern.

In den bisherigen Ausführungen war hauptsächlich vom Metalleichtbau und seiner Bedeutung für den Einsatz in der Industrie die Rede. Bei der Durchführung der Grundlinie des leichten und ökonomischen Bauens geht es jedoch um mehr. Der Metalleichtbau ist ein besonders anschaulicher Repräsentant dieser Entwicklung, die sich jedoch darin nicht erschöpft. Es geht darum, das leichte Bauen zu einem grundlegenden Arbeitsprinzip aller Bauschaffenden zu machen und dieses Prinzip, beginnend bei Forschung, Entwicklung und Projektierung, in allen Zweigen und auf allen Gebieten des Bauwesens schöpferisch anzuwenden.

Einige Beispiele: Im Weltmaßstab vollzieht sich hinsichtlich der Anwendung des Stahlbetons eine bedeutende Entwicklung in Richtung des immer stärkeren Vordringens von Spannbeton, von konstruktivem Leichtbeton unter Verwendung von hochfesten Leichtzuschlagstoffen sowie eine stürmische Entwicklung in der Produktion von Gassilikatbeton. Es muß offen gesagt werden, daß wir in der DDR trotz einer starken quantitativen Entwicklung der Stahlbetonindustrie gerade bei der Produktion neuer, leichter effektiverer Arten von Beton ganz erhebliche Rückstände aufzuweisen haben. Auch bei allen Fortschritten, die in bezug auf die Anwendung von Plasten im Bauwesen zu verzeichnen sind, muß eingeschätzt werden, daß die Möglichkeiten des Plasteinsatzes im Bauwesen bei weitem nicht ausgeschöpft sind. Sowohl auf dem Gebiet des Ausbaus, der Wärmedämmung, der Anwendung der Klebetechnik bis zum Einsatz konstruktiver flächiger Elemente aus glasfaserverstärkten Polyesterharzen gibt es bedeutende Möglichkeiten, die in den nächsten Jahren unbedingt zu erschließen sind.

Auch hinsichtlich der Entwicklung der Produktion und des Einsatzes von Faserbaustoffen darf nicht übersehen werden, daß trotz einer bedeutenden quantitativen Entwicklung der Produktion von Asbestzementerzeugnissen auch in diesem Industriezweig noch bedeutende Aufgaben durchzuführen sind. Es geht dabei nicht nur um eine weitere wesentliche Produktionssteigerung, sondern vor allem auch um bedeutende qualitative Veränderungen hinsichtlich der Erweiterung des Sortiments, um die physikalischen Eigenschaften und die hohe Ökonomie dieses hervorragenden Baustoffes voll für die Verwirklichung des leichten und ökonomischen Bauens zum Tragen zu bringen.

Die wissenschaftlich-technische Revolution macht selbst vor einem so alten traditionellen Baustoff wie dem Holz nicht halt. Es ist einfach nicht länger zu verantworten, daß von der begrenzten Menge des Holzes, die dem Bauwesen zur Verfügung steht, etwa 50 Prozent als Vorhalteholz verschwendet wird, gleichzeitig jedoch die Entwicklung neuer leichter Holzkonstruktionen unter Anwendung der Klebetechnik und räumlicher Tragwirkungen stagniert.

Vor allem gilt es, alle Effekte des Verbundes verschiedener Baustoffe mit dem Ziel ihrer Optimierung voll zu nutzen. Das gilt nicht nur für den Metalleichtbau, wo für die Umhüllungskonstruktionen in hohem Maße großformatige Silikatbetonblöcke und Asbestzementplatten eingesetzt werden. Das betrifft auch den Geschoßbau, wo ökonomische Untersuchungen ergeben haben, daß die Kombination von monolithi-



4
Raumtragwerk
System Weimar
der Eissporthalle
in Halle Saale
(letzte Hubphase)
Größe:
72,0 m × 57,5 m
Firsthöhe: 16,0 m
Maximale
Anschlußkräfte
der Stäbe: 31,5 Mp
Zulassung: Staatliche
Bauaufsicht der DBA
Konstruktion, Statik
und Hub des Tragwerkes und der Stahlunterkonstruktion:
Kollektiv
Professor Speer,
Hochschule für Architektur und Bauwesen
Weimar

5
Detail einer leichten Dacheindeckung

schen oder aus Betonfertigteilen montierten Traggerippen mit leichten Vorhangfassaden, leichten Sanitärzellen und Raumteilern zu sehr überzeugenden Lösungen führt.

In diesem Zusammenhang steht vor den Architekten und Ingenieuren die komplizierte Aufgabe, die dialektischen Wechselbeziehungen zwischen dem „Leichten" und dem „Ökonomischen" beherrschen zu lernen. Es ist eine Tatsache, daß hochwertige leichte Baustoffe oft wesentlich teurer als herkömmliche Baustoffe sind. Ein bedenkenloser Einsatz neuer effektiver leichter Baustoffe führt deshalb oft zu Verteuerungen. Die Kunst besteht also darin, diese Baustoffe dort einzusetzen, wo ihre spezifischen Eigenschaften voll ausgenutzt werden können. Insbesondere geht es auch darum, sich mit den Problemen des Formleichtbaus zu befassen, da eine bloße Nachbildung traditioneller Bauteile mit neuen Baustoffen in der Regel zu unökonomischen Lösungen führt. Die neuen ökonomischen Baustoffe fordern im Gegenteil gerade dazu heraus, sich für viele Anwendungszwecke vom Quader zu lösen und neue kühne Konstruktionen anzuwenden bis hin zu neuen Bauwerksformen wie Polygonen und sphärischen Gebilden.

Als ein grundlegendes Problem der ökonomischen Beherrschung des leichten Bauens kristallisiert sich immer mehr heraus, die zum Teil objektiv höheren Werkstoffkosten durch eine sprunghafte Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der damit verbundenen Senkung der Verarbeitungskosten zu kompensieren. Ich komme damit zur prinzipiellen Bedeutung des „leichten" Bauens. Die Anwendung des Leichtbaus schafft eigentlich erst die Voraussetzungen für eine wirkliche Industrialisierung. Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß die Verlegung der Produktion von Wänden und Decken in Betonwerke zwar einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Industrialisierung darstellte, sich dabei jedoch gleichzeitig die Grenzen eines solchen Herangehens zeigen. Aus Gründen der Transportökonomie läßt die bloße Verlagerung schwerer Baukonstruktionen in die Vorfertigung eine wirkliche industrielle Großproduktion mit hohem Spezialisierungsgrad, Anwendung hochproduktiver technologischer Linien mit kürzesten Taktzeiten, verbunden mit einer komplexen Automatisierung an den meisten Standorten nicht zu. Durch die Anwendung des Leichtbaus werden jedoch die Transportprobleme ganz erheblich reduziert. Es werden damit erst die Voraussetzungen für eine wirkliche industrielle Massenproduktion, für die umfassende Anwendung der Automatisierung in der Vorfertigung geschaffen. Sowohl bei der Herstellung von konstruktiven Einzelteilen für den Metalleichtbau als auch bei der Produktion von leichten Mehrschichtelementen, Asbesterzeugnissen und Verbundelementen aus Metallen und Plasten zeigen sich bereits jetzt hervorragende Möglichkeiten der Automatisierung und Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf bisher im Bauwesen nicht bekannte Größenordnungen.

Gleichzeitig wachsen jedoch mit diesem größeren Maßstab der Produktion auch die Probleme der Kooperation. Die Einheit von Projektierung, Vorfertigung, Transport, Montage und Ausbau in den einzelnen Baukombinaten wird durch die Vorfertigung hochkomplettierter Bauelemente und Segmente in zentralisierten, hochmechanisierten, automatisierten Werken gesprengt; sie muß in größerem Maßstab durch größere Wirtschaftseinheiten, Anwendung moderner Führungsmethoden und Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung wieder hergestellt werden. Die Beherrschung der Kooperation erfordert jedoch auch, bereits in der Entwicklung, Konstruktion und Standardisierung dafür zu sorgen, daß die Produzenten von Baustoffen, Bauelementen und Konstruktionen für alle praktisch vorkommenden Bauaufgaben Prinziplösungen (Problemlösungen) einschließlich sämtlicher Details anbieten und immer mehr dazu übergegangen wird, die einzelnen konkreten Vorhaben aus dem Katalog zu projektieren.

Es versteht sich von selbst, daß diese Prozesse auch baukünstlerisch gemeistert werden müssen. Die städtebaulichen Ergebnisse aus der Anfangszeit der ersten Etappe der Industrialisierung schrecken zu sehr, als daß wir es uns leisten könnten, mit dieser neuen Etappe der Industrialisierung des Bauens eine erneute seelenlose Gleichförmigkeit im Angebot der Bauwerke herbeizuführen. Die Lösung dieses Problems beginnt jedoch nicht bei der Auswahl und bei der Anwendung der angebotenen Konstruktionen für das konkrete Bauwerk, sondern in der Arbeit der Konstruktionsbüros der großen Kombinate der Vorfertigungsindustrie.

Es ist deshalb an der Zeit, daß einige der besten Architekten in den großen Kombinaten der Vorfertigungsindustrie, so zum Beispiel im Metalleichtbaukombinat, ihre Tätigkeit aufnehmen, um sich mit scheinbar so profanen Dingen wie der Entwicklung von Konstruktionssystemen und der Gestaltung von Konstruktionsdetails zu beschäftigen. Dieser Gedanke mag im ersten Moment einen Architekten, der sein Ziel darin sieht, seine Ideen in einem konkreten Bauwerk gebaut zu sehen, befremden. Es ist jedoch unumgänglich, sich auch mit solchen Problemen vertraut zu machen, weil der Prozeß der immer weitergehenden Arbeitsteilung objektiv mit der Manufaktur in der Arbeitsweise der meisten Projektierungsbüros in Kollision gerät. Es ist aber durchaus nicht ausgeschlossen, daß der Name berühmter Architekten in der Zukunft nicht nur mit bestimmten Bauwerken, sondern auch mit besonders gelungenen Konstruktionssystemen und Detaillösungen verbunden sein wird.

Städtebau und Architektur bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus

Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert
Vizepräsident der Deutschen Bauakademie

Der VII. Parteitag der SED hat die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in unserer Republik beschlossen und zum Anliegen aller unserer Menschen gemacht. Er schuf damit das in unserer neuen Verfassung verankerte Programm für die volle Entfaltung der sozialistischen Menschengemeinschaft und die Entwicklung des sozialistischen Menschen.
Mit der umfassenden Verwirklichung des ökonomischen Systems als Kernstück des gesellschaftlichen Gesamtsystems schaffen wir die materielle Basis, um dieses Ziel zu erreichen . . . Aus der Notwendigkeit einer volkswirtschaftlich effektiven Strukturpolitik und der Konzentration der Kräfte auf die strukturentscheidenden Gebiete erwachsen für das Bauwesen im Perspektivplan neue, höhere Anforderungen. Vor dem Bauwesen steht die Aufgabe, die Bauleistungen und die Arbeitsproduktivität im Zeitraum von 1970 bis 1975 auf mindestens 250 Prozent zu steigern. Dabei wird der Bau von Wohnungen und gesellschaftlichen Einrichtungen überdurchschnittlich anwachsen. Die Zentren der zehn bedeutendsten Städte der DDR werden in diesem Zeitraum neu gestaltet. Andere Städte, wie zum Beispiel Jena, werden in diesen fünf Jahren auf das Doppelte ihrer heutigen Einwohnerzahl kommen. In vielen Bezirken werden neue Siedlungsschwerpunkte entstehen . . .
Von der sozialistischen Architektur der DDR wird heute erwartet, daß sie die baulichen Voraussetzungen für die volle Entfaltung des sozialistischen Lebens schafft, daß sie der Lebensweise, dem Bewußtsein und der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes Ausdruck verleiht und im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung eine aktive bewußtseinsfördernde Rolle spielt. Daraus ergibt sich die große gesellschaftspolitische Bedeutung des Städtebaus und der Architektur in der DDR und die zwingende Konsequenz, Klarheit über ideologische Grundfragen beim Aufbau der Städte und Dörfer zu schaffen.
Wenn das 4. Plenum des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Einschätzung gab, daß es gelungen ist, Ansätze zur Herstellung einer sozialistischen Architektur zu schaffen, dann wissen wir, daß diese Entwicklung nur auf der Grundlage eines ideologischen Klärungsprozesses möglich war. Es bedurfte beharrlicher, kompromißloser Auseinandersetzungen, um die Tendenzen des Schematismus und der Monotonie im Städtebau sowie die Enge und den Skeptizismus im Denken zu überwinden.

Keine Konvergenz in der Architektur

Die Ereignisse des letzten Jahres zeigten, daß der Klassenkampf an Schärfe zunimmt und daß er sich in immer stärkerem Maße auf die schleichende, aber intensive Infiltration bürgerlicher Ideologien konzentriert.
Auch auf unserem Gebiet versucht man, uns mit Begriffen wie „Architektur im Zeitalter der technischen Revolution", „Stadt von morgen" oder „Weltproblem Umweltgestaltung" zu suggerieren, daß es prinzipiell konvergierende Prozesse bei der Gestaltung der kapitalistischen und der sozialistischen Städte gäbe. Tatsächlich gibt es in Ost und West zum Beispiel die Tendenz steigender Freizeit und wachsenden Konsums. Es gibt in Leipzig wie in Hamburg Verkehrsprobleme. In beiden Weltsystemen gibt es einen Prozeß, der allgemein als „Verstädterung" bezeichnet wird. Aber die Kernfragen, um die es dabei geht, sind doch zum Beispiel:

- Wie nutzen wir die Freizeit? Wollen wir eine passive manipulierte Konsumgesellschaft, oder streben wir die Herausbildung allseitig gebildeter, aktiver sozialistischer Persönlichkeiten an?
- Sollen unsere Städte im Individualverkehr ersticken, oder müssen wir dem gesellschaftlichen Massenverkehr den absoluten Vorrang geben?
- Wollen wir die ländlichen Gebiete entvölkern und die Städte in die Landschaft ausufern lassen, wie das in Westdeutschland geschieht, oder wollen wir durch eine planmäßige Umgestaltung des Siedlungssystems die Unterschiede zwischen Stadt und Land beseitigen?
- Wollen wir die „Architektur" entideologisieren und sie damit in ihrer künstlerischen Potenz verkümmern lassen, oder wollen wir sie zu einem politisch wirksamen, kultur- und bewußtseinsfördernden Mittel der sozialistischen Umweltgestaltung entwickeln?

Die Beantwortung dieser und ähnlicher anderer Fragen hat zum Beispiel große Konsequenzen für die Struktur der Stadt, für die Gestaltung der Stadtzentren und der gesellschaftlichen Einrichtungen. Ich möchte betonen, daß wir bei der Lösung dieser Probleme immer vom Klassenstandpunkt ausgehen müssen. Es ist klar, daß es keine Konvergenz der Architekturentwicklung im Sozialismus mit der im Kapitalismus gibt noch geben kann . . .

Architektur – Bestandteil der sozialistischen Nationalkultur

Wir haben den Beweis erbracht, daß eine auf die Interessen der Gesellschaft orientierte Lösung der Probleme des Städtebaus nur auf der Grundlage der sozialistischen Planwirtschaft und der sozialistischen Demokratie möglich ist. Daraus ergibt sich für uns die große nationale Verantwortung: das zukunftsweisende Beispiel für die Entwicklung des Städtebaus und der Architektur in unserem sozialistischen Staat deutscher Nation zu schaffen. Dabei geht es nicht schlechthin um die Lösung technischer, ökonomischer, funktioneller und ästhetischer Probleme. Es geht vielmehr um optimale Lösungen für völlig neue Aufgaben.
Es geht um eine sozialistische Architektur, die den politischen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen und Zielen der sozialistischen Gesellschaft in der DDR entspricht, das heißt um eine Architektur, die sich auf der Basis der sozialistischen Wirtschaft als Bestandteil unserer sozialistischen Nationalkultur entwickelt.
Nur so ist die Forderung der Partei zu verstehen, eine neue Qualität in Städtebau und Architektur zu erreichen. Das ist weit mehr als die Meisterung des industriellen Bauens durch Differenzierung der Baukörper und Belebung der Fassaden. Hier geht es in erster Linie darum, unserem neuen gesellschaftlichen Inhalt die ihm gemäße architektonische Gestalt zu geben.

Gesellschaftspolitische Konzeptionen für die Gestaltung der Städte

Die von Partei und Regierung entwickelte Prognose unserer Gesellschaftsentwicklung, die Strukturkonzeption unserer Volkswirtschaft und die ihnen entsprechende Standortverteilung der Produktivkräfte sind die entscheidenden Grundlagen für die Entwicklung der Städte in unserer Republik . . .
Die gesellschaftspolitische Konzeption für die Gestaltung einer Stadt muß von diesen Grundlagen ausgehen sowie die lokalen Besonderheiten, die politische, ökonomische und kulturelle Perspektive, die vorhandene Substanz und die Traditionen der jeweiligen Stadt berücksichtigen.
Demnach müssen die gesellschaftspolitischen Konzeptionen der Städte der prognostischen Entwicklung der DDR insgesamt entsprechen, zugleich aber die prognostische Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der jeweiligen Stadt erfassen. Das verlangt die schöpferische Auseinandersetzung mit allen Fragen der künftigen Entwicklung des Lebens der Menschen in der Stadt und mit allen aus dem künftigen Prozeß der Produktion und Reproduktion ihres Lebens resultierenden Problemen. Dazu gehören zum Beispiel die Probleme, die sich aus dem Wechselverhältnis von wissenschaftlich-technischer und sozialistischer Revolution für die städtebauliche Gestaltung ergeben, insbesondere die Probleme der zukünftigen Entwicklung und Verknüpfung der Arbeitsphäre, Wohnsphäre und Freizeitsphäre der Menschen, die Probleme des fortschreitenden Übergangs von überwiegend körperlicher zu überwiegend geistiger Arbeit und der damit verbundenen wachsenden kulturellen Bedürfnisse der Menschen, die aus dem Prozeß der Übereinstimmung von individuellen und gesellschaftlichen Interessen hervorgehen. Dazu gehören alle Probleme, die mit der Wahrung der Pflege wertvoller Traditionen einer Stadt, mit der Würdigung von bedeutsamen historisch-politischen Ereignissen – vor allem dem Kampf der Arbeiterklasse – zusammenhängen. Erst damit wird die gesellschaftspolitische Konzeption zu dem konkreten und grundlegenden Arbeitsmittel sowohl für den gesellschaftlichen Auftraggeber und die staatlichen Organe als auch für die Städteplaner, Architekten und bildenden Künstler. So gesehen, sind gesellschaftspolitische Konzeptionen Leitvorstellungen und Aktionsprogramme für die sozialistische Gestaltung und Umgestaltung der Städte und Dörfer.
Wie unsere Erfahrungen zeigen, ist es notwendig, eine gesellschaftspolitische Konzeption im Prozeß ihrer städtebaulich-architektonischen Umsetzung ständig zu präzisieren und durch neue Erkenntnisse zu bereichern. Es ist unumgänglich, daß diese Konzeption, deren Realisierung sich über einen längeren Zeitraum erstreckt, vom gesellschaftlichen Auftraggeber, den Architekten, Städtebauern und bildenden Künstlern und vielen anderen Beteiligten, in schöpferischer Gemeinschaftsarbeit weiterentwickelt werden muß . . .

Einheit von Theorie und Praxis

Die von Partei und Regierung gestellte Aufgabe zur Gestaltung der Stadtzentren löste eine in ihrem Umfang und ihrer Intensität beeindruckende Aktivität aus. In sozialistischer Gemeinschaftsarbeit entstanden städtebauliche und architektonische Entwürfe, vor allem für die Stadtzentren.
Die vom Präsidenten der Deutschen Bauakademie eingesetzte Leitgruppe, die Mitglieder der Sektionen des Plenums und Mitarbeiter des Instituts für Städtebau und Architektur berieten und unterstützten die Räte der Städte und Bezirke und ihre dort tätigen Kollegen bei der Wahrnehmung ihrer verantwortungsvollen Aufgaben.
Welche Erkenntnisse und Erfahrungen konnten wir aus dieser neuen Art wissenschaftlicher Arbeitsweise oder, besser gesagt, aus dem Zusammenwirken von Theorie und Praxis gewinnen? Die erste Phase verlief nicht konfliktlos, ja es gab anfangs Vorbehalte auf beiden Seiten. Viele dieser Widersprüche hatten ihre Ursache in dem noch zu schwach entwickelten Informationsfluß zwischen den Bereichen der Forschung und denen der Praxis. Durch die höhere Qualität der angebotenen wissenschaftlichen Arbeitsergebnisse und ihre produktive Anwendung in der Praxis wurden diese Widersprüche bald gelöst. Es muß aber auch gesagt werden, daß der Prozeß gegenseitiger Befruchtung uns in der Akademie geholfen hat, die Aufgaben und Probleme schneller und praxisgerechter zu lösen. So ist, um nur ein Beispiel zu nennen, die hervorragende Arbeit an der Generalbebauungsplanung im Bezirk Erfurt zu einem wichtigen Ausgangspunkt für die weitere wissenschaftliche Arbeit auf diesem Gebiet geworden.
Die vergangenen zehn Monate gemeinsamen Wirkens jedoch nur als Kampagne anzusehen, hieße das Wesentliche verkennen, nämlich die Herausbildung eines neuen Typus wissenschaftlicher Arbeitsweise. Das zu erkennen, ist ein ideologisches Problem ersten Ranges, denn noch gibt es bei uns Wissenschaftler, die äußerten: „Jetzt müssen wir erst mal wieder eine Weile in Ruhe forschen, bevor wir der Praxis etwas Neues anbieten können." In dieser Anschauung tritt eine Theorie-Praxis-Auffassung zutage, in der die Beziehungen auf ein undialektisches, einseitiges Verhältnis von Gebenden und Nehmenden reduziert wird. Es geht aber darum, daß wir unmittelbar praxisverbundene Forschung mit systematischer Grundlagenforschung verbinden.
Die entscheidende Voraussetzung für die guten Ergebnisse sehen wir darin, daß das Zusammenwirken von Praxis und Wissenschaft eine neue Qualität nicht zuletzt auch durch die neuen Beziehungen zum gesellschaftlichen Auftraggeber erhielt. Wir wollen uns an dieser Stelle auch vergegenwärtigen, wie diese sozialistische Gemeinschaftsarbeit in neuen Verhaltensweisen der am Schaffensprozeß beteiligten Menschen zum Ausdruck kommt. So legt es doch Zeugnis ab von dem Neuen, wenn die Ersten Sekretäre der Bezirksleitungen, die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Städte und viele Volksvertreter mit den Architekten, Wissenschaftlern, Baufachleuten und bildenden Künstlern an den Entwürfen und Modellen ihre Vorstellungen darlegten und sich damit unmittelbar am Schaffensprozeß der Architekten und Ingenieure beteiligten . . .

Neue Probleme lösen

Bei der Entwicklung der Konzeptionen für die Gestaltung der Stadtzentren ist eine Fülle von Problemen zutage getreten, deren Lösung von Wissenschaft und Praxis gemeinsam in Angriff genommen werden muß. Ich möchte nur einige andeuten: Die Beherrschung der Wechselwirkungen zwischen der Prognose, dem Generalbebauungsplan und der gesellschaftspolitischen Konzeption einerseits und der konkreten Gestaltung der Städte und ihrer Zentren andererseits verlangt ein tieferes Eindringen in die Verflechtung der einzelnen Bereiche der Stadt. Die Realisierung geschlossener städtebaulicher Ensembles wird zum Teil noch durch die Zersplitterung der dazu notwendigen Investitionen auf zahlreiche Fachplanträger erschwert. Die vielfältigen Interessen, die bei der Gestaltung eines Stadtzentrums von Bereichen unterschiedlichster Art geltend gemacht werden und die sich nicht automatisch in Übereinstimmung mit den Interessen der Gesamtentwicklung der Stadt befinden, machten eine umfangreiche Koordinierungstätigkeit notwendig. Das gilt

insbesondere für die zeitliche und räumliche Konzentration der Vorhaben, die gemeinsame Nutzung baulicher Anlagen und die Schaffung gemeinsamer Investitionsprogramme.
Auf ein weiteres, durch den Fortschritt unserer Praxis ausgelöstes Problem haben uns die Räte der Städte aufmerksam gemacht. Es besteht darin, daß die Realisierung der einzelnen Bauvorhaben der unterschiedlichsten Investitionsträger allein nicht dazu führt, daß in sich geschlossene, allseitig gestaltete Ensembles entstehen. Im Zusammenhang mit der Eigenerwirtschaftung der Mittel durch die im Stadtzentrum vertretenen Investitionsträger ist zu überlegen, wie die Räte der Städte selbst bauliche Maßnahmen finanzieren können, die nicht in den Verantwortungsbereich der einzelnen Investitionsträger fallen.
Weiterhin ist zu untersuchen, wie der Integrationsprozeß zwischen Theorie und Praxis beschleunigt werden kann. Beispielsweise waren unsere empirisch gewonnenen Daten und Aussagen für die Zentrumsgestaltung erste wichtige Ausgangspunkte für die heute vorliegenden Konzeptionen und Entwürfe. Jeder dieser Entwürfe muß einerseits als ein Feld für neue empirische Untersuchungen genutzt werden, um neue Werte mit Hilfe weiterentwickelter Verfahren zu gewinnen, die dann Ausgangsdaten für die nächsten Programme und Projekte liefern. Dieser äußerst komplizierte Prozeß kann nur bewältigt werden, wenn auch die EDV verstärkt eingesetzt und eine Datenbank mit einem gut funktionierenden Informationssystem aufgebaut wird . . .

Neue Wesenszüge einer sozialistischen Architektur

Partei und Regierung haben uns Architekten die Aufgabe gestellt, neue Wesenszüge einer sozialistischen Architektur herauszubilden, die für die DDR typisch sind.
Es geht darum, in der DDR eine Architektur zu schaffen, die der Entwicklung der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse und des Überbaus im Sozialismus entspricht und materiell wie ideell dem sich entwickelnden sozialistischen Leben der Bürger unseres Staates dient.
Die gestellte Aufgabe hat viele Diskussionen ausgelöst. Sie hat aber auch – und das soll hier nicht verschwiegen werden – bei einer Reihe von Architekten Zweifel hervorgerufen, ob es überhaupt notwendig und möglich ist, Wesenszüge einer sozialistischen Architektur herauszubilden, die für die DDR typisch sind. Läuft denn, so fragen manche, die Konzentration unserer Kräfte auf die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution in unserer Bau- und Investitionstätigkeit, die mit dem Kampf um den höchsten volkswirtschaftlichen Nutzeffekt verbunden ist, nicht bereits ausreichend auf eine Stärkung der DDR hinaus?
Ist es dann also nicht richtig, alle Kraft darauf zu konzentrieren, mehr Wohnungen, mehr Produktionsstätten in kürzester Frist zu schaffen? und, so fragen sie, inwiefern können sich Wohnungen, Bürogebäude oder Handelsbauten von gleichen Einrichtungen im Kapitalismus so unterscheiden, daß eine für die DDR typische Architektur entsteht? Das sind Fragen, die einer Antwort bedürfen.
In der Rede über die Bedeutung des Perspektivplanes 1971 bis 1975 für die Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR erklärte Walter Ulbricht: „Die allseitige Stärkung der DDR ist unser Beitrag, um die Grundfrage ‚Wer – wen?' im welthistorischen Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus zugunsten der Völker, zugunsten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu entscheiden." Dieser Kampf wird von den Bürgern unserer Republik geführt, von Bürgern, deren gesellschaftliche Beziehungen und Lebensweise untrennbar mit der Entwicklung unseres gesellschaftlichen Gesamtsystems des Sozialismus verbunden ist. Der Beitrag der Städtebauer und Architekten besteht vor allem darin, auf dem Boden der Verfassungswirklichkeit des von diesen Bürgern geschaffenen Staates der werdenden sozialistischen Menschengemeinschaft in der DDR gemäße Städte und Dörfer zu schaffen . . .
Wenn uns innerhalb des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus die Aufgabe gestellt wird, neue Wesenszüge einer sozialistischen Architektur herauszubilden, die für unsere Republik typisch sind, dann kann es sich nicht in erster Linie darum handeln, die einzelne Wohnung oder ein einzelnes Bürogebäude oder eine Handelseinrichtung von der äußeren Form oder gar von der Konstruktion und Technologie her unterschiedlich zur Architektur im Kapitalismus zu gestalten. Vielmehr muß es sich darum handeln, den revolutionären und dynamischen Entwicklungsprozeß auf die Herausbildung sozialistischer Beziehungen zwischen den Menschen in Städtebau und Architektur praktisch zu ermöglichen und mit den Mitteln der Baukunst zu manifestieren.
Das setzt voraus, die dialektische Einheit zwischen der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten und der Herausbildung einer sozialistischen Menschengemeinschaft zu begreifen und die Einheit von Arbeit und Leben als das aktive und schöpferische Element im individuellen und gesellschaftlichen Leben der Bürger unserer Republik zum eigentlichen und tiefsten Inhalt unserer gesamten Tätigkeit zu machen.
Das heißt also, die Frage „Wer – wen?" wird im Städtebau und in der Architektur dadurch beantwortet, daß wir unsere Städte und Dörfer nicht schlechthin für Einwohner, sondern für Staatsbürger, für die Bürger des sozialistischen Staates deutscher Nation, schaffen und daß nicht der manipulierte, sondern der sich selbst gestaltende sozialistische Mensch das Antlitz unserer Städte und Dörfer prägt. Es ist ein zentrales Problem, diesen Zusammenhang zwischen dem sich entwickelnden gesellschaftlichen System des Sozialismus und dem des Städtebaus und der Architektur herauszuarbeiten.
Es soll bewußt werden, daß die Kritik an Erscheinungen des Schematismus und der Monotonie in der Architektur, die von der Bevölkerung und von der Partei- und Staatsführung geübt wurde, kein vordergründiges Problem der Form und des Geschmacks ist, das etwa durch das Hinzufügen äußeren Dekors gelöst werden könnte, sondern daß es ein zutiefst politisches Problem ist, dessen Bewältigung in der Erfassung der dialektischen Einheit von Inhalt und Form besteht: Der Inhalt der sozialistischen Lebensbeziehungen der Menschen läßt in der schöpferischen Übersetzung schematische und monotone städtebaulich-architektonische Lösung nicht zu.
Die neuen Wesenszüge einer sozialistischen Architektur bilden sich im Entwicklungsprozeß der sozialistischen Lebensweise und der sozialistischen Nationalkultur heraus, wobei es darauf ankommt, die lebendigen Traditionen und die real möglichen Perspektiven schöpferisch zu berücksichtigen . . .

Welche Fortschritte haben wir erreicht?

Die sozialistische Architektur läßt sich nur in der jeweiligen raumzeitlichen und funktionellen Situation einer konkreten Bauaufgabe verwirklichen. Es kommt daher stets darauf an, daß wir bei unseren Lösungen die jeweilige konkrete Situation berücksichtigen, die besonderen gesellschaftlichen Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten der Menschen ebenso wie die besonderen bauhistorischen und landschaftlichen Gegebenheiten und das vorhandene Stadtbild. Nur so können einmalige und einprägsame architektonische Lösungen entstehen, die das Bild unserer Heimat mitbestimmen.
Wenn wir nun auf der Grundlage dieser Überlegungen untersuchen wollen, welche konkreten Fortschritte wir bei der Herausbildung neuer Wesenszüge der sozialistischen Architektur in der DDR in den letzten Monaten gemacht haben, dann gehen wir von zwei Aspekten aus, die wechselseitig miteinander verbunden sind: vom Aspekt des gesellschaftlichen Inhalts und vom Aspekt der Gestalt gebauter räumlicher Umwelt. Von dorther leiten wir die Fragen ab:

- Wie haben wir es verstanden, den neuen Tendenzen der werdenden sozialistischen Menschengemeinschaft in der räumlichen Organisation, vor allem der Stadtzentren, zu entsprechen?

und

- Wie haben wir es verstanden, den wachsenden kulturell-ästhetischen Ansprüchen unserer Gesellschaft im architektonischen Antlitz unserer Städte und Dörfer gerecht zu werden?

Bekanntlich ergibt sich die immer stärkere Durchdringung und wechselseitige Bedingtheit der verschiedenen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus dem Prozeß der Herausbildung des entwickelten gesellschaftlichen Gesamtsystems des Sozialismus und aller seiner Teilsysteme . . .
Die Bemühungen, diesen neuen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen Raum zu geben, sind charakteristisch für viele Projekte, die in Vorbereitung des 20. Jahrestages ausgearbeitet wurden.
Wenn wir die Programme und Projekte unserer Stadtzentren betrachten, so stellen wir fest, daß für die meisten Städte die Aktivierung der Beziehung von profilbestimmender materieller Produktion und Wissenschaft beziehungsweise der entsprechenden Ausbildungsstätten im Leben einer Stadt, besonders ihres Stadtzentrums, zum wesentlichen Kriterium der städtebaulichen und architektonischen Konzeption geworden ist.
Rostock, die Stadt des Schiffbaus, der Seeschiffahrt und einer Universität; Jena, die Stadt von Zeiss und der Universität; Halle, die Stadt der Chemie und einer Universität; Magdeburg, die Stadt des Maschinenbaus und einer Hochschule; Neubrandenburg, die Stadt der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft mit einer neuen Hochschule für Landwirtschaft, und so fort, werden nicht nur wie etwa im Kapitalismus durch die einfache Anwesenheit solcher Institutionen in einer Stadt charakterisiert, sondern durch die spezifische sozialistische Verbindung von Produktion, Wissenschaft und sozialistischer Leitung untereinander und mit der ihr entsprechenden hohen, ständig wachsenden Kultur der Werktätigen. Durch diese Entwicklung entstehen neue Bauaufgaben, neue architektonische Lösungen und eine neue Stadtgestalt, wie wir sie in der Geschichte des Städtebaus in Deutschland noch nicht kennen.
Dieser Wesenszug sozialistischer Architekturentwicklung wird durch die Entwicklung in anderen sozialistischen Ländern bestätigt. So wurde beispielsweise auf einem Städtebaukongreß in der Sowjetunion, der die zukünftige Stadtentwicklung zum Thema hatte, unter anderem die interessante Hypothese vertreten, daß die sozialistische Stadt der Zukunft vor allem eine Stadt der Wissenschaft sein würde. Hierbei wurde darauf hingewiesen, daß sich in den letzten 50 Jahren die Bevölkerung der Sowjetunion um $1^1/_2$mal vergrößert hat, aber die Zahl der Wissenschaftler von 11 000 vor der Revolution auf 712 000 im Jahre 1967, also 70mal, gestiegen ist . . .
In den Diskussionen über die sozialistische Umgestaltung der Stadtzentren wurden zum Beispiel solche Fragen aufgeworfen: Warum wird in Leipzig ein Teil der Universität im Zentrum angesiedelt, während in Jena das Zeiss-Werk im Zentrum liegt und die wachsenden Raumansprüche der Universität außerhalb dieses Stadtzentrums befriedigt werden?
Eine andere Frage lautet:
Warum stellt man in Karl-Marx-Stadt ein Hotel in Verbindung mit dem Kulturgebäude auf den Zentralen Platz, während man in Magdeburg das Haus des Schwermaschinenbaus mit entsprechenden kulturellen Einrichtungen dort ansiedelt? Diese Frage kann man nur beantworten ausgehend davon, daß jede dieser Entscheidungen auf Grund der konkreten Bedingungen, Möglichkeiten und Bedürfnisse der jeweiligen Stadt getroffen wurde. Das Charakteristische einer Stadt ergibt sich nicht in erster Linie aus dem gesellschaftlichen Zweck oder der architektonischen Hervorhebung eines einzelnen Gebäudes, zum Beispiel eines Universitätsgebäudes oder eines Hotels, sondern aus der Rangordnung der Lebenstätigkeiten und ihrer räumlich-architektonischen Gestaltung im Gesamtgefüge der Stadt . . .
Die gesellschaftlichen Veränderungen, die in unserer Republik vor sich gehen, wandeln nicht nur das Gesicht der traditionellen Industriestädte. Die Entwicklung der Landwirtschaft zu industriemäßigen Produktionsmethoden und ihre kooperativen Beziehungen zur Nahrungsgüterindustrie führt zur Herausbildung von Kooperationsgemeinschaften und Siedlungsschwerpunkten. In ihnen vollzieht sich in erster Linie der revolutionäre Prozeß der Aufhebung des Unterschiedes von Stadt und Land. Dies bestimmt auch ihre städtebaulichen Lösungen. Sie erhalten in der Regel zentrale wissenschaftliche und kulturelle Funktionen für eine Gruppe benachbarter Ansiedlungen in einem bestimmten Einzugsbereich. Durch die Planung für Ferdinandshof haben wir begonnen, in enger Gemeinschaftsarbeit mit den Genossenschaftsbauern erste Erfahrungen zu sammeln . . .

Wie entsteht eine sozialistische Heimat?

Sozialistischer Städtebau und sozialistische Architektur finden ihr Ziel jedoch nicht allein in der Gestaltung der Umwelt für die sozialistische Lebensweise. Die Gebäude und städtebaulichen Räume, die wir errichten, dienen gleichzeitig der geistig-kulturellen Kommunikation der Bewohner und Besucher einer Stadt. Damit wird eine der ernstesten und kompliziertesten Fragen aufgeworfen, die einer Beantwortung bedürfen.
Diese Frage lautet:
Auf welche Weise ist es möglich, mit den Mitteln der Architektur das Wesen der sozialistischen Gesellschaft zur Erscheinung zu bringen?
Bei der Beantwortung dieser Frage klafft ein Widerspruch zwischen den Anforderungen, die die gesellschaftliche Praxis an uns Städtebauer und Architekten stellt, und der theoretisch fundierten Forschung – einer Architekturforschung, die sowohl die Kybernetik mit Einschluß der Informationstheorie als auch die Soziologie, Psychologie und andere Wissenschaften einbezieht. Wir wollen nicht verschweigen, daß unter den Architekten um diese Frage eine heftige Diskussion geführt wird, die aber noch nicht den erforderlichen Reifegrad eines sozialistischen, wissenschaftlich begründeten Meinungsstreites hat. Es ist erforderlich, daß die Deutsche Bauakademie hier den notwendigen wissenschaftlichen Vorlauf erarbeitet . . .
Besondere Aufmerksamkeit verdient die Forderung, mit den Mitteln der Baukunst dazu beizutragen, den Stolz unserer Bürger auf ihre sozialistische Heimat zu vertiefen. Das verlangt eine entsprechende ideologische Einstellung beim Herangehen an die Lösung dieser Aufgabe.
Wie entsteht aber „Heimat", und wie entsteht vor allem eine sozialistische Heimat?
Sie entsteht dadurch, daß der Bürger einer Stadt sich in der gebauten Umwelt selbst erkennt, daß er seine Lebenserwartungen und Lebensideale in den bedeutendsten Bauwerken der Stadt baukünstlerisch dargestellt sieht, so daß eine Identität des Bürgers mit seiner Zeit, der er angehört, und dem Raum, den er bewohnt, hergestellt wird . . .
Es handelt sich bei alledem also, um das ganz deutlich zu sagen, nicht um ein vordergründig ästhetisches Problem. Die Informationstheorie belehrt uns

darüber, daß bestimmte Bauwerke in den Zentren der Städte als einmalige Zeichen Informationen liefern, die für das Erlebnis nicht nur außerordentlich wichtig sind, sondern auch durch ihre Identität mit der gesamten Erlebniswelt der Bürger einer Stadt eine ganz entscheidende Bedeutung haben. Solche Bauwerke, wie das Rathaus in Stralsund, der Zwinger in Dresden oder der Dom in Erfurt – um nur einige zu nennen –, haben eine tiefe Bedeutung für das Heimaterlebnis. Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben diese Beziehungen zwischen den großen Leistungen der nationalen Kulturen und ihrer Aneignung durch das revolutionäre Proletariat immer wieder betont. Deshalb ist es bedeutungsvoll, wenn diese Bauwerke in unsere sozialistische Umwelt einbezogen werden, wie das vorbildlich zum Beispiel in der Moritzburg in Halle, der Hohen Lilie in Erfurt und in vielen anderen Orten bei anderen Bauwerken geschehen ist.

Dort jedoch, wo wir Architekten die Zentren unserer Städte durch Neubauten unserer Gesellschaft gestalten, besteht für uns die Aufgabe darin, neue baukünstlerische Qualitäten zu entwickeln, die dem gesellschaftlichen Inhalt unserer Zeit entsprechen.

Die Entwürfe der letzten Monate zeigen dazu viele schöpferische Ansätze. Die Besonderheit für die städtebaulich-architektonische Lösung zum Beispiel in Potsdam ergibt sich aus dem Wandel der städtebildenden Faktoren, der landschaftlichen Gegebenheiten und der Begegnung zwischen baugeschichtlich bedeutsamen Denkmälern mit Gebäuden, die unsere neuen gesellschaftlichen Inhalte repräsentieren. Es entsteht das Karl-Liebknecht-Forum als räumlicher Mittelpunkt der Stadt, das sich nach der Havel öffnet und dessen Platzraum durch ein bildkünstlerisches Monument für Karl Liebknecht betont wird. Durch diese Lösung wird die Überwindung der militaristischen Vergangenheit Potsdams durch die revolutionären Aktionen des Proletariats symbolisiert.

In Magdeburg wurde eine ganz andere Lösung dadurch gefunden, daß am Kreuzungspunkt der historischen Längsachse der Stadt mit der Querachse über den Fluß – also an der Nahtstelle zwischen dem Zentralen Platz und dem sich öffnenden Raum des Elbufers – das Haus des Schwermaschinenbaus als Dominante angeordnet wird. Auf diese Weise gelingt es, die städtebauliche Verwahrlosung des Flußufers in der kapitalistischen Periode zu beseitigen und durch die Verbindung von Fluß und eindrucksvoller Ufergestaltung ein völlig neues Raumerlebnis zu schaffen, in das auch die historischen Baudenkmäler der Stadt sinnvoll einbezogen sind.

In Rostock ist die Beziehung von Wasser und Stadt ebenfalls typisch für die Neugestaltung des Zentrums. Auch hier werden die verfallenen und verwahrlosten Bereiche an der Warnow beseitigt oder rekonstruiert und eine völlig neue und eigenartige Kommunikationszone für vielfältige Begegnungen der Bürger und Besucher der Stadt geschaffen. Eine interessante Lösung wurde für die architektonische Betonung des Brückenkopfes von der Altstadt zum neuen Überseehafen durch eine bauliche Höhendominante vorgeschlagen, die weit von der See her als „Landmarke" erlebt wird ...

Architektur und bildende Kunst

Architektur und bildende Kunst vermögen sich in der Synthese gegenseitig zu ergänzen, zu bereichern und zu steigern. Im Zusammenhang mit der Architektur tritt die bildende Kunst unmittelbar in den Raum öffentlicher Wirksamkeit und wird so zu einem wichtigen Bestandteil der geistig-kulturellen Kommunikation.

Seit Jahren haben wir uns – nicht immer mit Erfolg – darum bemüht, die Arbeit des bildenden Künstlers von Anfang an mit der Arbeit des Architekten zu verbinden. Wo es nicht gelang, scheiterte dieses Zusammenwirken nicht nur an technisch-organisatorischen und ökonomischen Unzulänglichkeiten, sondern vor allem an der nicht vorhandenen konzeptionellen Übereinstimmung. Mit den jüngsten Arbeiten zur Entwicklung übereinstimmender bildkünstlerischer und architektonischer Konzeptionen für die Zentren vieler unserer Städte haben wir endlich die ersten erfolgreichen Schritte zu einer materiell-ökonomisch geregelten und vor allem zu einer geistig-schöpferischen Zusammenarbeit getan.

Das war deshalb möglich, weil die Aufgaben der bildenden Kunst von Anfang an in die gesellschaftspolitische Konzeption für die sozialistische Umgestaltung der Stadtzentren einbezogen wurden. Damit gelang es auch, die im Interesse der Gestaltung unserer Städte so notwendige Übereinstimmung zwischen Architekten und bildenden Künstlern untereinander und zu den örtlichen Organen – als dem gesellschaftlichen Auftraggeber – herzustellen. Die ersten Ergebnisse dieser neuen Etappe des Zusammenwirkens von Architektur und bildender Kunst sind bereits zu sehen. Im Rahmen gesellschaftspolitischer Konzeptionen entstanden Konzeptionen für die bildkünstlerische Gestaltung in vielen Städten; in Cottbus wurde ein Wettbewerb zur bildkünstlerischen Gestaltung des Zentrums durchgeführt, in Berlin entstand das Kunstprojekt für den Alexanderplatz, und in Dresden bestätigten die Abgeordneten den Generalplan für die bildkünstlerische Gestaltung des Zentrums.

Eine große mobilisierende Wirkung übte der Staatsratsbeschluß vom 30. November 1967 aus, der sich mit der weiteren Entwicklung unserer nationalen Kultur beschäftigt. Auf der Grundlage dieses Beschlusses fanden erste Zusammenkünfte auch zwischen der Deutschen Bauakademie und der Deutschen Akademie der Künste statt. Wir wollen nicht verschweigen, daß diese ersten Begegnungen erkennen ließen, welche Arbeit noch zu leisten ist, um die Voraussetzungen für eine schöpferische Zusammenarbeit zu schaffen. Hier ist von beiden Akademien viel versäumt worden. Um so mehr freuen wir uns darüber, daß der erste greifbare Erfolg darin besteht, die verantwortlichen Kräfte beider Akademien bei der Gestaltung des Karl-Liebknecht-Forums in Potsdam an einer praktischen Aufgabe zusammenzuführen. Zwischen den Fachverbänden, dem VBKD und BDA besteht ebenfalls eine Zusammenarbeit, eine gemeinsame Kommission wurde gebildet.

Die wichtigste Aufgabe der bildenden Kunst besteht im Zusammenwirken mit der Architektur darin, in den gesellschaftlich bedeutenden Räumen der Städte den revolutionären Bewegungen unserer Zeit Ausdruck zu verleihen. Sie besteht aber nicht zuletzt auch darin, der Vielfalt unseres Lebens durch eine vielseitige Thematik in den differenzierten Räumen der Städte gerecht zu werden.

Wie überall, wo wir neue Aufgaben zu bewältigen haben, brauchen wir auch hier Mut zum Experiment. Das wird auch zur Klärung einer Reihe von Fragen führen. Zum Beispiel der Frage, welche Konsequenzen sich für den Künstler aus dem technischen Fortschritt im Bauwesen ergeben. Ist es nicht an der Zeit, auch in der bildenden Kunst neue Technologien verstärkt anzuwenden, mehr mit neuen Materialien zu arbeiten und überhaupt die technischen Möglichkeiten unseres Jahrhunderts zu nutzen. Ist es dann aber nicht auch notwendig, mit aller Konsequenz zu neuen kollektiven Formen der Arbeit unter den bildenden Künstlern und mit den Architekten zu kommen?

Das Arbeiten für offene große Räume verlangt besondere Kenntnisse und Erfahrungen. Neue Probleme der Wirkung von Licht, Farbe und Material treten in sehr spezieller Weise auf. Besonders im Zusammenhang mit der Lösung praktischer Fragen der Synthese zwischen Architektur und bildender Kunst stoßen wir auf das Problem einer wirklich komplexen Umweltgestaltung. Dazu gehören nicht zuletzt die Gestaltung der Grünanlagen, die Kleinarchitektur, die ästhetisch überzeugende Lösung der gesamten Werbung im Bild unserer Städte und vieles andere mehr ...

Die sozialistische Stadt als Ganzes bauen

Heute – bei der Verwirklichung der vom VII. Parteitag der SED gestellten Aufgabe, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus in der DDR zu gestalten – befinden wir uns in einer Etappe unserer Entwicklung, bei der es nicht mehr nur darum geht, einzelne Teilaufgaben des sozialistischen Aufbaus unserer Städte zu verwirklichen, sondern in der es darauf ankommt, planmäßig und konsequent auf dem Wege der Umgestaltung der Städte die sozialistische Stadt als Ganzes zu bauen.

„Als die den Lebensbedingungen der Arbeiterklasse entsprechende Gesellschaft", so heißt es in den Thesen der Akademie in Potsdam-Babelsberg vom Juli 1968 über die sozialistische Gesellschaft, „wird sie eine sozialistische Gemeinschaft sein, in der in zunehmendem Maße die Bürger in Städten und Siedlungen städtischen Charakters arbeiten und leben werden. Die Herausbildung der dem sozialistischen Gesellschaftssystem entsprechenden sozialistischen Stadt bildet deshalb eine integrierende Aufgabe der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR. Die historische Mission der Arbeiterklasse und der von ihr hervorgebrachten und geführten sozialistischen Staatsmacht führt zur grundlegenden Erneuerung aller sozialen und politischen Existenzformen, wie es im Programm der SED heißt, und schließt deshalb historisch folgerichtig auch die Erneuerung der Stadt als einer der elementaren sozialen und politischen Struktur- und damit Existenz- und Entwicklungsformen des gesellschaftlichen Lebensprozesses der Menschen ein."

Die neue sozialistische Stadt als Strukturform der sozialistischen Gemeinschaft entwickelt sich in unserem Lande, wie wir wissen, in den meisten Fällen am Ort der vorhandenen alten Stadt. Das verlangt, daß die wachsende politisch organisierte Gemeinschaft „sozialistische Stadt" immer zielgerichteter die vorhandene Stadt in ihre eigene neue Stadt umgestaltet. Jede bauliche Maßnahme in unseren Städten muß als Teil ihrer Erneuerung von Grund auf, als Teil ihrer Umgestaltung zur sozialistischen Stadt begriffen werden. Der mit den Maßnahmen zur Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR in Gang gekommene beschleunigte Aufbau der Zentren wichtiger Städte muß daher als einer der bedeutendsten Schritte auf dem Wege der sozialistischen Umgestaltung unserer Städte aufgefaßt werden. Er bildet das Kernstück bei der Gestaltung der sozialistischen Stadt als Ganzes, er fungiert als Führungsgröße bei der Erneuerung unserer Städte von „innen heraus" ...

Unter dem Gesichtspunkt einer allseitigen Effektivität und auf der Grundlage einer neuen strukturellen Konzeption der Stadt ist es notwendig, alle Neubau- und Rekonstruktionsmaßnahmen von vornherein kombiniert durchzuführen, vom Stadtzentrum ausgehend zielgerichtet die Struktur der Stadt zu erneuern und unter diesen Aspekten den Wohnungszuwachs, den Wohnungsersatz, die Werterhaltung und den Bau gesellschaftlicher Einrichtungen zu betreiben. Ein Versuch in dieser Richtung wird in Jena unternommen.

Bei alledem ist wichtig festzustellen, daß dieser Prozeß der Umgestaltung der Städte nicht gleichmäßig im ganzen Lande verlaufen wird. Es wäre ein mechanistischer Trugschluß, würden wir aus der historischen Notwendigkeit der Gestaltung sozialistischer Städte die gleichzeitige Umgestaltung aller Städte folgern. Im Bericht über die Tagung der Perspektivplankommission wird gesagt, daß „die Verwirklichung der grundlegenden Aufgaben der Strukturpolitik ... – qualitativ neue Fragen der Gestaltung einer rationellen Territorialstruktur der Volkswirtschaft" aufwirft. Das bedeutet für den Städtebau, daß die Schwerpunkte der Umgestaltung dort zu suchen sind, wo die Schwerpunkte struktureller Veränderungen in unserer Wirtschaft liegen ...

Großforschung im Städtebau

Die Strategie der Wissenschaftspolitik ist – wie wir wissen – darauf gerichtet, auf den strukturbestimmenden Gebieten der Volkswirtschaft Pionier- und Spitzenleistungen zu erreichen. Die bisherigen Darlegungen haben gezeigt, daß auf unserem Gebiet die gesamte Entwicklung objektiv darauf drängt, die Umgestaltung unserer Städte zu sozialistischen Städten als das Hauptanliegen unserer Arbeit zu betrachten.

Die Orientierung der gesamten wissenschaftlichen Arbeit auf diese Schwerpunkte führt folgerichtig dazu, nicht mehr an Fragen zum Beispiel des Wohnungsbaus an sich, an Fragen des Gesellschaftsbaus an sich zu arbeiten, sondern die Grundlagenarbeit im Wohn- und Gesellschaftsbau wie auch auf allen anderen Gebieten komplex und unter dem Aspekt der Umgestaltung der Stadt zu betreiben ...

Es kommt also darauf an, konkret zu untersuchen, welche Konsequenzen sich für den Wohnungsbau, den Gesellschaftsbau – kurz für alle Bauaufgaben – ergeben, wenn sie auf die sozialistische Umgestaltung der Städte gerichtet sind. Dabei sollte die Forschung vor allem auf folgende Schwerpunkte orientiert werden:

- Die Funktion und Rolle der Städte und Siedlungsschwerpunkte im Siedlungsnetz
- Ihre strukturelle und bauliche Umgestaltung
- Die Gestaltung des Systems Stadt, das heißt der Verflechtung von Arbeiten, Wohnen, Bildung, Kultur, Erholung, materieller Versorgung und technischer Infrastruktur in Übereinstimmung mit der Strukturpolitik in der Volkswirtschaft und auf der Grundlage soziologischer Untersuchungen des sich entwickelnden sozialistischen Lebens in der Stadt
- Die architektonische Gestaltung und städtebauliche Komposition der sozialistischen Stadt

Ausgehend von diesen Aufgaben halte ich den Zeitpunkt für gekommen, auch unsere Forschungsmethoden grundlegend zu ändern. Zur Erhöhung der Effektivität der Forschung auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur sollten die genannten Schwerpunkte an einer begrenzten Anzahl konkreter Beispiele komplex untersucht werden. Wir denken dabei an die Ballungsgebiete und Ballungskerne Karl-Marx-Stadt und Dresden, an die neuen Konzentrationspunkte Jena und Greifswald sowie an einen Siedlungsschwerpunkt.

Es ist bekannt, welchen Einfluß die Ergebnisse einer ganzen Reihe tangierender Gesellschafts- und Naturwissenschaften auf Städtebau und Architektur haben.

Wir haben bereits mehr oder weniger ausgebaute Kontakte mit Soziologen und Ökonomen, mit Medizinern, Hygienikern, Geographen und Klimatologen, die wesentlich verbessert durch vertragliche Zusammenarbeit organisiert, aber auch auf andere Gebiete der Wissenschaft ausgedehnt werden müssen ...

Wenn wir es verstehen, die für den Städtebau so notwendige komplexe wissenschaftliche Tätigkeit auf wenige, für unsere Entwicklung strukturbestimmende Schwerpunkte zu konzentrieren, wird es uns gelingen, auch auf unserem Gebiet zu einer sozialistischen Großforschung zu kommen, wie sie Walter Ulbricht in seinen Ausführungen zum Perspektivplan für die künftige Entwicklung der Wissenschaft in der DDR gefordert hat ...

(Aus dem Referat auf der 22. Plenartagung der DBA)

Die Automatisierung des Projektierungsprozesses – ein Weg zum wissenschaftlich-technischen Höchststand

Bauing. Klaus Selonke
Ministerium für Bauwesen

Ist die bautechnische Projektierung den an sie gestellten Anforderungen gerecht geworden?

Durch die bautechnische Projektierung ist entsprechend ihrer Stellung und Verantwortung im Reproduktionsprozeß die kurzfristige Überleitung der neuesten Ergebnisse der Forschung und Entwicklung in die Produktion, in Übereinstimmung mit dem qualitativen und quantitativen Bedarf, zu sichern.

Dabei besteht die Besonderheit, daß Projektierungsleistungen nicht schlechthin zu kooperierende Teilleistungen des Finalproduktes darstellen, sondern die funktionellen, konstruktiven, gestalterischen, bautechnologischen und ökonomischen Konzeptionen für die Errichtung und Nutzung der Investitionen sind. Der Gebrauchswert ist um so höher, je volkswirtschaftlich effektiver die Gestaltung der im Prozeß der Errichtung und Nutzung der Investitionen miteinander verketteten Teilprozesse vorgedacht wurde.

Die bautechnische Projektierung ist diesen Anforderungen bisher nur unzureichend gerecht geworden. Eine wesentliche Ursache sind die vorhandenen Disproportionen in ihrer Entwicklung gegenüber der Entwicklung der Bauforschung und der Bauausführung.

Wir haben in der Vergangenheit die Forschung und das Neuererwesen in nicht ausreichendem Maße auf Probleme der Technologie der Projektierung orientiert, was unter anderem auch seinen Ausdruck in der Entwicklung der Grundfonds der bautechnischen Projektierung fand. Der Bruttowert der Grundfonds je Beschäftigten in der bautechnischen Projektierung beträgt nur 57 Prozent der Werte in der Bauproduktion. Das ist ein Grund, weshalb heute die Projektierung in der Regel länger dauert als die Bauausführung, die weitestgehend mechanisiert wurde.

Die zu langen Bearbeitungszeiten entsprechen nicht den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Aber auch die derzeitigen Proportionen zwischen bautechnischen Projektanten und den Beschäftigten der Bauproduktion entsprechen nicht nur den objektiven Erfordernissen. Ein Vergleich mit internationalen Werten bestätigt diese Feststellung. Im Bauwesen der DDR entfallen auf einen Projektanten dreizehn Beschäftigte der Bauproduktion, im internationalen Maßstab jedoch nur elf Beschäftigte.

Auf Grund dieser Disproportionen kann der zur Zeit vorhandene Projektierungsbedarf nicht hundertprozentig gedeckt werden. Da gegenwärtig kaum Variantenvergleiche in der bautechnischen Projektierung durchgeführt werden, obwohl sie zur Sicherung der Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution zwingend erforderlich wären und von der Investitionsgesetzgebung sogar gefordert werden, muß der objektiv vorhandene Projektierungsbedarf jedoch noch weitaus höher angenommen werden.

In diesem Zusammenhang ist einzuschätzen, daß Variantenvergleiche und die daraus resultierende höhere Qualität der Projektierungsleistungen nur unzureichend ökonomisch stimuliert werden. Der Wert der Projektierungsleistungen wird gegenwärtig vor allem auf der Basis der aufgewendeten Arbeitszeit und nicht auf der Grundlage einer architektonisch und ingenieurtechnisch ausgereiften, volkswirtschaftlich effektiven Lösung gemessen.

Die Erfüllung der im Prognosezeitraum bis 1980 an das Bauwesen gestellten Aufgaben erfordert eine grundsätzliche Veränderung der Arbeitsweise in der bautechnischen Projektierung und damit auch Veränderungen in ihrer Leitung und Organisation.

Es ist erforderlich, die Leistungsfähigkeit der bautechnischen Projektierung bis 1980 im Durchschnitt auf 390 Prozent des Standes von 1967 zu erhöhen. In einigen Erzeugnisgruppen ist jedoch ein wesentlich höherer Zuwachs erforderlich.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann nur eine quantitative Entwicklung der erforderlichen Leistungsfähigkeit der bautechnischen Projektierung dargestellt werden. Die Entwicklung der Qualität der Projektierungsleistungen durch zunehmende Variantenvergleiche, durch die Erweiterung des Projektierungsprozesses auf Probleme der erzeugnisgebundenen Forschung und Entwicklung, der städtebaulichen Projektierung und so weiter und ihre Rückwirkung auf die erforderliche quantitative Entwicklung, kann nur bedingt erfaßt werden.

Ziel dieser grundsätzlichen Veränderungen in der bautechnischen Projektierung sind die Erhöhung der Qualität der Projekte und die Verkürzung der Projektierungszeiten entsprechend den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Erreichung eines volkswirtschaftlich optimalen Vorlaufes in der Investitionsvorbereitung und die sortimentsgerechte Deckung des volkswirtschaftlich objektiven Bedarfs an Projektierungsleistungen.

Diese Zielstellung ist nicht durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen oder nur durch eine weitere Zuführung von Arbeitskräften zu erreichen. Sie erfordert in einem intensiven und langfristigen Prozeß und neben einer extensiven Erweiterung der Projektierungskapazitäten vor allem eine umfassende Rationalisierung des bautechnischen Projektierungsprozesses mit dem Ziel der Automatisierung. Dabei wird der Bruttowert der Grundfonds je Beschäftigten in der bautechnischen Projektierung bis 1980 um rund 120 Prozent steigen.

Die Kombination Projektierung und Bauausführung – die erste Voraussetzung für die effektive Rationalisierung und Automatisierung des Projektierungsprozesses

Der bautechnische Projektierungsprozeß ist Bestandteil des gesamten Reproduktionsprozesses im Bauwesen. Seine Rationalisierung und Automatisierung führt nur dann zu effektiven Ergebnissen, wenn alle Verflechtungen erfaßt und die Anschlußbedingungen gesichert werden.

Mit der Kombination zwischen bautechnischer Projektierung und Bauausführung haben wir organisatorische und leitungsmäßige Voraussetzungen für die Sicherung der Einheit von erzeugnisgebundener Forschung, Projektierung und Bauausführung bei der Rationalisierung und Automatisierung des Projektierungsprozesses geschaffen.

Die Überwindung der vielfach noch vorhandenen nur additativen Zusammenführung von bautechnischer Projektierung und Bauausführung im Sinne einer echten Integration, ist die erste entscheidende Stufe der Rationalisierung des Projektierungsprozesses.

In der Zeitschrift „Die Wirtschaft", Nr. 16/68, und bei Beratungen mit den Betriebsteilen Projektierung der Baukombinate sind dazu vom Ministerium für Bauwesen bereits grundsätzliche Aussagen getroffen worden. Der mit der inhaltlichen Klärung der Kombination zu erreichende Integrationseffekt ist eine wesentliche Voraussetzung für die Neuformierung des Projektierungsprozesses. Einige Baukombinate erreichten dabei bereits gute Ergebnisse. So wird zum Beispiel in einigen Betrieben der bauwirtschaftliche Teil der Vorbereitungs- und Durchführungsdokumentationen nicht mehr nacheinander durch die Projektierung, die Technologie und die Materialwirtschaft bearbeitet, sondern nur einmal unter komplexer Sicherung aller Erfordernisse.

Konsequente Typung und Standardisierung – eine Grundlage zur Automatisierung des Projektierungsprozesses

Speziell unter den Bedingungen der Automatisierung des Projektierungsprozesses ist eine konsequente, den Erfordernissen der elektronischen Datenverarbeitung entsprechende Typung und Standardisierung durchzusetzen. Das heißt, daß die fallweise Typung und Standardisierung von Einzellösungen überwunden werden muß.

In einem zu schaffenden System der Typung und Standardisierung sind die erforderlichen erzeugnis- und prozeßgebundenen Grundlagen und Anschlußbedin-

gungen für die Projektierung im einheitlichen Reproduktionsprozeß des Bauwesens zu erfassen, ihre Priorität sowie die zulässigen Toleranzen zu bestimmen und unter Sicherung ihrer Komplexität, die Typung und Standardisierung durchzuführen.

Dabei geht es vor allem um die Typung von Grund- und Prinziplösungen zur Funktion, Konstruktion, Technologie und Ökonomie der Erzeugnisse, der Technologie des Projektierungsprozesses und um die Standardisierung von Gebrauchswerteigenschaften, Parametern, variablen Elementesortimenten für Rohbau, Ausbau und Ausstattung sowie um funktionsfähig komplettierte und vorgefertigte Segmente. Auf zentraler Ebene ist darüber hinaus die Typung und Standardisierung insbesondere auf die Probleme der einheitlichen Informationsspeicherung, der Austauschbarkeit und Komplexität von Programmentwicklungen und der gerätetechnischen Basis zu orientieren.

Weiterhin sind im Rahmen der Typung und Standardisierung die erforderlichen Anschlußbedingungen zu anderen Zweigen der Volkswirtschaft zu sichern.

Die Verantwortung für die Typung und Standardisierung ergibt sich aus der festgelegten Verantwortung für die Durchsetzung des wissenschaftlich - technischen Höchststandes in den Erzeugnissen des Bauwesens.

Kennzahlenkataloge – ein Rationalisierungsmittel der Projektierung und Voraussetzung zur Automatisierung des Projektierungsprozesses

Aufbauend auf den allgemeingültigen Prinzipien und den Ergebnissen der Typung und Standardisierung sind die erzeugnisgebundenen Parameter für Funktion, Konstruktion, Bautechnologie, Gestaltung und Ökonomie, sowohl für den Rohbau, den Ausbau als auch die Ausstattung durch Kennzahlen darzustellen, die unter Berücksichtigung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes zu erarbeiten sind. Im Rahmen des zu schaffenden Informationssystem im Bauwesen sind sie nach einheitlichen Gesichtspunkten zu erarbeiten und zu katalogisieren.

Neben der unmittelbaren Nutzung der Kennzahlen bei der derzeitigen Rationalisierung des Projektierungsprozesses sind sie unmittelbare Voraussetzung für die Schaffung von Wissensspeichern im Rahmen der Automatisierung des Projektierungsprozesses.

Erzeugnisgruppenarbeit und Spezialisierung forcieren die Automatisierung des Projektierungsprozesses

Im Rahmen der Erzeugnisgruppenarbeit und der in sie organisch einzuordnenden Spezialprojektantentätigkeit sollten arbeitsteilig nicht nur die Probleme des wissenschaftlich-technischen Höchststandes der Erzeugnisse des Bauwesens, sondern auch die erzeugnisgebundenen Probleme der automatisierten Projektierung bearbeitet werden. Das trifft insbesondere für die eigenständige Forschung der Baukombinate für erzeugnisgebundene Programmentwicklungen und für die Schaffung zentraler und betriebseigener Wissensspeicher zu.

Die Automatisierung des Projektierungsprozesses im Bauwesen – eine objektive Notwendigkeit

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind etwa 70 bis 75 Prozent der Tätigkeiten bei der Projektierung von Gebäuden und baulichen Anlagen formalisierbar und, daraus abgeleitet, mechanisierbar und automatisierbar. Durch den Einsatz von Anlagen der elektronischen Datenverarbeitung, von wissenschaftlichen Geräten und Nutzung konventioneller Rationalisierungsmittel für die Variierung und Optimierung der funktionellen, konstruktiven, bautechnologischen, gestalterischen und ökonomischen Parameter von Projektlösungen und für die automatisierte Herstellung von Projektdokumentationen wird der Projektant von den formalisierbaren Tätigkeiten weitgehend befreit.

Er wird statt dessen in höherem Maße als bisher schöpferisch tätig sein, indem er die Technologie der Projektierung weiterentwickelt, optimale Zielfunktionen für die Projektierung erarbeitet und im Rahmen der automatisierten Projektierung die erforderlichen Entscheidungen vorbereitet und trifft. An die Stelle der zur Zeit in der Projektierung vorherrschenden Nachweisberechnungen treten in immer zunehmendem Maße Optimierungsrechnungen für die Territorialplanung, den städtebaulichen Entwurf sowie die funktionellen, konstruktiven, bautechnologischen und bauökonomischen Projektlösungen.

Wo sollten wir bei der Automatisierung des Projektierungsprozesses beginnen?

Zur Erreichung dieser Zielstellung ist neben der Erarbeitung der erforderlichen Systeme und Programme eine grundsätzliche Änderung in der Verteilung des Arbeitszeitfonds bei der Projektierung von Gebäuden und baulichen Anlagen erforderlich. Zur Zeit werden rund 95 Prozent des verfügbaren Arbeitszeitfonds auf die Erarbeitung der Projekte und Angebote konzentriert, während für die Probleme der Territorialplanung, der städtebaulichen Projektierung und ähnliche Aufgaben kaum 5 Prozent zur Verfügung stehen, obwohl gerade in diesen Phasen die volkswirtschaftliche Effektivität in großem Maße bestimmt wird.

Zur breiten Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung für Optimierungsprobleme der Territorialplanung und der städtebaulichen Projektierung müssen zunächst kapazitive Voraussetzungen durch Umverteilung des verfügbaren Arbeitszeitfonds geschaffen werden.

Das heißt, die Automatisierung des Projektierungsprozesses sollte bei der Erarbeitung der Projekte und Angebote formalisierbarer dort der höchste Anteil formalisierbarer Tätigkeiten vorhanden ist. Dabei gilt es vor allem, das vorhandene und zu entwickelnde Forschungspotential bei Sicherung der erforderlichen Grundlagenarbeit auf die strukturbestimmenden Erzeugnisse des Bauwesens, die Massenerzeugnisse und Massenbauweisen sowie auf Engpaß-Fachdisziplinen zu konzentrieren.

Daraus abgeleitet, sollte mit der Automatisierung der Projektierung von Metalleichtbauten, Wohnungsbauten und Universalgeschoßbauten begonnen werden, da hierfür auch von der Typung und Standardisierung entsprechende Grundlagen existieren. In den höheren Stufen der Automatisierung des Projektierungsprozesses entscheidet der erreichbare Optimierungseffekt, welche Probleme vorrangig bearbeitet werden.

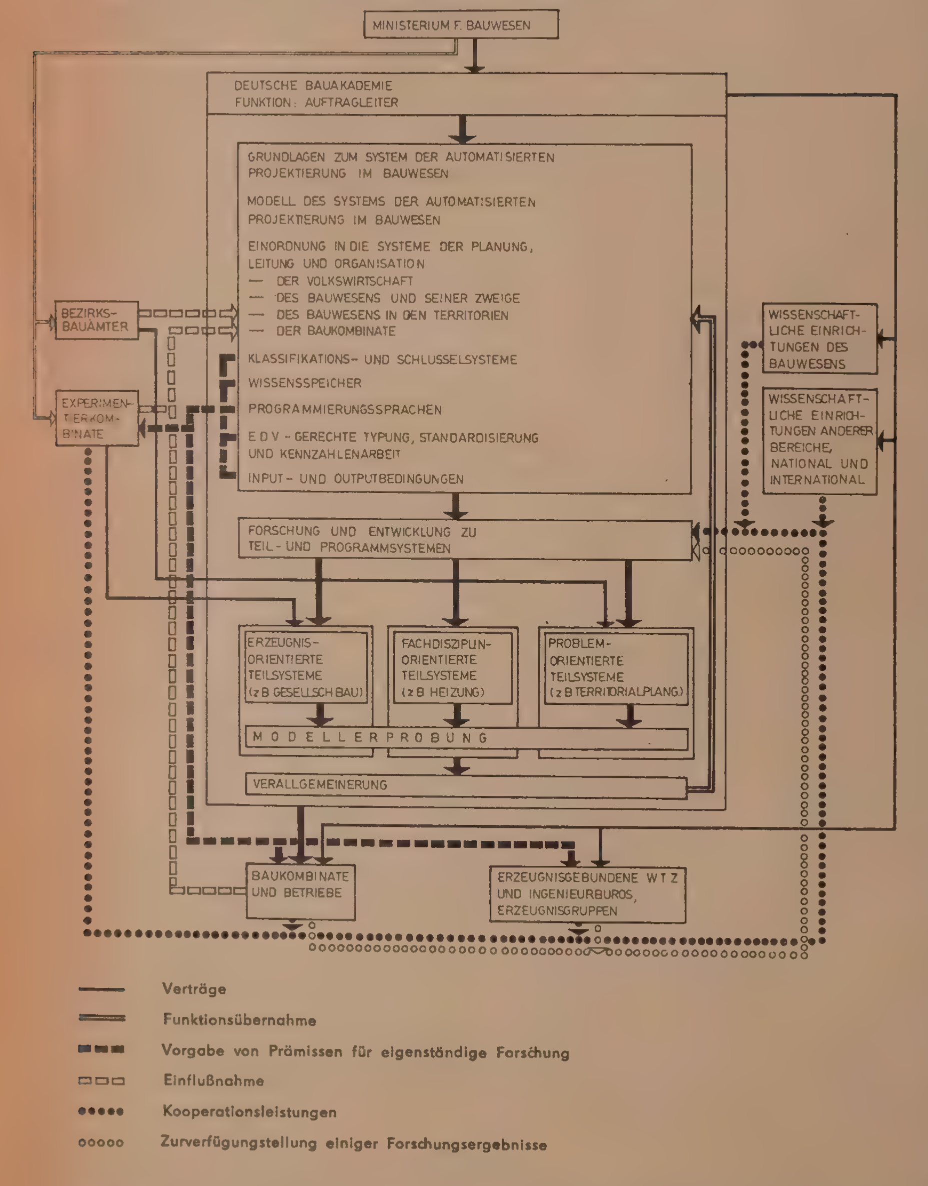
Konzentration und Kooperation in der Forschung

Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Automatisierung des Projektierungsprozesses erfordern eine starke Konzentration und in bestimmtem Maße eine Zentralisation des verfügbaren Forschungspotentials.

Durch die Deutsche Bauakademie müssen die Grundlagen für ein System der automatisierten Projektierung im Bauwesen erarbeitet werden. Darüber hinaus muß sie im Vertragsverhältnis mit der Baupraxis entsprechend dem volkswirtschaftlich vorrangigen Bedarf erzeugnis- und problemorientierte Aufgaben der automatisierten Projektierung lösen.

Durch die Baukombinate müssen im Rahmen ihrer eigenständigen Forschung und Entwicklung die Probleme der automatisierten Projektierung für ihre Haupterzeugnisse gelöst werden. Dazu sind durch die Deutsche Bauakademie Prämissen zur Einordnung in das System der automatisierten Projektierung vorzugeben, die sich insbesondere auf die datenverarbeitungsgerechte Typung und Standardisierung, die Schaffung von Wissensspeichern und Input- sowie Outputbedingungen bei den Programmentwicklungen beziehen. Darüber hinaus hat die Deutsche Bauakademie die eigenständige Forschung und Entwicklung der Baukombinate zur automatisierten Projektierung inhaltlich zu koordinieren.

1 Schema der Forschung zum System der automatisierten Projektierung



Die Arbeitsweise sollte sich im Prinzip entsprechend Abb. 1 entwickeln.

Die Lösung der Aufgaben durch die Baukombinate hat gemeinsam mit der Erzeugnisentwicklung im Rahmen der Erzeugnisgruppenarbeit und der festgelegten Spezialisierung zu erfolgen. Daraus leitet sich ab, daß bei den Erzeugnisgruppenverbänden erzeugnisorientierte Wissensspeicher zu schaffen wären.

Weiterhin ist im Rahmen der Erzeugnisgruppenarbeit auf der Grundlage der zentral vorgegebenen Prämissen zu sichern, daß bei den Zweigen und Bereichen, die dem Bauwesen zuliefern, die für die automatisierte Projektierung im Bauwesen erforderlichen Grundlagen besonders hinsichtlich der Wissensspeicher geschaffen werden.

Die notwendige Konzentration erfordert, in erster Linie starke zentrale Forschungskapazitäten bei der Deutschen Bauakademie zu schaffen, die sowohl national (im Bauwesen und darüber hinaus) wie auch international im Rahmen des RGW kooperieren.

Weiterhin ist in Übereinstimmung mit der im Rahmen der Erzeugnisgruppenarbeit festgelegten Spezialisierung eine Konzentration und Zentralisation von Fachkadern erforderlich.

Schlußfolgerungen für Ausbildung, Leitung und Organisation

Mit der grundsätzlichen Veränderung der Arbeitsweise in der bautechnischen Projektierung verändern sich zwangsläufig die Anforderungen an die Fachkader. Neue Berufskategorien wie Systemanalytiker und Projektierungstechnologen werden erforderlich. Jeder Projektant muß über Grundkenntnisse in der elektronischen Datenverarbeitung verfügen.

In zunehmendem Maße wird die Projektierung durch Variierung und Optimierung der Projektlösungen zur erzeugnisgebundenen Forschung und Entwicklung.

Die Aus- und Weiterbildungseinrichtungen des Bauwesens, die Kammer der Technik und der Bund Deutscher Architekten müssen sich rechtzeitig auf diese neuen Erfordernisse einstellen.

Bei der Einsatzvorbereitung der elektronischen Datenverarbeitung in den Baukombinaten müssen bereits jetzt die Probleme der automatisierten Projektierung berücksichtigt werden. Die Stellung und die Aufgaben der betrieblichen Rechenstellen sind in Abhängigkeit von den einzelnen Stufen der automatisierten Projektierung zu konzipieren. Dabei ist ihr Einsatz unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der kleinen und mittleren elektronischen Datenverarbeitungsanlagen in den Baukombinaten und des im Bauwesen zu schaffenden Netzes der elektronischen Datenverarbeitung festzulegen.

Die in den Betrieben vorhandenen Kleinrechner sind auch im System der automatisierten Projektierung für noch durchzuführende konventionelle Projektierungsarbeiten und für die Datenurerfassung erforderlich. Insbesondere in den höheren Stufen der automatisierten Projektierung werden die Baukombinate gemeinsam und überterritorial große EDVA betreiben.

Das bedeutet nicht, daß die Projektierung damit außerhalb der Kombinate erfolgt und daß die Kombination revidiert werden muß. Außerhalb der Kombinate werden nur die formalisierbaren Tätigkeiten, sofern sie nicht im Kombinat automatisiert bearbeitet werden können, durchgeführt.

Der schöpferische Prozeß, die eigentliche Projektierung im neuen Sinne, kann nur im Kombinat entsprechend den konkreten Reproduktionsbedingungen erfolgen. In diesem Zusammenhang gewinnt eine aktive Grundfondspolitik in der bautechnischen Projektierung eine große Bedeutung.

In dem Maße, wie sich der Projektierungsprozeß verändert, müssen entsprechende Änderungen in der Leitung und Organisation des Reproduktionsprozesses erfolgen. Das System der automatisierten Projektierung wird damit zu einem integrierten Bestandteil des ökonomischen Systems des Sozialismus im Bauwesen.

1

„Teepott" Rostock-Warnemünde

1 Blick von der Mole

2 Nachtaufnahme

Architekt BDA Erich Kaufmann
VEB (B) Wohnungsbaukombinat Rostock
Dipl.-Ing. Ulrich Müther
PGH Bau Binz

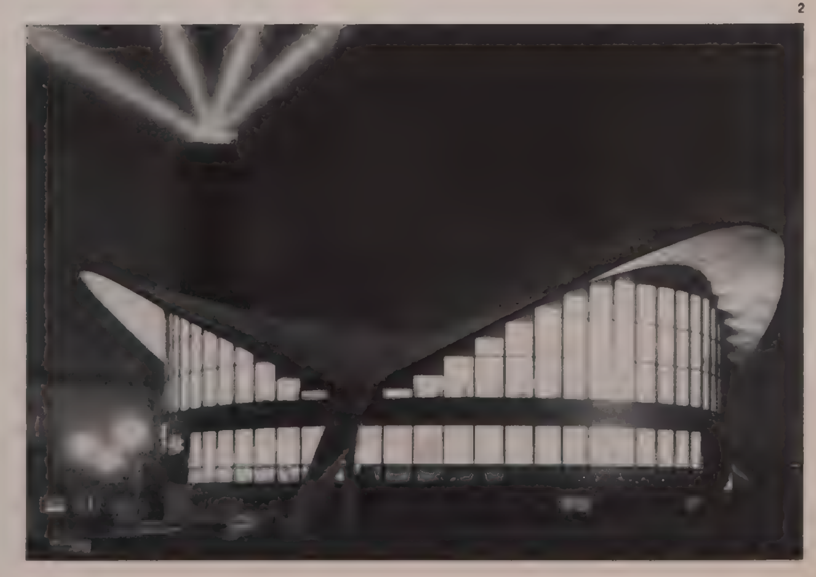
Durch Kriegseinwirkungen wurde der 1928 gebaute Teepavillon am Leuchtturm in Warnemünde im Jahre 1945 zerstört. Eine beliebte Erholungsstätte war damit der Bevölkerung verlorengegangen. Seitdem wurde der Standort kioskartig genutzt. Aber der „Teepott", wie er im Volksmund genannt wurde, war dadurch nicht vergessen.

Durch den Bau der Messehallen 1966 in Rostock-Schutow angeregt, wurde eine Konzeption für die Gaststätte am Leuchtturm in Warnemünde ausgearbeitet.

Der Vorschlag baute auf die vorhandene Bausubstanz des Kellergeschosses auf und nutzte die Erfahrungen beim Bau von Hyparschalen im Bezirk Rostock.

Diese Untersuchung wurde vom Konsum-Bezirksverband bestätigt und vom Rat der Stadt Rostock im Herbst 1967 zur Realisierung bis zur 750-Jahr-Feier der Stadt im Sommer 1968 vorgeschlagen. Damit war der Startschuß zum Bau des neuen „Teepotts" gegeben.

2





3



4

Entwurf und Gestaltung:	Architekt BDA Erich Kaufmann Architekt BDA Dipl.-Ing. C. H. Pastor Architekt Hans Fleischhauer VEB Wohnungsbaukombinat Rostock
Entwurf der Schalenkonstruktion:	Dipl.-Ing. Ulrich Müther PGH Bau Binz
Stahlstrukturwand:	Achim Kühn, Berlin
Innenraum:	Architekt König Innenprojekt Halle, Außenstelle Berlin
Modellstatische Untersuchung:	Dipl.-Ing. Johannes Beutler Deutsche Bauakademie Berlin
Güteprüfung Schalenkonstruktion:	Dr.-Ing. Günter Ackermann Deutsche Bauakademie Berlin

3 Aufnahme während des Betonspritzens

4 Blick auf die eingeschalte und bewehrte Dachfläche

5 Eingangssituation

6 Strukturwand aus Stahl
Entwurf und Ausführung: Fa: Fritz Kühn, Berlin

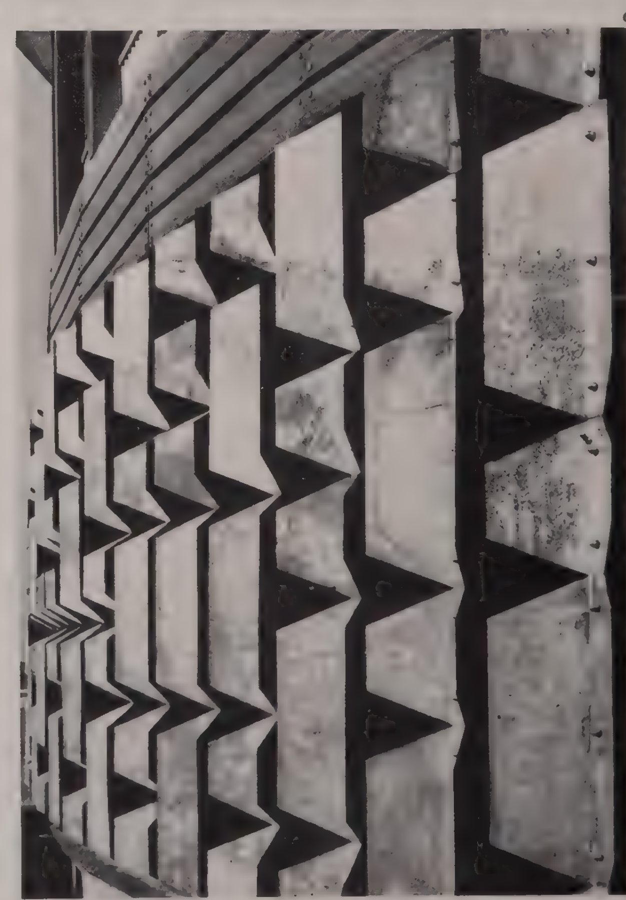
7 Außenaufnahme

8 Café

5



6



Städtebaulich war die Anbindung des Neubaues an den Leuchtturm und die Strandsituation von großer Bedeutung.

Die dreifach geschwungene Fläche zeigte die günstigsten Möglichkeiten. Das frei stehende Gebäude mußte nach allen Seiten eine starke Aussagekraft aufweisen.

Die Funktionen wurden auf drei Geschosse verteilt. Vom Zwischengeschoß aus ist bereits der gesamte Innenraum der Schale erlebbar.

Das Gelände fällt zur Seeseite ab, so daß das Erdgeschoß der Eingangsseite seeseitig zum 1. Obergeschoß wurde.

Der Eingang befindet sich an der Südseite und wird durch den daneben befindlichen Leuchtturm nach außen orientiert.

Über eine Zentralgarderobe sind 3 Gaststätten erreichbar.

Im Unterdeck (Untergeschoß) eine Bar mit 90 Plätzen.

Das Restaurant im Erdgeschoß mit 128 Plätzen und 30 Reserveplätzen.

Die Tanzfläche auf dem Zwischendeck ist mit leichten Treppen mit dem Café im Obergeschoß verbunden (162 Plätze).

Das Restaurant und das Café sind nach Norden orientiert. Sie haben somit eine gute Aussicht auf die See und die Hafeneinfahrt.

7

8



In der Farbgestaltung wurden vorwiegend stumpfe Grün- und Blautöne verwandt, die in Verbindung mit der Holztäfelung eine angenehme Raumatmosphäre garantieren. Die Möblierung der Gasträume wurde vom VEB Innenprojekt Halle, Außenstelle Berlin, vorgenommen.

Zwischen Stahlstützen wurde Thermoglas fest eingesetzt und bestimmt mit seiner Gliederung die Außenwand des Gebäudes. Während im Erdgeschoß der Gastraum zur Seeseite voll verglast ist, wurde der übrige Teil mit seiner Strukturwand aus Stahl, ausgeführt von der Firma Fritz Kühn, Berlin, vorgesehen.

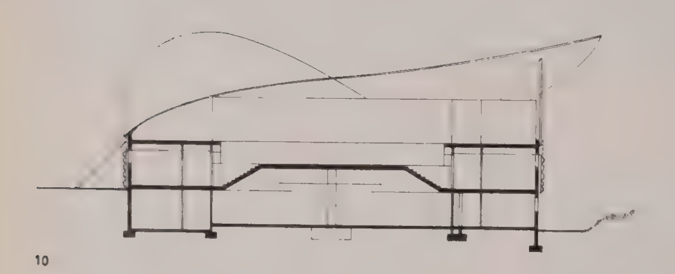
Die Dachkonstruktion besteht aus einer hyperbolischen Paraboloidschale, die aus 3 Grundflächen zusammengesetzt ist. Die Schale ist durchweg 7 cm stark und hat nur eine ganz leichte Randverstärkung von 3 cm. Die Kehlen der Konstruktion sind ausgerundet.

Die rund 1200 m² große Schalenfläche übergibt ihre Kräfte auf 3 senkrechte Stahlbetonstützen. Die anfallenden symmetrischen Horizontalkräfte werden in den Stahldeckenring übertragen.

Die Windkräfte und andere unsymmetrische Horizontalkräfte werden über schräge Stützen abgetragen.

Die Schalenkonstruktion wurde nach der

9



10

9 Restaurant

10 Schnitt 1 : 500

11 Rumkeller

12 Café

13 Bar

Membran-Theorie berechnet. Es wurde eine Berechnung nach der Biege-Theorie aufgestellt und zur Überprüfung der Schnittkräfte eine modellstatische Untersuchung durchgeführt.

Die modellstatische Untersuchung eines Gips-Modells, welches im Maßstab 1 : 20 hergestellt wurde, unternahm die Deutsche Bauakademie in Berlin.

Es wurden symmetrische und antisymmetrische Lastfälle untersucht. Die Schalenkonstruktion erhielt eine untere Biegebewehrung (Durchmesser 8 mm, e = 180, ST A-I), eine entsprechend den Hauptspannungsrichtungen verlegte Trajektorienbewehrung (Durchmesser 12, ST A-III) und eine obere Mattenbewehrung (Durchmesser 6, e = 180 mm).

Im Januar 1968 wurde mit dem Abriß der Reste des alten „Teepotts" begonnen. Im Februar wurden die ersten Fundamentierungsarbeiten angefangen und das Kellergeschoß gemauert.

Da nur wenige Monate für den Bau des Objektes zur Verfügung standen und davon noch einige Wintermonate waren, erhielt das Gebäude Geschoßdecken und Treppen aus Stahl. Die Stahldecken wurden als orthotrope Platten in 3 Werften werkstattmäßig gefertigt und von der Firma Nordstahl KG, Rostock, montiert und verschweißt.

Auf das Ober- und Mitteldeck wurde das Lehrgerüst für die Stahlbetonschale aufgesetzt, welches aus Stahlrohrrüstung und Teleskopstützen bestand.

Entsprechend den erzeugenden Geraden wurden gerade Kanthölzer und Bretter verlegt.

Die Dachfläche wurde mit parallelen, gehobelten und gespundeten Brettern, die versetzt gestoßen wurden, eingeschalt. Hierauf wurde die Stahlbewehrung verlegt.

Die Hyparschale wurde mit zwei Betonspritzgeräten S 3 in etwa 40 Stunden gespritzt. Als Betongüte wurde B 450 erreicht. Die Konstruktion wurde nach 7 Tagen ausgeschalt.

Durchbiegungen wurden in der Größenordnung von 10 mm unter Eigengewicht gemessen. Die Schalenkonstruktion erhielt eine Dampfsperre, hierauf wurden 50 mm Schaumpolystyrol verlegt, mit zwei Lagen Dachpappe abgedeckt und mit einer nahtlosen Haut aus Bitumen-Latex überzogen und weiß eingefärbt.

Die Fensterstützen baute man nach dem Ausschalen ein.

Die Schalenkonstruktion wurde in 5 Wochen eingeschalt, hergestellt und ausgeschalt. Die gesamte Bauzeit betrug 5 Monate.

Hauptauftragnehmer war die PGH Bau Binz; als Kooperationspartner arbeitete der VEB Bauhof Rostock mit.

Termingemäß wurde das Objekt zur Ostseewoche 1968 übergeben.

Die Einschätzung des Genossen Walter Ulbricht bei seinem Besuch anläßlich der Ostseewoche in Warnemünde:

„Hier kann die Jugend in angenehmer Atmosphäre tanzen. Und schön ist auch, daß man die lauschigen Ecken für Verliebte nicht vergessen hat. Mit diesem Bauwerk kann die Bevölkerung wahrhaft zufrieden sein",

war für alle Beteiligten eine hohe Anerkennung.



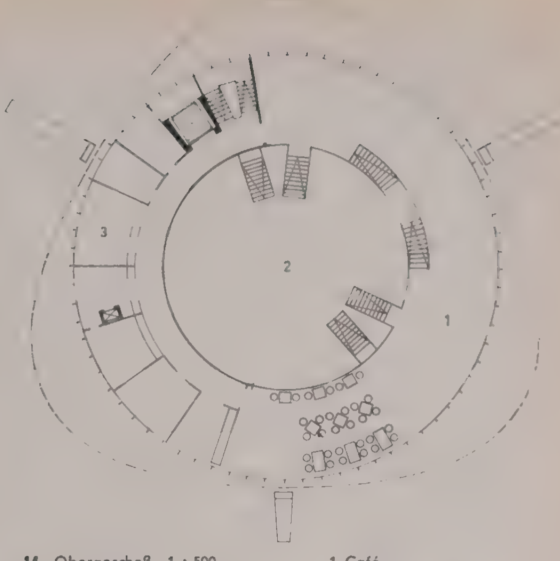
11



12

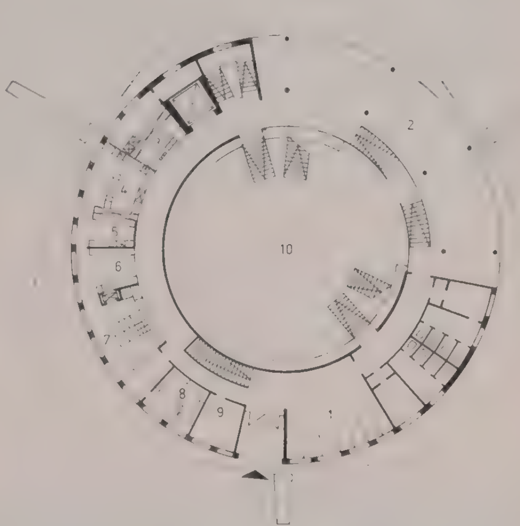
13





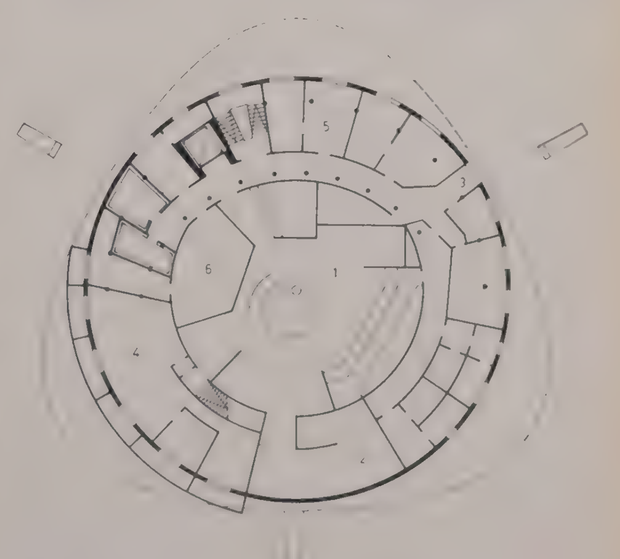
14 Obergeschoß 1 : 500

1 Café
2 Tanzfläche
3 Wirtschaftsbereich



15 Erdgeschoß 1 : 500

1 Garderobe
2 Gastraum Erdgeschoß
3 Büfett
4 Geschirrspüle
5 Topfspüle
6 Anrichte
7 Warme Küche
8 Küchenleiter
9 Gaststättenleiter
10 Gastraum im Zwischengeschoß



16 Kellergeschoß 1 : 500

1 Bar
2 Rumkeller
3 Wirtschaftsanlieferung
4 Technische Räume
5 Personalraume
6 Wirtschaftsraume

1

Zur Synthese von Architektur und bildender Kunst bei der Gestaltung des Stadtzentrums von Dresden

Kurt W. Leucht, Stadtarchitekt von Dresden

2



Mit den Beschlüssen des VII. Parteitages zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus wurden auch neue Voraussetzungen für die weitere Herausbildung einer sozialistischen Architektur beim Aufbau des Stadtzentrums von Dresden geschaffen.

Im Mittelpunkt unserer gegenwärtigen Arbeit zu Ehren des 20. Jahrestages der Gründung der DDR steht das konkrete Ziel, eine echte Synthese zwischen Städtebau, Architektur und bildender Kunst als Beitrag zur sozialistischen Umweltgestaltung und zur künstlerischen Widerspiegelung unserer sozialistischen Menschengemeinschaft herauszuarbeiten.

Wir gehen davon aus, daß solche konkreten städtebaulichen, architektonischen und bildkünstlerischen Leistungen, die sich durch Parteilichkeit, Klarheit, Originalität und schöpferische Phantasie auszeichnen, eine neue Qualität der Einheit von Technik, Funktion, Ökonomie und baukünstlerischer Gestaltung verkörpern. Gleichzeitig wollen wir eine für unsere schöne Stadt typische Architektur, die die Wesenszüge der sozialistischen Architektur enthält, entwickeln.

Generalplan für die bildkünstlerische Gestaltung

Der Entwurf des Generalplanes für die bildende Kunst bei der Gestaltung unseres Stadtzentrums ist für die weitere schöpferische Arbeit zwischen Architekten, bildenden Künstlern, gesellschaftlichen Partnern und Auftraggebern bereits zu einem wichtigen Leitungsinstrument geworden. Diesen Generalplan mit Leben zu erfüllen heißt, daß die städtebauliche Grundidee – vom Bebauungsplan bis zum Projekt – ein Ergebnis schöpferischer Zusammenarbeit von Architekten, Künstlern und Auftraggebern sein wird.

In dieser engen Zusammenarbeit aller Kräfte, beginnend bei der Standortwahl oder der Ausschreibung eines Ideenwettbewerbes für städtebauliche Ensembles, sehen wir die realen Möglichkeiten für neue progressive Wege in der Herstellung einer schöpferischen Synthese von Architektur und bildender Kunst.

Aufbauend auf Traditionen der Arbeiterbewegung und gestützt auf die Leistungen der Werktätigen, wird in der Stadt Dresden unter Einbeziehung des wertvollen baukünstlerischen Erbes eine der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechende sozialistische

Architektur geschaffen. Im Stadtzentrum von Dresden werden die vielfältigen gesellschaftlichen Bedürfnisse und Beziehungen der Menschen in den neuen räumlichen Strukturen wie dem Altmarkt mit der Fest- und Demonstrationsmagistrale, dem Ensemble Prager Straße und dem Theaterplatz mit der Brühlschen Terrasse sinnvoll geordnet und solche Bedingungen geschaffen, unter denen sich die Persönlichkeit in der sozialistischen Menschengemeinschaft frei entfalten und vervollkommnen kann.

Bei unserem schöpferischen Schaffen steht der sozialistische Mensch im Mittelpunkt aller Bemühungen der sozialistischen Gesellschaft.

In der städtebaulich-architektonischen und künstlerischen Gestaltung der bereits im Bau befindlichen und der geplanten Gebäude des Stadtzentrums wird die sozialistische Gesellschaftsordnung der DDR sinnvoll zum Ausdruck gebracht. Der Altmarkt, die Ernst-Thälmann-Straße, der Theaterplatz, der Innere Ring, die Brühlsche Terrasse sind heute bereits zu einem Konzentrationspunkt des gesellschaftlichen Lebens geworden.

Der Entwurf des Generalplanes der bildkünstlerischen Gestaltung des Stadtzentrums Dresden ist ein wichtiger Teil des Generalbebauungsplanes unserer sozialistischen Großstadt. Er wurde in breiter öffentlicher Diskussion mit Schrittmachern der Produktion, Kollektiven der sozialistischen Arbeit, den Ständigen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung, mit der Bevölkerung, im Verband bildender Künstler und im Bund Deutscher Architekten beraten. Wir gehen davon aus, daß die menschliche Umwelt, die Plätze und städtebaulichen Ensembles, von allen gemeinsam geformt werden.

Die Hauptgesichtspunkte des Generalplanes stellten wir auch während der 10. Arbeiterfestspiele in Halle zur öffentlichen Diskussion. In einem vom Rat der Stadt in Verbindung mit dem VBKD und dem BDA durchgeführten Kolloquium wurde der Generalplan befürwortet und durch konstruktive Ideen weiterentwickelt.

Welche Hauptgedanken enthält der Generalplan Bildende Kunst? Es ist eine harmonische Konzentration der Werke der bildenden Kunst, insbesondere der Monumentalplastik, des Großwandbildes, der Rund- und Gruppenplastik in geschlossener Komposition mit den Werken der Architektur zu erreichen. Hervorzuheben sind bei dieser Komposition die drei wichtigsten Erlebnisachsen der Stadt, die Fest- und Demonstrationsmagistrale mit ihrem Kernstück Alt-



3

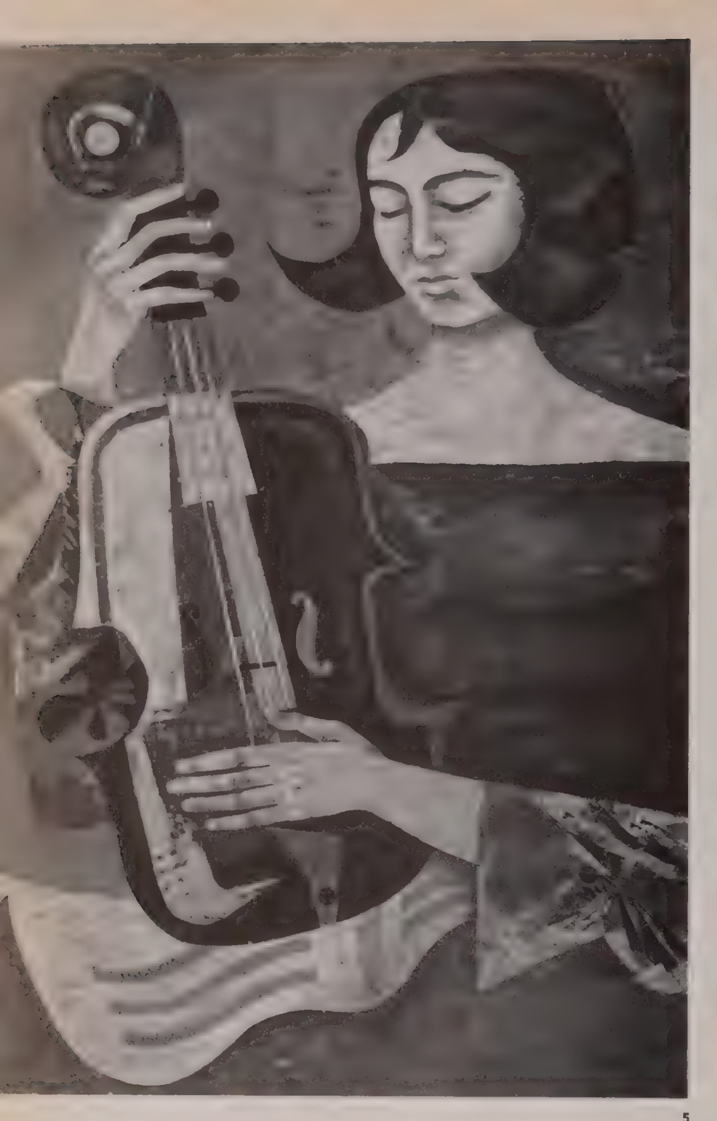
1 Blick in das Ensemble Prager Straße mit dem Hotel „Newa" (vorn rechts), dem Restaurant „Bastei" mit einem großen Keramikwandbild (vorn links) und dem Interhotel „Stadt Dresden" (im Hintergrund). Modellaufnahmen

2 Stadtzentrum mit Altmarkt, Ringpromenade und Ensemble der Prager Straße (Stand März 1968)

3 Ausschnitt aus dem Wandfries am Restaurant „Bastei"

4 Entwurf für ein 12 m × 6 m großes, farbiges Keramikwandbild am Restaurant „Bastei" mit dem Thema „Dresden, die Stadt der modernen sozialistischen Industrie, der Wissenschaft und der Kunst grüßt seine Gäste".
Autoren: Sillack und Lipowski, Dresden

4



5

5 Detail aus dem 45 m langen und 1,80 m hohen Wandfries im Haus der sozialistischen Kultur.
Thema: „Unser sozialistisches Leben"
Autoren: Drache und Rehn, Dresden

6 Modell der Bebauung zwischen Altmarkt und Ringpromenade mit dem Interhotel „Stadt Dresden" (Stand September 1968)

7 Entwurf für ein farbiges Wandbild 55 m × 9 m am Rechenzentrum des Gebäudekomplexes am Pirnaischen Platz.
Thema: „Die sozialistische Persönlichkeit in der sozialistischen Menschengemeinschaft als Gestalter der wissenschaftlich-technischen Revolution"
Wettbewerbsarbeit von Rudi Kleemann, Dresden

8 Komplex Georgplatz – Pirnaischer Platz

6



markt und Ernst-Thälmann-Straße, die große, abwechslungsreiche und interessante Fußgängermagistrale vom Hauptbahnhof über die Prager Straße – Altmarkt – Kulturpalast – Georgentor über die Dimitroffbrücke – Straße der Befreiung zum Platz der Einheit. Die Elbe mit ihren eindrucksvollen Ufern, der Bebauung und der verschieden zu nutzenden Freiflächen, den Promenaden und Uferstraßen bildet die dritte Hauptachse der städtebaulich-künstlerischen Komposition.

Sozialistische Monumentalkunst entsteht

Der Komplex Altmarkt mit der Ernst-Thälmann-Straße als politischer, wirtschaftlicher und kultureller Zentralpunkt des gesellschaftlichen Lebens, als Stätte der mannigfaltigsten Begegnungen wird in den architektonischen und bildkünstlerischen Werken die historischen Leistungen der deutschen Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei sinnvoll zum Ausdruck bringen. Dieser Inhalt wird vor allem bei der bildkünstlerischen Gestaltung des Hauses der sozialistischen Kultur, bei der Neugestaltung des Postplatzes, der Ringpromenade, des Pirnaischen Platzes und der Freiflächen des Altmarktes eine hohe Meisterschaft erfordern. So verlangt die exponierte Position der Westseite des Hauses der Kultur an der großen Erlebnisachse Dresdens mit der 380 m^2 umfassenden Wandfläche eine thematisch bedeutungsvolle künstlerische Aussage, deren Lösung ein wichtiger Beitrag zur sozialistischen Monumentalkunst sein wird. Als Leitthema soll der Kampf der revolutionären Kräfte in Dresden für Fortschritt und Sozialismus, gegen Reaktion, Imperialismus und Krieg in einem großangelegten Wandbild künstlerisch bewältigt werden. Der bekannte Dresdner Künstler, Professor Gerhard Bondzin, hat vom Rat der Stadt dazu den ehrenvollen Auftrag erhalten.

Im 1. Obergeschoß des Kulturpalastes am Altmarkt wird ein 45 m langer und 1,80 m hoher farbiger Wandfries von unserem heutigen vielfältigen Leben Zeugnis ablegen. Der Wandfries soll die gesellschaftlichen Prozesse bei der Vollendung des sozialistischen Aufbaues in der Deutschen Demokratischen Republik bildkünstlerisch darstellen. Die Dresdner Künstler Heinz Drache und Walter Rehn arbeiten zur Zeit an dieser Aufgabe.

Von der Schönheit des sozialistischen Menschenbildes

Der Kulturpalast wird künstlerisch bereichert durch die fünf großen Eingangstüren auf der Seite des Altmarktes. Auf den Bronzetüren werden charakteristische Episoden aus der Entwicklung Dresdens von der ersten geschichtlichen Erwähnung im Jahre 1206 bis zur Gegenwart durch den Dresdner Bildhauer Gert Jäger künstlerisch gestaltet. Das Kunstwerk soll beim Betrachter die Erkenntnis vertiefen, daß die Entwicklung Dresdens vom Fischerdorf zur sozialistischen Großstadt vor allem das Ergebnis des Schaffens der progressiven Kräfte des werktätigen Volkes ist. In den abwechslungsreichen, weiten Räumen des Kulturpalastes werden auch Gobelins, gestaltete Holzwände und Porträts von hervorragenden Persönlichkeiten aus der Produktion, aus dem politischen, kulturellen und sportlichen Leben unserer Stadt dazu dienen, die Gestaltung des Bildes der Menschen zu meistern, die in unserem Lande den Sozialismus vollenden. Die Bildwerke sollen von der Stärke unserer DDR und der Schönheit ihrer Menschen künden.

Eine bedeutende künstlerische Aufgabe besteht in der Bewältigung des neuentstehenden großstädtischen Ensembles des Gebietes Prager Straße mit einer Flächenausdehnung von rund 165 000 m^2, dessen Charakter durch den internationalen Touristenverkehr und die standortbedingte Konzentration modernster Hotels, Gaststätten sowie Einkaufs- und Unterhaltungseinrichtungen geprägt wird.

Ensemble Prager Straße – Spiegelbild der Völkerfreundschaft

Der Zentrumsbereich Prager Straße wird sich zu einem der wichtigsten Punkte gesamtstädtischer und internationaler Begegnungen entwickeln. Eine besondere Bedeutung erhält die Prager Straße dadurch, daß sie als Fußgängermagistrale die Verbindung zwischen Hauptbahnhof und Stadtzentrum herstellt und damit für einen Großteil unserer Gäste den Altmarkt und das kulturhistorische Zentrum erschließt. Die bildkünstlerische Gestaltung dieses Bereiches soll das Anliegen der Völkerfreundschaft, den tief im Bewußtsein der gesamten Bevölkerung unserer Stadt verwurzelten Ideen des sozialistischen Internationalismus, die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, den sozialistischen Staaten und allen Völkern der Welt auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und Anerkennung sinnvoll zum Ausdruck bringen.

Nach unserer künstlerischen Konzeption soll die Gesamtwirkung lebensfroh und optimistisch sein, zum Beispiel in der monumentalen Gruppenplastik „Frieden, Sozialismus und Völkerverständigung" zwischen dem „Interhotel Stadt Dresden", dem Lichtspieltheater an der Prager Straße und dem Großwarenhaus. Weiterhin soll durch die Wahl der Themen und Gestaltungsmittel für die einzelnen Kunstwerke ein Bezug zu den Heldenstädten Moskau und Leningrad und den Hauptstädten sozialistischer Länder sowie zu den mit Dresden freundschaftlich verbundenen Partnerstädten hergestellt werden.

Originelle Bauwerke mit kühnen Konstruktionen

Bei der baukünstlerischen Komposition gehen wir davon aus, daß originelle Bauwerke mit kühnen Ingenieurkonstruktionen, Formenreichtum und helle, lichte und angenehm wirkende neuartige

Materialien und Farbkompositionen, eine interessante Lichtgestaltung und differenzierte Freiflächen mit Wasserspielen das Stadtbild beherrschen sollen.

Bei dem im Bau befindlichen Instituts- und Verwaltungskomplex am Georgplatz mit 6500 Arbeitsplätzen für Forschung und Industrieleitungen soll die bildkünstlerische Gestaltung des Gesamtkomplexes die sozialistische Menschengemeinschaft und die sich in ihr entwickelnde, allseitig gebildete, sozialistische Persönlichkeit als Gestalter der wissenschaftlich-technischen Revolution eindrucksvoll manifestieren. Dabei wird ein Ideenwettbewerb für ein monumentales Wandbild am Rechenzentrum dieses Komplexes mit einer Größe von rund 500 m^2 ausgewertet. Der repräsentative Standort und das gesellschaftliche Anliegen für dieses entstehende Kunstwerk wird das Interesse an der Mitverantwortung und Mitentscheidung breiter Kreise wecken.

In der Freifläche vor der Südseite dieses Forschungs- und Industrieleitungskomplexes entsteht gegenwärtig eine Großplastik mit dem Thema „Jugend im Sozialismus".

Bei dieser Arbeit sollen die inneren Beziehungen unserer Jugend, ihre Lebensfreude, ihr Verantwortungsbewußtsein und der Mut zum Neuen zu eindrucksvoller Darstellung kommen. Der Betrachter soll angeregt werden, sich mit den Problemen unserer Jugend und seiner eigenen Stellung zur Jugend auseinanderzusetzen.

Mit dem Aufbau des Fernmeldeamtes und eines markant gestalteten Hochhauses wird der Postplatz im Schnittpunkt der Ost-West-Magistrale und der Westtangente des Promenadenringes als Platzensemble abgeschlossen. Die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse und des fortschrittlichen Bürgertums sollen in der bildkünstlerischen Gestaltung des Postplatzes und der Ringpromenade in sinnvolle Beziehung zu den kulturhistorischen Bauten des Zwingers, der Gemäldegalerie der Semperoper und der Brühlschen Terrasse gebracht werden.

Mit der Wiederherstellung der Semperoper, des Taschenbergpalais und des ehemaligen Residenzschlosses erhält das städtebauliche Ensemble des Theaterplatzes in Dresden mit den hervorragenden Werken der Baukunst des 18. und 19. Jahrhunderts seine Vollendung.

An der bildkünstlerischen Gestaltung der Ensembles des Stadtzentrums werden solche hervorragenden Künstler wie Prof. Lea Grundig, Prof. Rudolf Bergander, Prof. Bernhard Kretschmar, Engler-Feldmann, Dietrich Peter, Anni Teufel, Rudolf Kleemann, Eva Schulze-Knabe und viele andere ihre Kräfte einsetzen, um höchste Leistungen zu vollbringen. Dresden hat mit seiner Tradition und seiner Perspektive aber auch in den zahlreichen schöpferischen, erfahrenen, älteren und nach Vollendung strebenden jungen Bildhauern, Malern und Grafikern die besten Voraussetzungen, sich zu einem Zentrum der sozialistischen Kunst in der Deutschen Demokratischen Republik zu entwickeln. Die großen vor uns stehenden Aufgaben wirken dabei als Impulse für die Herausbildung einer konstruktiven und schöpferischen Gemeinschaftsarbeit für die künstlerischen Schaffensprozesse in Praxis und Lehre.



7

8

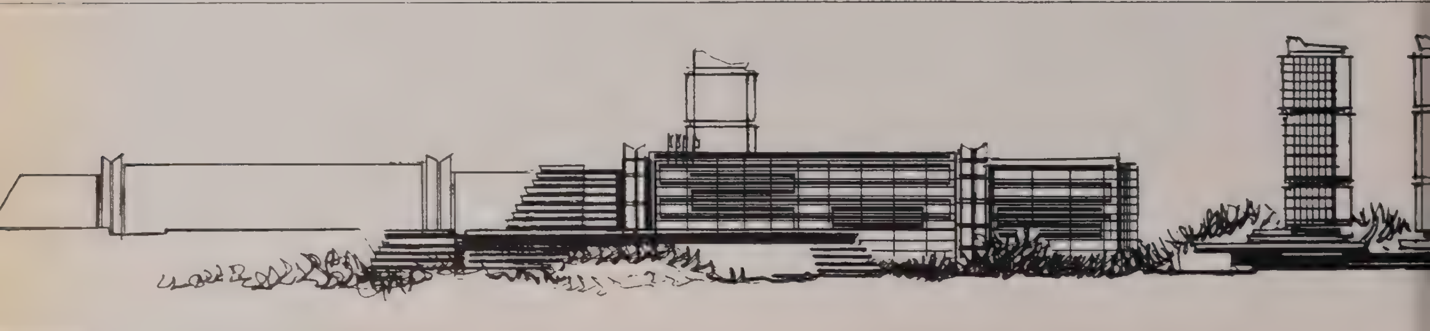
Neue Planung für Rostock-Evershagen

Dipl.-Ing. Peter Baumbach
VE Wohnungsbaukombinat Rostock



1

2



3

1
Blick auf das Hauptzentrum (Stand: April 1968)

2
Silhouette des Wohngebietes von der Autobahn (Stand: November 1968)

3
Modellfoto (Stand: April 1968)

4
Abwicklung des Zentrums mit Staffelhäusern und Pfeilhaus (Stand: April 1968)

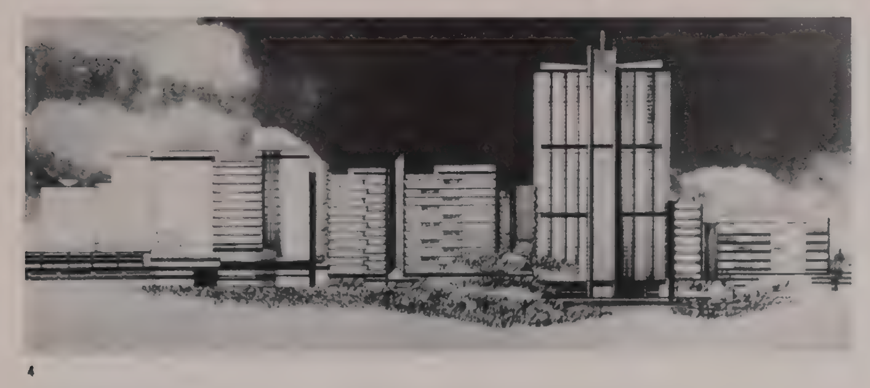
5
Silhouette des Wohngebietes vom Zentrum (Stand: November 1968)

6
Übersichtsskizze von Rostock-Lütten Klein

Kennziffern

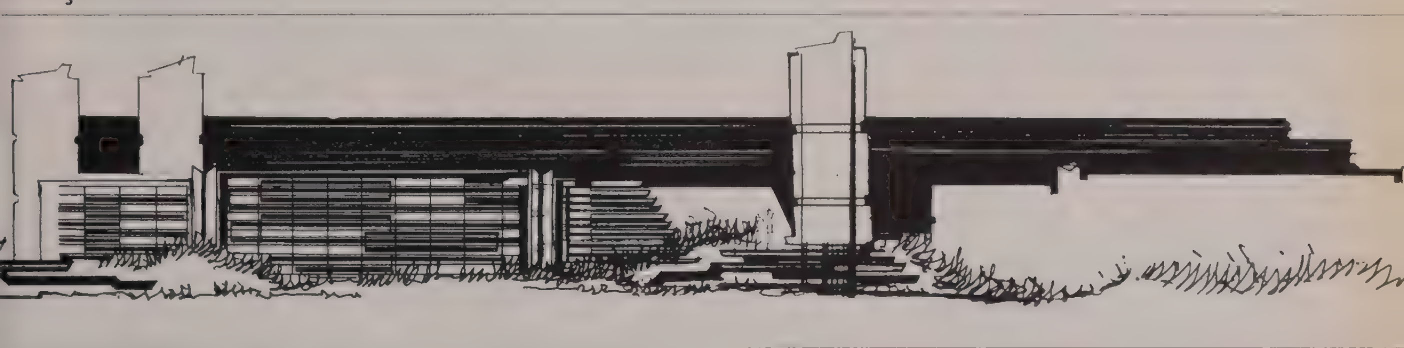
Einwohner:	rund 26 000
Gesamtbauland:	69,0 ha
Einwohnerdichte:	376 EW/ha
Bebauung bis 5 Geschosse	33 %
Bebauung über 5 Geschosse	67 %
Wohnungsverteilerschlüssel:	
1-Raum-Wohnungen	17 %
2-Raum-Wohnungen	12 %
3-Raum-Wohnungen	51 %
4- und Mehrraum-Wohnungen	20 %

Vorbereitung und Ausführung:	VE Wohnungsbaukombinat Rostock
Städtebauliche Idee und Autorenkollektiv:	Dipl.-Ing. Peter Baumbach Dipl.-Ing. Klaus Ebert Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski
Mitarbeit Städtebau:	Dipl.-Ing. Siegfried Fischer Dipl.-Ing. Dirk Weise Architekt Hans Otto Möller Dipl.-Ing. Ute Baumbach
Wohnungsbau:	Architekt Arno Martin Dipl.-Ing. Dietrich Otto Dipl.-Ing. Christian Brümmer Ing. Erika Thurow
Kennzahlen:	Dipl.-Ing.-Ök. Jürgen Timm Ing. Ernst Lüdemann
Gartengestaltung:	Gartenarchitekt Gert Parsche
Varianten:	Dipl. hort. Georg Vogt Dipl. hort. Elisabeth Waak
Grundkonzeptionen der technischen Disziplinen	
Tiefbau	Kollektiv Baumeister Johannes Peter
Heizung	Kollektiv Ing. Heinz Pommerenke
Elektroversorgung	Kollektiv Ing. Gerhard Lau und VEM Rostock
Stadtbeleuchtung	VEB (K) Stadtbeleuchtung Rostock
Konsultationen Verkehr	Büro für Verkehrsplanung beim Rat des Bezirkes Rostock

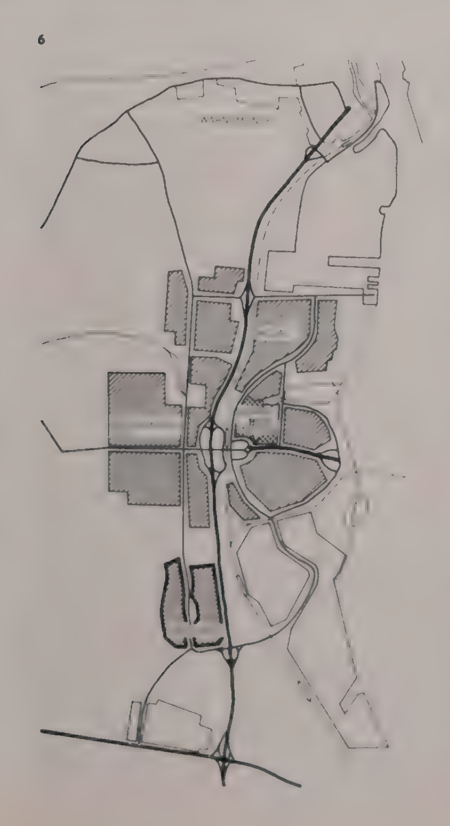


4

5



6



Nördlich von Rostock zwischen Rostock-Marienehe und dem in den letzten Jahren neu entstandenen Wohnkomplex Lütten Klein-Süd soll in den Jahren 1969 bis 1975 der Wohnkomplex Evershagen entstehen. Beide Komplexe sind Bestandteil des Gesamtgebildes Lütten Klein, das nach Endfertigstellung für ungefähr 150 000 Menschen Wohnstätte sein soll.

Als Baugelände für den Komplex Evershagen ist eine rund 69 ha große Fläche zwischen dem Dorf Evershagen im Westen, dem 2. Wohnkomplex Lütten Klein-Süd im Norden und der F 103 nach Warnemünde im Osten ausgewiesen. Als Fixpunkte mußten bei der Neukonzipierung die vorhandene Heiztrasse nach Lütten Klein-Süd und die projektierte Anbindung an die geplante S-Bahn berücksichtigt werden.

Außerdem lag die südliche Begrenzung des Wohngebietes durch den geplanten Verkehrsknotenpunkt an der F 103 mit Abgängen zum Industriegelände Marienehe sowie nach Evershagen fest.

In Auswertung der Impulse, die in den Jahren 1967 68 von Institutionen der Partei und des Staates konkret für die räumliche Gestaltung der Lebensabläufe unserer Gesellschaft erfolgten, erarbeitete eine Gruppe von Architekten des Wohnungsbaukombinates Rostock im Frühjahr 1968 neue Vorstellungen für Evershagen.

Diese veränderte Konzeption wurde der Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung des Genossen Walter Ulbricht neben anderen Arbeiten des Städtebaues und der Architektur anläßlich der Ostseewoche 1968 vorgestellt. Sie wurde vom Rat des Bezirkes und den Organen der Stadt Rostock als Bebauungsleitplan bestätigt.

Ausgangspunkt der Überlegungen war die Frage nach der gewachsenen Bedeutung der Architektur und des Städtebaues bei der Schaffung des entwickelten Systems des Sozialismus und der Herausbildung eines sozialistischen Menschenbildes.

Eine Fülle weiterer Fragen drängt sich beim sehenden und lernenden, sprich auswertenden Durchschreiten der in den letzten Jahren errichteten Wohngebiete auf. Ich möchte einige hier anführen, da sie bei der Planung berücksichtigt werden sollen. In der letzten Zeit wurde der scheinbare Widerspruch zwischen der dynamischen Entwicklung gesellschaftlicher Lebensweisen und dem starren Prinzip gebauter Umwelt deutlich. In diesem Zusammenhang fielen oft die Begriffe der Flexibilität, Expansibilität und auch der Mobilität. Wie und wo kann man sie in einem Wohngebiet berücksichtigen?

Weiterhin stimmen fast alle Weg-Zeit-Beziehungsuntersuchungen darin überein, daß zumindest bei Frauen durch die Belastung



7

7
Blick auf das Hauptzentrum (Stand: November 1968)

8
Studie für den Zentrumsbereich (Stand: April 1968)

der Familienversorgung kaum echte disponible Zeit zur Verfügung steht. Der Standpunkt einiger Fachplanträger, die einseitig nur von engen ökonomischen Gesichtspunkten ausgehen, läuft auf eine unverantwortbare Konzentration gesellschaftlicher Einrichtungen hinaus. So werden zum Beispiel vom Handel für 26 000 EW Spezialgeschäfte abgelehnt. Wo liegen die optimalen Grenzwerte für beide, für den Nutzer und den Betreiber? Nach Meinung des Soziologen Prof. Dr. Krüger wird durch Automatisierung der Arbeitsprozesse nicht nur die Arbeitszeit verringert, sondern es werden auch Arbeitskräfte für andere Aufgaben frei.

Oder, wie müssen die Kommunikationsfelder eines solchen Wohngebietes aussehen? Welche Funktionsüberlagerungen von Wohn- und Gesellschaftsbau sind ökonomisch vertretbar? Oder, was muß man tun, um das inaktive Wohngrün mit aktiven Funktionen des Volkssports im Sinne einer prophylaktischen Gesunderhaltung (sowohl psychischer als auch physischer Art) zu durchsetzen? Im Moment ist es so, daß die Grünflächen durch fehlende Intimzonen eher abweisend als anziehend sind. Oder, als letzte Frage, was muß man tun, um das Gefühl des Wohlbehagens nicht nur in der Wohnung, sondern auch in einem ganzen Siedlungsraum zu erzeugen?

Mit all diesen Fragen kann der Architekt und Städtebauer nicht allein fertig werden. Es ist notwendig, eine analytische Betrachtung unserer neu errichteten Stadtteile durchzuführen und kurzfristig tangierende Bereiche, wie die Soziologie, die Sozialhygiene, die Sportmedizin und die Gesellschaftswissenschaft, in unsere Arbeit einzubeziehen.

Eine vertragliche Beziehung zur Universität Rostock und erste Kontaktaufnahmen zu Soziologen lassen uns hoffen, bei vielen Punkten Bestätigung oder neue Gedanken zu erhalten. Vorausschickend noch ein Wort zur Stellung der Finalproduzenten, des Wohnungsbaukombinates Rostock, bei der Errichtung neuer Wohnkomplexe. Man muß eindeutig sagen, daß das Kombinat seiner Verantwortung im komplexen Wohnungsbau gerecht werden muß. Die Betonung liegt dabei auf dem Wort komplex, da in den vergangenen Jahren der Wohnungsbau vorangetrieben wurde, aber die gesellschaftlichen Zentren auf ein unvertretbares Maß reduziert oder überhaupt nicht gebaut wurden. Das trifft nicht nur für Rostock zu. Damit fehlen in vielen Wohngebieten die wesentlichsten Kommunikationsfelder.

Ein entscheidendes Kriterium für eine neue Qualität ist nach meiner Meinung das sinnvolle, zeitige Zusammenspiel von Architektur und Städtebau, Technologie, Forschung und Entwicklung sowie den ausführenden Betriebsteilen. Diese Voraussetzung ist zunächst durch die Projektantenschaft des ausführenden Betriebes in der Organisationsform garantiert. Als weiteres Kriterium darf nach meiner Meinung die Einheit von Ökonomie und Gestaltung angesehen werden. Wir hoffen, zum Beispiel auftretende Kostenerhöhungen in Teilen des Hochbaues und auch in der Grünplanung durch ein rationelles Gestalten des Architekturdetails und durch die Vorteile der Verdichtung aufzufangen.

Aufbau des Wohngebietes

Der Wohnkomplex Evershagen wird mit 5-geschossiger, 12- und 23geschossiger Wohnbebauung errichtet. Die vielgeschossige Bebauung stellt mit ungefähr 70 Prozent den Hauptanteil. Wir haben versucht, unter Einhaltung der Prinzipien der Serienproduktion verschiedene Gebäudeformen zu finden und dem Wohngebiet einen unverwechselbaren Charakter zu verleihen. Wir haben weiter versucht, unter Verwendung gleicher, großer Gebäudeformen, durch verschiedenartige Bindung zueinander, sehr differenzierte Räume zu bilden und ein sinnvolles Maß in Spannung und Entspannung zu finden. Das Grundgerippe wird durch drei Großwohneinheiten gebildet, die mäanderförmig von 5geschossiger Wohnbebauung umrandet werden und denen 23-geschossige Pfeilhäuser als Dominanten zugeordnet sind. Die Zentrumsbebauung wird durch Wohnungsbau aktiviert, der kontrastreich als gestaffelter Wohnungsbau zu den klaren Formen der Einheiten aufgefaßt werden muß. Die gesamten zentralen Einrichtungen wurden im Haupt- und Nebenzentrum konzentriert. Ausgangspunkt war dabei der Wunsch, differenzierte Möglichkeiten sowohl in der Nutzung als auch in der räumlichen Interpretation zu finden. Augenscheinlich ist auch, daß großer Wert auf die Funktionsüberlagerung von Wohnungs- und Gesellschaftsbau gelegt wurde. Ein Gespräch mit Prof. Trauzettel brachte uns dazu, diese gegenüber den ersten Skizzen noch deutlicher herauszuarbeiten.

Verkehr

Es wurde das Prinzip der mittleren Erschließung gewählt, von der ausgehend im westlichen und östlichen Teil zwei Sammelstraßen die Funktion des Zubringers zu den Wohnungen übernehmen. Von diesen Sammelstraßen zweigen Stichstraßen als

Wohnstraßen ab, die in einem Verkehrshof enden. Dadurch wird es möglich, den Wohnungen ungestörte Wohnhöfe zuzuteilen. Der ruhende Verkehr wird differenziert, dem zu erwartenden Verkehrsaufgebot entsprechend, untergebracht. Schwierigkeiten gibt es dabei schon bei ungefähr 380 EW ha. Wir entschieden uns differenziert je nach Anstieg für eine Rand- und Wohnlage in eben- und mehrgeschossiger Anordnung. Jede Wohneinheit soll eine Parkpalette in drei Etagen für ungefähr 500 Pkws erhalten. Der Endsättigungsgrad von 1 : 4 wird an den Rändern des Wohngebietes abgedeckt.

Sport und Erholung

Hier soll zwischen intensiver und weniger intensiver Möglichkeit unterschieden werden. Als wesentlich soll dabei die Durchdringung des Wohngrüns mit aktiven Funktionen angesehen sein. Selbst ein zentraler Grünraum, wie wir ihn haben, muß aktive, sichtgeschützte Funktionen besitzen und darf kein Garten im alten Sinne werden. Wir stellen uns vor, daß hier eine größere Wasserfläche auch zum Baden nutzbar sein kann. Auch hier ist nach unserer Meinung ein wesentliches Kriterium ein differenziertes Angebot in Spannung und Entspannung. Eine sportliche Betätigung muß in unmittelbarer Nähe der Wohnung auch unorganisiert möglich sein.

Zur Großwohneinheit

In ihr werden ungefähr 3600 Einwohner leben. Es sind von der Einraumwohnung bis zur großen Wohnung alle Typen vorhanden. Das Erdgeschoß und die vertikalen Aufzugspunkte sollen für gesellschaftliche Funktionen genutzt werden. Das Erschließungsprinzip des Hauses ergibt sich aus dem Charakter und der Himmelslage. Als wesentlich wird unsererseits angesehen, daß die Kindereinrichtung angehängt wird, ebenso die Einrichtungen für den ruhenden Verkehr, wobei auf eine räumliche Differenzierung nach der Wertigkeit der Höfe (Süd- und Nordhof) geachtet wurde. Die Dachgeschosse sollen entsprechend der Einwohnerdichte als Solarium und für Gemeinschaftsräume genutzt werden, wobei diese Nutzung ihren Ausdruck in der Fassade finden muß, die dann nicht in allen Teilen Balkons und Loggien erhält.

Zum Wohnungsbau

Die Pfeilhäuser wurden zunächst für die Planung der Entwicklungsreihe Schmiedel Zumpe entnommen. Zur Gestaltung der 5- und 12geschossigen Bebauung sei gesagt, daß hier nach meiner Meinung keine echte Gestaltung durch nur verschiedene Treppenhausvarianten erreicht werden kann, sondern im wesentlichen durch den Ausdruck verschiedener vereinheitlichter Erschließungsprinzipien. Man sollte also den Versuch antreten, auch beim 5geschossigen Wohnungsbau von der Ausschließlichkeit der Sektionserschließung wegzukommen und die Gangerschließung hinzuzufügen.

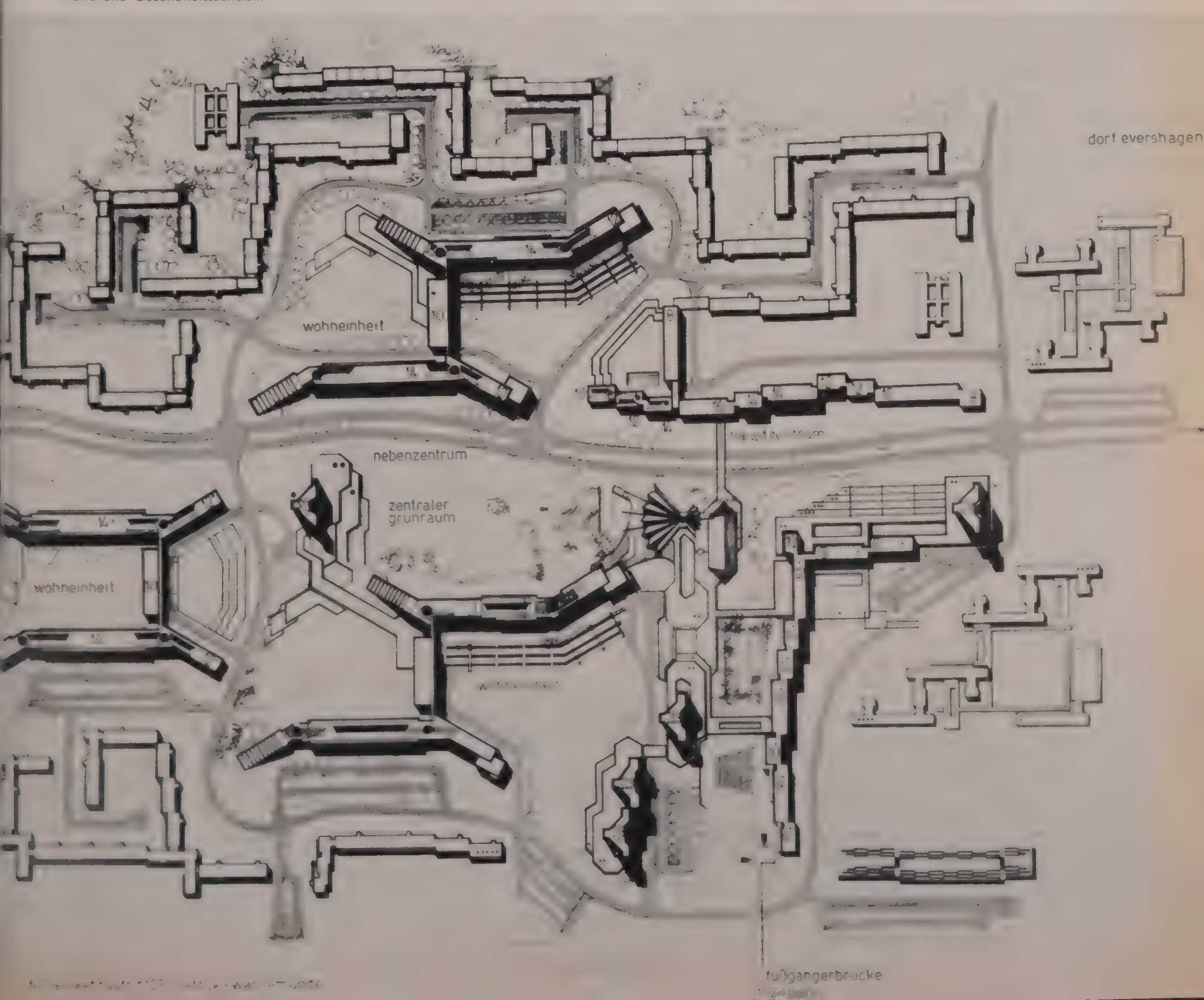
Zwei weitere Punkte des Wohnungsbaues, die uns sehr am Herzen liegen, sind folgende:

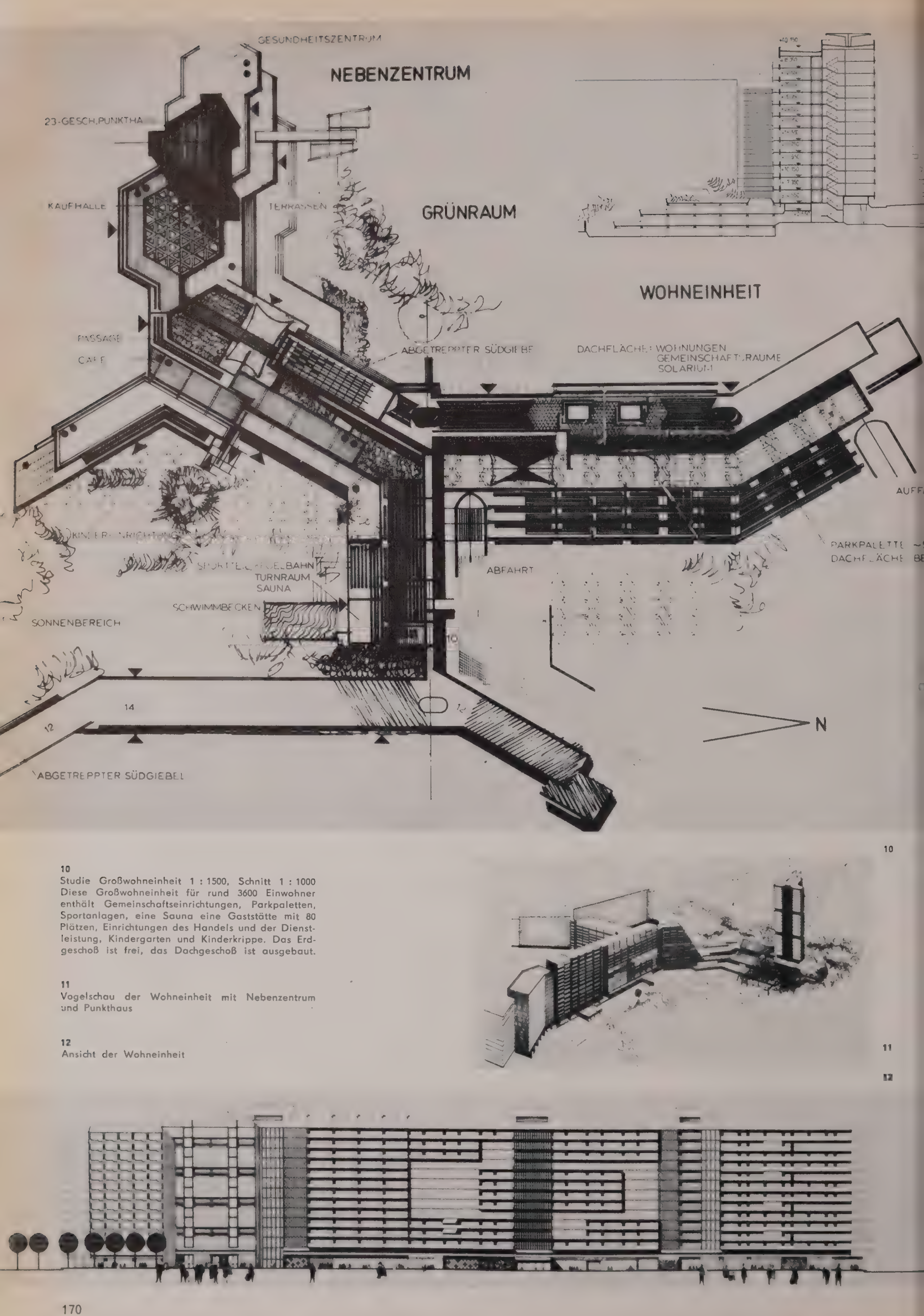
In der letzten Zeit hat es sich breitgemacht, daß serienweise nur ein oder zwei Jahre kleine und dann große Wohnungen angeboten wurden und daß die Einraumwohnungen konzentriert in Punkten und Scheiben angeboten wurden. Wir werden durch sinnvolles Ordnen gleichlaufend das Sortiment von der Ein- bis Fünfraumwohnung sowohl im 5- als auch im 12geschossigen Wohnungsbau anbieten, um den differenzierten Bedürfnissen der Menschen zu entsprechen.

Als zweiten Punkt möchte ich den Verteilerschlüssel ansehen. Hier wurden nach meiner Meinung vom Hauptplanträger glückliche Vorgaben gemacht, indem die Zahl der großen und der ganz kleinen Wohnungen zugunsten der Zweiraumwohnungen erhöht wurde.

Wir glauben, mit diesem Wohngebiet einen Beitrag zu leisten, den gesellschaftlichen Bedürfnissen besser gerecht zu werden. Eine sinnvolle Gestaltung des Details im Hochbau scheint mir nun einer der wichtigsten Bearbeitungsschritte.

9 Lageplan des Wohngebietes (Stand: November 1968) 1 : 5000 fünfgeschossige Randbebauung; drei Wohneinheiten mit Parkpaletten, Kindereinrichtungen, Sportanlagen, Dienstleistungseinrichtungen, freiem Erd- und Dachgeschoß und einer Gaststätte; Zentrumsscheiben mit Ladeneinbauten im Erdgeschoß; Hauptzentrum mit Speisegaststätte, Mehrzwecksaal, Kaufhalle, Dienstleistungseinrichtungen, Schwimmhalle, Blumenladen, Frisör; Nebenzentrum mit Café, Kaufhalle und Gesundheitszentrum





10
Studie Großwohneinheit 1 : 1500, Schnitt 1 : 1000
Diese Großwohneinheit für rund 3600 Einwohner enthält Gemeinschaftseinrichtungen, Parkpaletten, Sportanlagen, eine Sauna eine Gaststätte mit 80 Plätzen, Einrichtungen des Handels und der Dienstleistung, Kindergarten und Kinderkrippe. Das Erdgeschoß ist frei, das Dachgeschoß ist ausgebaut.

11
Vogelschau der Wohneinheit mit Nebenzentrum und Punkthaus

12
Ansicht der Wohneinheit

Wettbewerb Innenstadt Weimar

Dipl.-Ing. Dieter Chlebos
Stadtarchitekt



Weimar um 1650 (nach einem Stich von Merian)

Gesellschaftliche Aufgabe

Die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR erfordert die Herausbildung neuer, den steigenden Bedürfnissen der sozialistischen Menschengemeinschaft entsprechender Lebens- und Umweltbedingungen.

In diesem Zusammenhang gewinnen auch Städtebau und Architektur vorrangige Bedeutung. Städtebau und Architektur haben mehr denn je die Aufgabe, das individuelle und gesellschaftliche Leben in der Stadt und auf dem Dorf räumlich zu ordnen, zu organisieren und zu gestalten. Es gilt, den uns überlieferten Zustand der Städte und Dörfer aus der vergangenen Epoche, die unzulänglichen Lebensbedingungen, Strukturfehler, die vorhandene morbide, physisch und moralisch überalterte Bausubstanz im Altstadtkern durch Maßnahmen des Um- und Ausbaus, der Werterhaltung, der Sanierung und durch ständig steigendes Neubauvolumen zu verändern.

Dieser planmäßige Veränderungsprozeß ist typisch für die Entwicklung und Umgestaltung der historisch gewachsenen Stadt zur sozialistischen Stadt.

Im Brief des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates an den Präsidenten des BDA heißt es sinngemäß, daß das charakteristische Bild unserer Landschaft, der Städte und Dörfer durch eindrucksvolle und unverwechselbare architektonische Lösungen zu bereichern sei, um den Stolz unserer Bürger auf ihre Heimat zu vertiefen und die Lebensfreude unseres ganzen Volkes zu manifestieren. Damit wurde der gesellschaftliche Auftrag zur Neuordnung und Umweltgestaltung der Städte und Dörfer klar formuliert und auf die hohe Verantwortung für Architekten, Städtebauer, Soziologen, Ökonomen, Technologen, bildende Künstler und gesellschaftliche Auftraggeber aus der Industrie und der demokratischen Öffentlichkeit hingewiesen.

Mit diesem Prozeß und der geplanten Steigerung der Bauproduktion werden im Prognosezeitraum grundlegende strukturelle Veränderungen der Städte und Dörfer verbunden sein.

Zielstellung

Daraus leitet sich auch das Ziel der Umgestaltungsaufgaben ab. Es gilt, die vielfältigen gesellschaftlichen Bedürfnisse und Beziehungen in neuen räumlichen Strukturen sinnvoll zu ordnen und solche Bedingungen zu schaffen, die der Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit in unserer Menschengemeinschaft alle Möglichkeiten bietet. Von der Perspektive der Lebensweise ausgehend, sind die Bereiche Arbeit und Wohnen, Bildung und Erholung, Versorgung und Betreuung mit dem Blick auf das Morgen im Prognosezeitraum neu zu ordnen und im Systemzusammenhang zu erfassen.

Grundsätze

Dazu benötigt der gesellschaftliche Auftraggeber eine klar formulierte politisch-ideologische Konzeption, um den komplizierten gesellschaftlichen Prozeß der Umgestaltung der Stadtzentren sachkundig und wissenschaftlich leiten zu können.

Auf der Grundlage des Briefes des Staatsratsvorsitzenden an den Präsidenten des Bundes Deutscher Architekten, der Materialien des 4. Plenums des ZK der SED, den Beschlüssen des Politbüros vom 5. 4. 68 und des Bezirkstages über die weitere Arbeit an der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung der wichtigsten Stadtzentren und Siedlungsschwerpunkte in Vorbereitung zum 20. Jahrestag der DDR wurde von der Stadtverordnetenversammlung und vom Rat der Stadt eine Reihe von Beschlüssen über die Führungsgrundsätze zur Neugestaltung der Innenstadt Weimars, zur Neugestaltung des innerstädtischen Hauptverkehrssystems und zum Programm der weiteren komplexen städtebaulichen und architektonischen Gestaltung des Weimarer Stadtzentrums gefaßt.

Ausgehend vom Ideengehalt unserer Epoche, der im Generalbebauungsplan ausgewiesenen Prognose im Gebiet, den künftigen Arbeits- und Lebensbedingungen, der Wohnsphäre, der kulturellen Entwicklung und den Traditionen der Stadt Weimar, wurden folgende Führungsgrundsätze herausgearbeitet:

■ Die Stadt Weimar erhält ihre besondere Bedeutung durch die historisch entstandene und sich weiterentwickelnde Konzentration kultureller Einrichtungen. Sie wird sich mehr und mehr zu einem sozialistischen Kulturzentrum unserer Republik entwickeln. Ihre kulturellen Traditionen sind aus der Zeit der klassischen deutschen Literatur mit ihren hervorragenden Vertretern Goethe, Schiller, Wieland, Herder und weiteren Zeitgenossen hervorgegangen. Daraus ergibt sich für die Arbeiterklasse als Wahrer der progressiven humanistischen Traditionen die Aufgabe, alle mit dem Wirken der Klassiker verbundenen städtebaulichen und architektonischen Denkmale zu erhalten, zu pflegen und sie für die kulturelle Weiterbildung aller Werktätigen zu nutzen. Weimar ist aus diesem Grunde Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr aus dem In- und Ausland.

■ Das Profil der Stadt wird geprägt durch:

die Industriebetriebe des Landmaschinenbaus, der Feinmechanik, Elektrotechnik und Datenverarbeitung;

die Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur und die Nationale Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald;

die Hoch- und Fachschulen und überörtlichen Verwaltungseinrichtungen

■ Ausgehend von der Notwendigkeit der Pflege und des Ausbaus des kulturhistorischen Erbes ergibt sich die Forderung, das spezifische Milieu des Weimarer Stadtbildes zu wahren und die historische Atmosphäre des Stadtkerns in ihrer Gesamtheit erlebbar zu machen. Das verlangt insbesondere, den einheitlichen Charakter, den Maßstab und die städtebauliche Struktur des historischen Stadtkerns zu wahren und der künftigen Planung zugrunde zu legen. Bei der Rekonstruktion der Innenstadt ist von den Grundsätzen des sozialistischen Städtebaues auszugehen. Neben der Wahrung des kulturhistorisch Wertvollen sind neue Elemente in harmonischer Beziehung zur Altstadt zu setzen, die zur Entwicklung eines neuen Stadtbildes beitragen.

Bildkünstlerische Konzeption

Einen wesentlichen Bestandteil der politisch-ideologischen Führungskonzeption zur Umgestaltung der Innenstadt bildet die gesamtkünstlerische Zielstellung.

Ihr Schwergewicht liegt in der Bestimmung der inhaltlich-thematischen und gestalterischen Prinzipien. Diese thematische Leitlinie der bildkünstlerischen Konzeption wird in Weimar maßgeblich durch die charakteristischen Komponenten Literatur, Musik und Wissenschaft bestimmt. Es gilt, für die bildkünstlerische Konzeption entsprechend der thematischen Leitlinie eine Ordnung und Rangfolge aufzubauen, die mit der städtebaulich-kompositionellen Ordnung in Einklang steht.

So sind zum Beispiel entlang der Fußgängermagistrale für die Bereiche

- Bahnhofsvorplatz,
- Verwaltungszentrum (Karl-Marx-Platz),
- Stadtzentrum (östlich der Karl-Liebknecht-Straße),
- Kulturzentrum (Theaterplatz) und
- Jugend- und Sportzentrum (Jakobsviertel)

thematische Konzeptionen als Grundlage für bildkünstlerische Aussagen zu entwikkeln.

Um hier aussagekräftige Planungsunterlagen zu erhalten, wird eine qualifizierte Gemeinschaftsarbeit erforderlich. In Weimar ist gegenwärtig eine Arbeitsgruppe tätig, die alle gesellschaftlichen Kräfte und Fachexperten in die Ausarbeitung einer thema-

tischen Aufgabenstellung zur bildkünstlerischen Konzeption einbezogen hat.

Generalbebauungsplanung

Mit dem Beschluß des Ministerrates über die Weiterführung der prognostischen Arbeit wurden die Generalbebauungsplanung und die Generalverkehrsplanung grundlegende Bestandteile der prognostischen Entwicklung der Bezirke und Städte. Als Dokument der prognostischen Planung sind sie entscheidend für die Ausarbeitung der Grundzüge der zukünftigen städtebaulichen Gestaltung, Gliederung und Organisation für die im Perspektivplan vorgesehenen Realisierungsabschnitte.

Sie sind Leitungs- und Führungsinstrumente der örtlichen Räte und sollen eine hohe wissenschaftliche Aussagekraft besitzen. Sie sind Grundlage für die weitere städtebauliche Planung und Projektierung.

Zur weiteren Klärung und Präzisierung der im Generalbebauungsplan getroffenen Aussagen über den Teil Innenstadtrekonstruktion wurde vom Rat der Stadt 1967 ein städtebaulicher Ideenwettbewerb zur Gestaltung der Innenstadt von Weimar ausgeschrieben.

scher und ökonomischer Fragen im Prognosezeitraum vor.

In stadtplanerischer Hinsicht wurde eine grundsätzliche Klärung der Möglichkeiten zur Umgestaltung der Innenstadt in denkmalpflegerischer, städtebaulich-struktureller und funktionell-gestalterischer Hinsicht erwartet.

Grundlagen des Wettbewerbes

Bei der Erarbeitung der Grundlagen des Wettbewerbes konnte auf ein umfangreiches Analysenmaterial zurückgegriffen werden. Außerdem lagen gute methodische und praktische Erfahrungen aus dem Städtebau- und Architekturwettbewerb zur Marktplatzbebauung vor.

Das städtebauliche Raumprogramm wurde in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen des Rates erarbeitet. Die Grundlage bildeten die Volkswirtschaftspläne, Perspektivpläne der Fachbereiche und anderer örtlicher und zentraler Plan- und Investträger.

Es wurde ein Programm ausgearbeitet und mehrfach mit Abgeordneten sowie Vertretern des öffentlichen Lebens beraten, das die sozialistische Entwicklung Weimars zu-

- Karte des Wohnungsbestandes
- Karte der gesellschaftlichen Einrichtungen
- Karte der Denkmalpflege
- Karte der zu erhaltenden Gebäude
- Karte der Hauptanlagen der stadttechnischen Versorgung
- Plan des Hauptstraßennetzes (mit Varianten)
- Auszug aus dem Generalverkehrsplan
- Tabellen über die Wohnungs- und Flächenbilanz.

Zu diesem Plan- und Kartenmaterial wurden die Ausschreibung, die Zielstellung, das städtebauliche Programm sowie Reliefgrundplatten mit Baubestand an die Wettbewerbsteilnehmer übergeben.

Vorbereitung des Wettbewerbes

Die Vorbereitung erfolgte in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit den Fachabteilungen des Rates, den Aktivs der Ständigen Kommission Bauwesen der Stadtverordnetenversammlung Weimar, den Parteien und Massenorganisationen, den bezirklichen Organen des Städtebaus und anderen Fachabteilungen sowie mit einigen wirtschaftsleitenden Organen und der Bezirks-



Blick auf die Innenstadt von Osten

Warum wurde der Wettbewerb ausgeschrieben?

Der Wettbewerb stellt eine kontinuierliche Fortsetzung der stadtplanerischen Tätigkeit dar. Von 1960 bis 1966 wurde im Rahmen der generellen Stadtplanung die Stadtanalyse zur Gesamtheit erarbeitet.

Seit 1966 wird die Generalbebauungs- und Generalverkehrsplanung auf der Grundlage der Hauptrichtung der ökonomischen Entwicklung und in Übereinstimmung mit dem Plan zur Entwicklung des Bauwesens bearbeitet.

Auch die sich häufenden Anträge örtlicher und zentraler Planträger über die Einordnung von Investitionen forderten mehr denn je eine grundsätzliche Klärung städtebaulicher Fragen im Innenstadtgebiet.

Auf Grund der Bedeutung Weimars als ein Kulturzentrum der DDR lag ein besonderes gesellschaftliches Interesse zur bestmöglichen Lösung städtebaulicher architektoni-

grunde legt und vor allem die Bedeutung des zentralen Bereiches unterstrich.

Besondere Schwierigkeiten ergaben sich bei der Ausarbeitung der städtebaulichen Raumprogramme hinsichtlich der Entwicklung im Prognosezeitraum. In den meisten Fällen konnten für die gesellschaftlichen Einrichtungen nur verbindliche Angaben bis 1970 gemacht werden, darüber hinaus lagen keine aussagekräftigen Materialien vor.

So mußte bei der Ausarbeitung des Programms auf Erfahrungswerte und Literatur über gesellschaftliche Einrichtungen in Mittelstädten zurückgegriffen werden.

Als Planungsunterlagen wurden den Wettbewerbsteilnehmern übergeben:

- Flächennutzungsplanskizze Gesamtstadt
- Flächennutzung Innenstadt
- allgemeiner Stadtplan
- Bestandshauptkarte
- Karte des Bauzustandes

gruppe des BDA Erfurt. Dadurch gelang es, die Wettbewerbsunterlagen aussagekräftig und in einer hohen Qualität auszuarbeiten.

Besondere Höhepunkte dieser Arbeit stellten die Aussprache mit den Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, dem Sekretär des ZK der SED, Dr. Mittag, und dem Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, anläßlich ihrer Besuche in Weimar dar.

Auf Empfehlung des Ministers für Bauwesen wurde in Vorbereitung des Wettbewerbes eine Expertengruppe berufen, die sich mit Grundsatzfragen der Stadtplanung von Weimar beschäftigte. Dieser Expertengruppe gehörten Mitglieder der Sektion Städtebau der Deutschen Bauakademie, Vertreter des Ministeriums für Bauwesen, der Staatlichen Plankommission, der Bezirksleitung Erfurt und Kreisleitung Weimar der SED, des Rates des Bezirkes sowie Mitarbeiter der Fachabteilungen des Rates der

Stadt und Persönlichkeiten aus den einzelnen Fachbereichen und dem öffentlichen Leben an. Darüber hinaus wurden breite Kreise der Bevölkerung und ihre Volksvertreter sowie fachliche und gesellschaftliche Institutionen schon in die Vorbereitungsphase zum Wettbewerb einbezogen. Auch die Mitglieder der Jury hatten vor Anlauf des Wettbewerbes die Möglichkeit, Einsicht in die Wettbewerbsunterlagen zu nehmen und Hinweise zur weiteren Präzisierung der Materialien zu geben.

Die Hinweise und Empfehlungen aus den Beratungen können etwa auf folgende Problemkreise reduziert werden:

- Begrenzung des Wettbewerbsgebietes
- räumliche Abgrenzung des denkmalgeschützten Bereichs auf den Altstadtkern
- Gliederung des Innenstadtgebietes in Umgestaltungsgebiete verschiedener Struktur und Wertigkeit hinsichtlich ihres städtebaulichen Inhalts und historischen Wertes,

Zu den einzelnen Bereichen gab es folgende Empfehlungen:

Stadtkern:

In diesem Gebiet sind größere strukturverändernde Eingriffe zu vermeiden, um den Maßstab und das charakteristische Milieu der Weimarer Altstadt zu wahren.

Jakobsviertel:

Hinsichtlich des Bauzustandes für eine Neubebauung durch Flächenabriß geeignet. Die Jakobskirche und der Jakobskirchhof sind zu erhalten.

Zentraler Bereich:

Die vorhandene Bebauung der Karl-Liebknecht-Straße und des Goetheplatzes entspricht dem Maßstab der Weimarer Innenstadt, im Falle einer Neubebauung ist das zu beachten.

Rekonstruktionsbereiche
Nord, West und Süd:

Diese Gebiete gestatten hinsichtlich ihrer Lage und Struktur eine grundsätzliche städtebauliche Umgestaltung. Bei der Gestaltung dieser Bereiche sind der Bahnhofsvorplatz, die Ausfallstraße nach Buchenwald, die Führung des Hauptverkehrssystems und der Hochschulkomplex zu berücksichtigen.

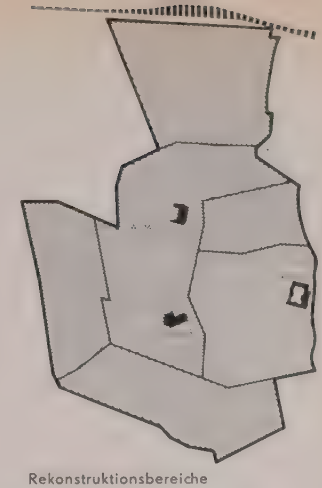
Zielstellung

Das Kernstück der Wettbewerbsausschreibung bildete die Zielstellung, in der die Entwicklungsgrundsätze zur Innenstadtgestaltung formuliert sind.

Das Ziel des Wettbewerbes bestand darin, sowohl Vorschläge und Ideenentwürfe zur städtebaulichen Gestaltung sowie zur funktionellen und strukturellen Ordnung für die gesamte Innenstadt zu erhalten, die den Bedürfnissen künftiger Generationen gerecht werden sollte, und darüber hinaus Vorschläge für die Einordnung von Baumaßnahmen im Innenstadtbereich zu erlangen.

Dabei waren die ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen und die besonderen kulturpolitischen Verpflichtungen der Stadt Weimar vorausschauend zu betrachten. Es galt, unter Berücksichtigung der charakteristischen Besonderheiten der Stadt, ihrer Größe, des wirtschaftlichen und kulturellen Profils Verbesserungen in der städtebaulichen Struktur und ihrer äußeren Erscheinungsform zu erzielen.

Aus der strukturellen und charakteristischen Eigenart der Innenstadt ergaben sich verschiedene Umgestaltungsgebiete (siehe Abb. 2) mit unterschiedlicher Wertung und Zielstellung.





Der zentrale Bereich

Dieser Bereich spannt sich bogenförmig um die Altstadt und reicht etwa vom Karl-Marx-Platz bis zur Steubenstraße. Er enthält alle bedeutenden zentralen gesellschaftlichen Einrichtungen und wird von Norden nach Süden von einer innerstädtischen Hauptverkehrsstraße durchzogen. Die Bebauungsstruktur ist unterschiedlich. Bei der Einordnung neuer städtebaulicher Elemente und Ensembles galt es, den Maßstab der Ostseite der Karl-Liebknecht-Straße und der Westseite des Goetheplatzes zu beachten. In dieser Zone waren neue zentrumsbildende Funktionsbereiche einzuordnen (Einkaufszentrum, Kulturzentrum, Hochschulkomplex) und die Herausbildung einer Fußgängermagistrale sowie die zukünftige Führung des innerstädtischen Hauptverkehrssystems zu berücksichtigen.

Der Stadtkern

Der Stadtkern stellt den kulturhistorisch wertvollsten Teil innerhalb der ehemaligen Stadtumwallung dar. Die Maßnahmen der städtebaulichen Umgestaltung in diesem Gebiet erfordern einen hohen Grad der städtebaulichen und architektonischen Anpassung. Es galt, die überalterte Bausubstanz im Altstadtkern durch Maßnahmen des Um- und Ausbaues, der Werterhaltung, Sanierung, Entkernung aufzuwerten.

Das Jakobsviertel

Das ist der nördlich der ehemaligen Stadtbefestigung gelegene Altstadtteil mit der ältesten, schlechtesten und auch baukünstlerisch unbedeutenden Bausubstanz mit

Strukturschemata von Wettbewerbsentwürfen

- Hauptverkehrsstraßen
- Erschließungsstraßen
- Zentraler Bereich
- Hochschulbereich
- Neue Wohngebiete
- Hauptgrünzüge

Ausnahme der Jakobskirche und des Jakobsfriedhofes. Die Zielstellung lautete hier, durch Flächenabbruch Vorschläge für neue Bebauungskonzeptionen zu erarbeiten.

Die innerstädtischen Wohngebiete Nord, West und Süd

Für diese Gebiete waren Vorschläge für eine Rekonstruktion zu machen, wobei grundsätzlich eine höhere Qualität und Wohnkapazität angestrebt werden sollte.

Verkehr

Infolge der topographischen Gegebenheiten und der historischen Entwicklung verläuft der Hauptstrom des Binnenverkehrs in Nord-Süd-Richtung durch die Stadt und bildet im Straßenzug Karl-Liebknecht-Straße – Goetheplatz – Heinrich-Heine-Straße einen absoluten Schwerpunkt. Hier überlagern sich alle Verkehrsarten einschließlich des Fußgängerverkehrs. Für den Verkehr waren Vorschläge für die Gestaltung des künftigen Hauptstraßensystems und die Entwicklung von Fußgängerbereichen zu machen sowie die erforderlichen Anlagen, für den ruhenden Verkehr auszuweisen. Es galt, ein kernstadtnahes Tangentensystem unter Berücksichtigung der Nord-Süd-Beziehung zu entwickeln.

Wettbewerbslösungen

Der städtebaulische Ideenwettbewerb lief in der Zeit vom 1. 11. 1967 bis zum 16. 4. 1968.

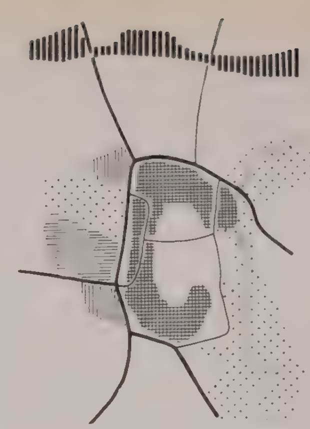
Insgesamt nahmen 22 Kollektive, darunter auch Kollektive aus der UdSSR, aus Polen, Ungarn und der ČSSR, teil. Alle Teilnehmer haben ausnahmslos eine große und anzuerkennende Arbeit geleistet. Insgesamt gingen viele wertvolle Ideen und Anregungen zur weiteren städtebaulichen Planung ein.

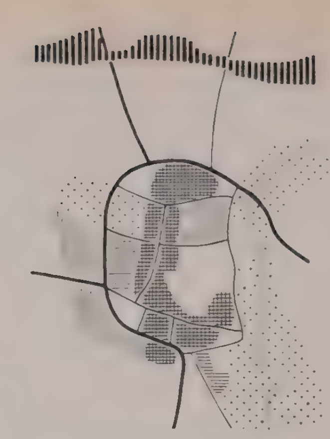
Namens der Stadtverordnetenversammlung möchte in an dieser Stelle nochmals allen Kollektiven, die mit großem Interesse und beachtenswerten Entwürfen am Wettbewerb teilnahmen, den herzlichsten Dank aussprechen, ebenso den an der Vorbereitung Beteiligten.

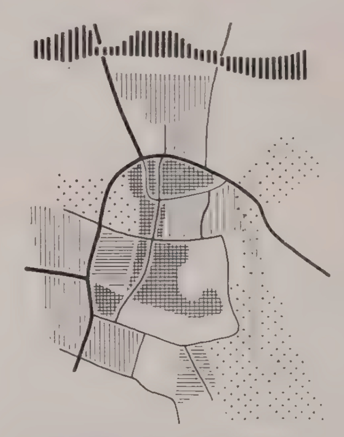
Das Preisgericht hat alle Wettbewerbsarbeiten gewissenhaft und sorgfältig geprüft. Diese Arbeit wurde durch die Tätigkeit der Vorprüfer, die alle Wettbewerbsarbeiten analysierten und Vergleichstabellen aufstellten, wesentlich erleichtert. Damit wurden gute Voraussetzungen für die Beurteilung aller Wettbewerbsarbeiten geschaffen.

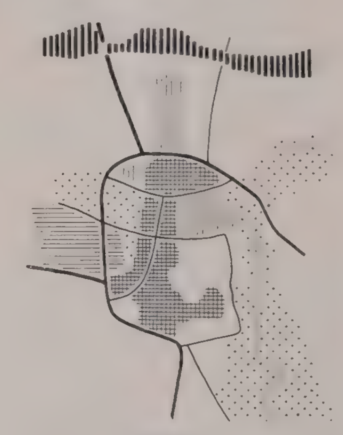
Im Ergebnis der Arbeit der Jury wurden ein erster Preis, zwei dritte Preise, ein Ankauf und vier Anerkennungen verliehen.

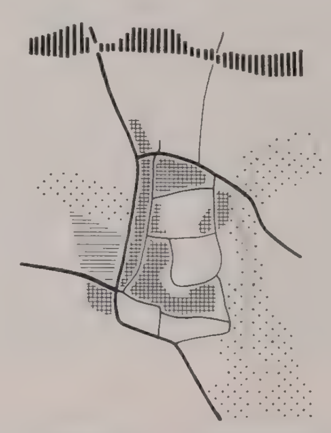
Der Wettbewerb brachte eine grundsätzliche Klärung städtebaulich-architektoni-

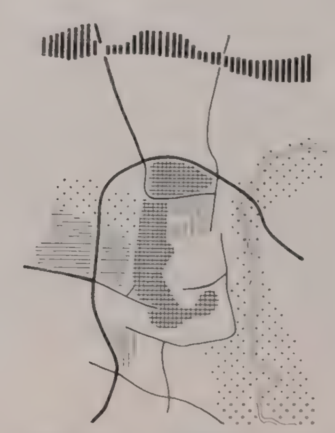

Kollektiv VEB Hochbauprojektierung Erfurt

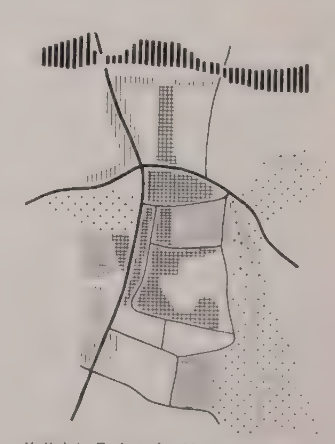

Kollektiv Entwurfsbüro für Städtebau des Rates der Stadt Dresden


Kollektiv Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar


Lehrstuhl für Städtebau CVUT, Prag, ČSSR


Architektenkollektiv Leningrad, UdSSR


Kollektiv Büro für Städtebau Weimar


Kollektiv Technische Universität Dresden, Lehrstuhl für Bauten der Wohngebiete


Kollektiv Technische Universität Dresden, Institut für Städtebau

scher Fragen zur Umgestaltung der Innenstadt von Weimar. Es wurden interessante Lösungen für die städtebauliche Gestaltung der gesellschaftlichen Kontaktzonen und Erlebnisbereiche im zentralen Bereich entwikkelt. Das gilt insbesondere für die Gestaltung des neuen Stadtzentrums östlich der Karl-Liebknecht-Straße und die Bebauung des Jakobsviertels mit gesellschaftlichen Einrichtungen (Jugend- und Sportzentrum mit speziellen Wohnformen).

Weitere wichtige Anregungen wurden durch die Herausarbeitung klarer zentrumsbildender Funktionsbereiche (Verwaltung, Einkaufen, Kultur und Bildung), durch die gute Koordinierung zwischen Fußgänger- und Fahrverkehr im Bereich des Straßenzuges Karl-Liebknecht-Straße – Goetheplatz – Heinrich-Heine-Straße in Übereinstimmung mit der künftigen Fußgänger- und Erlebniszone gegeben.

Der im ersten Preis vorgeschlagene Lösungsvorschlag, die innerstädtischen Wohngebiete mit Großwohneinheiten hochkonzentriert zu bebauen, ist in vieler Hinsicht richtungweisend für die Rekonstruktion innerstädtischer Wohngebiete. Dieses richtungweisende Prinzip der städtebaulichen Rekonstruktion innerstädtischer Wohngebiete mit Großwohneinheiten an der Peripherie der Altstadt läßt sich auch mit respektablem Abstand in einer dahinter liegehenden zweiten Zone durchführen. Die dazwischen liegenden Wohngebiete der Gründerzeit könnten bis zum völligen physischen und moralischen Verschleiß der Bausubstanz bestehen bleiben und würden Reserveflächen für gesellschaftliche Einrichtungen, den ruhenden Verkehr, Grün- und Parkanlagen im Prognosezeitraum darstellen. Dieses Prinzip scheint typisch zu sein für die Rekonstruktion innerstädtischer Wohngebiete in Mittelstädten.

Bei geringem Abbruch werden an wenigen Standorten ökonomische Lösungen angeboten, die in der Kontrastwirkung zur Altstadt wesentlich zur Entwicklung eines neuen Stadtbildes beitragen.

Die Anordnung der Großwohneinheiten des 1. Preisträgers baut auf den historisch gewachsenen Stadtgrundriß auf und ist strukturbedingt. Im Zusammenhang mit den vorgeschlagenen neuen Dominanten am Wielandplatz und auf dem Kirschberg wird der zentrale Bereich abgesteckt und die Bedeutung des gesellschaftlichen Zentrums unterstrichen. Die neuen Dominanten stehen außerdem in guter Beziehung zu den historischen Dominanten und folgen dem Verlauf des Hauptverkehrssystems.

Ideenentwürfe wurden erarbeitet, die von einer starken Anlehnung an die alte Substanz des Altstadtkernes in Maßstab und Struktur ausgingen und das auf den gesamten Innenstadtbereich übertragen hatten. Andere Verfasser gingen weniger von den Realitäten aus und hatten offensichtlich der Bedeutung der Stadt Weimar wenig Beachtung geschenkt. Die bauliche Substanz wurde ungenügend berücksichtigt. Auch zeigten einige Entwürfe ausgesprochene formalistische Auffassungen. Bei den erreichten Kennziffern über Flächen- und Dichtewerte bestanden ebenfalls erhebliche Unterschiede. So lagen beispielsweise die Werte für die Einwohnerdichten zwischen 210 und 710 EW ha.

Trotz der hohen Anforderungen aus der Aufgabenstellung und dem städtebaulichen Programm an die Wettbewerbsteilnehmer zeichneten sich jedoch übereinstimmende Grundtendenzen in den meisten Wettbewerbsarbeiten ab.

Sie können in folgenden Schwerpunkten zusammengefaßt werden:

- Wahrung der Bebauungsstruktur und des historischen Maßstabes der Altstadt
- Einführung neuer städtebaulicher Elemente in harmonischer Beziehung zur Altstadt
- Herausbildung eines neuen Hauptverkehrssystems,
  Trennung zwischen Fahr- und Fußgängerverkehr,
  Konzipierung einer Fußgängermagistrale vom Bahnhof bis zum Marktplatz
- Schaffung eines Systems gesellschaftlicher Funktionsbereiche und städtebaulicher Räume
- Streben nach neuen, differenzierten Wohnformen mit höheren Wohndichten

Der Wettbewerb ergab die prinzipielle Bestätigung, daß die vom Auslober in der Vorbereitungsphase erarbeiteten Grundlagen über die Abgrenzung des denkmalgeschützten Bereiches, die Abgrenzung des Wettbewerbsgebietes und die Verkehrsführung richtig waren.

Durch den Variantenvergleich wurden die vorhandenen Vorstellungen in Grundsatzfragen wesentlich konkretisiert und verbessert. Das trifft besonders auf die Führung des Hauptverkehrssystems vom Knoten Erfurter Straße bis zur Steubenstraße und die funktionelle und strukturelle Gliederung des zentralen Bereichs zu.

Auswertung des Wettbewerbes

Eine wichtige Aufgabe bestand in der Auswertung des städtebaulichen Wettbewerbes. Das bezieht sich sowohl auf stadtbaukünstlerische wie auch auf technische Fragen, wie Verkehr und technische Versorgung.

Alle Entwürfe wurden ohne Ausnahme in einer öffentlichen Ausstellung gezeigt. Sie wurden mit großem Interesse von den Weimarer Bürgern und Gästen aufgenommen. Unter den Besuchern befanden sich auch Kollektive aus Weimarer Betrieben, der Bezirksgruppe des BDA Erfurt und anderen Institutionen.

Anläßlich des 20. Jahrestages der Wiedereröffnung des Deutschen Nationaltheaters nahm auch der Minister für Kultur, Klaus Gysi, Gelegenheit, sich über die Wettbewerbsergebnisse zu informieren.

Auf Grund der Empfehlungen des Preisgerichtes wurden vom Rat der Stadt drei Arbeitsgruppen zur Auswertung des Wettbewerbes gebildet. Es wurde ein neuer Stadtratsbereich geschaffen, dem die Stadtplanung, die Stadtbauleitung, der HPT Werterhaltung und der neuzubildende HPT Stadtzentrum unterstellt sind.

Die Arbeitsgruppen hatten die Aufgabe, in Auswertung des Wettbewerbes die positiven Gedanken zur Umgestaltung der Innenstadt zusammenzufassen und in Form einer gutachtlichen Stellungnahme die Entscheidung des Rates und der Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten.

Folgende Probleme waren in den Arbeitsgruppen zu klären:

Sozialistische Arbeitsgemeinschaft Verkehr

- Grundsätze zur Gestaltung des innerstädtischen Hauptverkehrssystems
- Gestaltung eines leistungsfähigen Hauptstraßennetzes durch den Bau eines Tangentensystems
- Stellungnahme zum innerstädtischen Verkehrsnetz und bestimmten Detailfragen (Busbahnhof, Knotenpunktgestaltung, Anbindung des Hauptstraßennetzes an die Autobahn)
- Personenverkehr
- Stellplatzbedarf in der Innenstadt
- Programmgestaltung

Sozialistische Arbeitsgemeinschaft Innenstadtgestaltung

- Stellungnahme zu den Grundfragen der gegenwärtigen und künftigen Stadtstruktur und der räumlichen Ordnung
- Flächennutzung der Innenstadt
- Abgrenzung des historischen Bereichs der Innenstadt
- die charakteristischen Elemente des Stadtbildes
- Dominantenanordnung
- städtebauliches Grün und bildkünstlerische Gestaltung
- stufenweise Rekonstruktion der Innenstadt

Sozialistische Arbeitsgemeinschaft bildkünstlerische Konzeption

- politisch-ideologische Zielstellung und thematisches Leitbild zur bildkünstlerischen Konzeption des Innenstadtbereiches und darüber hinaus der gesamten Stadt auf der Grundlage der städtebaulichen Entwicklung

Staatliche Zielstellung und Realisierung

Auf der Grundlage der Wettbewerbsarbeit des ersten Preisträgers, der tragenden Ideen weiterer preisgekrönter Arbeiten, der gutachtlichen Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaften in Auswertung des Wettbewerbes sowie der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Rates wird die Generalbebauungsplanung – Teil Innenstadtrekonstruktion – bis Mitte 1969 überarbeitet. Für die ersten Teilabschnitte, wie Jakobsviertel, Großwohneinheiten westlich des Karl-Marx-Platzes und westlich des Deutschen Nationaltheaters werden unter Mitwirkung des Autorenkollektivs des 1. Preisträgers Bebauungsleitpläne, Studien und die Vorbereitungsdokumentationen für Projektierung erarbeitet.

Diese Materialien werden nach eingehender Diskussion als wichtiger Bestandteil der Generalbebauungsplanung der Stadt Weimar 1969 bestätigungsreif den zuständigen örtlichen Organen der Volksvertretung vorgelegt werden.

Die Gestaltung der Innenstadt von Weimar wird in drei wichtigen Etappen, zum 20. Jahrestag der DDR, bis 1975 und bis 1980 vorbereitet.

Die baulichen Schwerpunkte in den nächsten Jahren sind:

die Rekonstruktion des Stadtkerns,

die Umgestaltung des Jakobsviertels,

der Bau der Großwohneinheiten nach dem Vorschlag
des 1. Preisträgers,

die Einordnung von strukturbestimmenden Bauvorhaben im Innenstadtgebiet,

die Errichtung des Hauptverkehrssystems und damit Entlastung der westlichen Innenstadtdurchfahrt,

die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Innenstadt durch den Ausbau des innerstädtischen Verkehrsnetzes und Kernerschließungssystems und der Bau von Großparkplätzen in Zusammenhang mit der Lösung des Hauptverkehrssystems;

die Weiterführung des Wohnungsbauprogrammes am Standort Weimar-Nord als Voraussetzung für die Innenstadtrekonstruktion.

1. Preis

Kollektiv VEB Hochbauprojektierung Erfurt

Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr
Dipl.-Ing. Günther Andres
Dipl.-Ing. Borkhart Ihlenfeldt
Architekt BDA Gerhard Widder
Dr.-Ing. Forberg





Aus der Begründung des Preisgerichtes

In der Gesamtkonzeption ist der historische Maßstab der Altstadt gewahrt. Das Neue wird harmonisch zur Altstadt in Beziehung gesetzt und trägt wesentlich zur Entwicklung eines neuen Stadtbildes bei. Es werden klare zentrumsbildende Funktionsbereiche herausgearbeitet, die auch städtebaulich gut gestaltet sind. Dabei ist besonders der Vorschlag für die Bebauung des Jakobsviertels hervorzuheben, der in Erweiterung des Zentrums die Herausbildung eines neuen Einkaufsbereiches und eines Jugend- und Sportbereiches in guter Beziehung zur Ilm neben speziellen Wohnfunktionen vorsieht ... Bei geringem Abriß wird eine begrüßenswerte Konzentration von Großwohneinheiten an wenigen Schwerpunkten erreicht, die zugleich gestalterische Höhepunkte bei effektiver Bodennutzung darstellen ... Die Herausbildung der Fußgängerachse wird vom Bahnhof bis zum historischen Zentrum hervorragend gelöst. Hervorzuheben ist die gute Koordinierung des Fußgängerbereiches mit dem Fahrverkehr und die Begründung entlang des Hauptverkehrsnetzes. Die Weiterführung der Westtangente nach Süden wird begrüßt. Jedoch ist ihre Fortsetzung in die Humboldtstraße unbegründet. Im ganzen ist der Entwurf dadurch gekennzeichnet, daß nicht versucht wurde, den Maßstab des Altstadtkerns auf die übrigen Rekonstruktionsbereiche zu übertragen, sondern der Gesamterscheinung der Stadt neben der Wahrung des bedeutsamen Alten neue Elemente hinzuzufügen.

Die Mitglieder des Preisgerichtes:

Herr Prof. Dipl.-Arch. Edmund Collein (Vorsitzender)
Frau Margot Göthling
Herr Herbert Fischer
Herr Gerhard Gramm
Herr Werner Klinge
Herr Dr. Willi Ehrlich
Herr Dr. Beinemann
Herr Dipl.-Ing. Heinz Albrecht
Herr Gerhard Hendel
Herr Bauing. Karl Worf
Herr Prof. Dipl.-Ing. Werner Schneidratus
Herr Dipl.-Ing. Hans Gericke
Herr Dipl.-Ing. H. Grenzer
Herr Dr.-Ing. H. Nadler
Herr Prof. Dr.-Ing. habil. H. Kunath
Herr Dipl.-Ing. Ewald Henn
Herr Dipl.-Ing. Dieter Chlebos
Herr Prof. Helmut Holzhauer
Herr Dr. A. Kopseel



Erster 3. Preis

Kollektiv Entwurfsbüro für Städtebau des Rates der Stadt Dresden

Dr.-Ing. U. Fehrmann
Dipl.-Ing. K. Lässig
Akad. Arch. K. Röthig
Dipl.-Ing. E. Renner
Dipl.-Gärtner W. Henke
Dipl.-Ing. V. Böhm





Aus der Begründung des Preisgerichtes

Ausgehend von der Grundidee einer äußeren Westtangente, die in Ringform den Stadtkern umschließt, wird eine funktionelle und strukturelle Gestaltung gefunden, die den gesamten Innenkern der Stadt zu einem Ganzen zusammenfaßt. Dabei werden neue wichtige gesellschaftliche Gebäude in Verbindung zu der Altstadt gebracht.

Als positiv bewertet wird auch der gesamte Zug vom Hauptbahnhof bis in den Stadtkern, der neben einer fußläufigen Verbindung im mittleren Abschnitt den Massenverkehr parallel führt ...

Insgesamt wird die Ökonomie des vorgeschlagenen Verkehrssystems anerkannt ...

Die vorgeschlagene Bebauung im historischen Stadtkern wahrt den Maßstab und bezieht sich im wesentlichen auf solche Gebiete, in denen Neubebauung erforderlich wird.
Unter Erhaltung der wertvollen Altbausubstanz wird das Jakobsviertel neu bebaut. An der Karl-Liebknecht-Straße wird ein lebendiger gesellschaftlicher Bereich vornehmlich mit Handelseinrichtungen geschaffen, während der übrige Teil den Wohnfunktionen zugeführt wird.
Der Versuch, den Maßstab der Altstadt mit der Bebauung des Grabens aufzunehmen und im weiteren die Bebauung bis zum Karl-Marx-Platz hin zu steigern, wird als richtig angesehen. Weniger gelungen erscheint die Bebauung im Übergang zur Ilm.
Im Rekonstruktionsgebiet 4 wird die gute Verbindung des Neuen mit der bestehenden Substanz hervorgehoben ...

Zweiter 3. Preis

Kollektiv Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Prof. Dipl.-Ing. Emil Schmidt
Dr.-Ing. Dieter Salzmann
Dr.-Ing. Wolfgang Günther
Dipl.-Ing Erhard Schmidt
Dipl.-Ing Klaus Thamm
Dipl.-Ing. Ulrich Hugk
Dipl.-Ing. Friedrich Rogge
Dipl.-Ing Rainer Ilg
Dipl.-Ing. Ulrich Kraft
Dipl.-Ing. Arno Gebauer





Aus der Begründung des Preisgerichtes

Die städtebauliche Zielstellung wurde in diesem Entwurf eingehalten. Maßstab, Struktur und Atmosphäre der Altstadt sind gewahrt. Durch weitgehende Berücksichtigung der bestehenden Straßen und des Versorgungsnetzes in den Rekonstruktionsbereichen 4, 5 und 6 ist eine Realisierung in räumlich abgrenzbaren, kleineren Baukomplexen denkbar
Obwohl der Maßstab des Altstadtkerns gewahrt wird, zeigt die Arbeit eine Reihe struktureller und damit verbundener gestalterischer Mängel
Mehrere gesellschaftliche Einrichtungen werden in den Altstadtkern verlegt, zum Teil in eine Art Hinterhofbebauung, wo sie der gesellschaftlichen Funktion nicht gerecht werden und Verkehrsballungen in diesem Raum hervorrufen.
Die Rekonstruktion des Jakobsviertels ersetzt im wesentlichen das Alte durch Neubebauung, läßt jedoch neue Gedanken vermissen
Mit der niedrigen Hangbebauung an der Ilm wird ein Gebiet mit individuellen Wohnungen bebaut, das eigentlich einer öffentlichen Nutzung zugeführt werden sollte ...
Anerkannt wird die Konzeption für die Gestaltung des Hochschulkomplexes einschließlich des südlich angrenzenden Gebietes, wo die Verbindung wertvoller Altbausubstanz und Neubau gesucht wird
Die Einordnung einer Sport- und Schwimmhalle in die Parkerweiterung des Weimarhallenparks wird positiv bewertet
Das innerstädtische Verkehrsnetz ist ungünstig gegliedert und gewährleistet keinerlei Entlastung der Innenstadtdurchfahrt. Die Vorteile der Westtangente werden nicht genutzt



Ankauf

Lehrstuhl für Städtebau
der Baufakultät CVUT Prag, ČSSR

Prof. Dr.-Ing. Arch. I. Krise
Doc. Ing. Arch. I. Krasny
Ing. Arch. L. Doutlik
Ing. Arch. K. Marhold
Ing. Arch. I. Nemec
Ing. Arch. V. Sliva



Aus der Begründung des Preisgerichtes

Die Arbeit zeichnet sich dadurch aus, daß der Versuch gemacht wird, eine Einheit der neuen Verkehrsführung und der Stadtgestalt des angeschlossenen Stadtgebietes herbeizuführen. Im historischen Stadtkern werden teilweise neue Einrichtungen entlang der Hauptfußgängerzonen, teils an neuen Standorten im südlichen Bereich unter guter Anbindung an den Altstadtkern angeordnet.

Hervorzuheben ist die wirklich zentrale Lage des Busbahnhofes in Verbindung mit dem zentralen Kaufhaus.

Auch die vorgesehene Gestaltung des Hochschulkomplexes und des Hotel- und Wohnheimkomplexes westlich der Karl-Marx-Platz-Bebauung gibt der Führung der Westtangente bestimmte Höhepunkte.

Die Anbindung und Gestaltung des Baukomplexes südlich der Steubenstraße wird als gelungen bezeichnet, weil hier neue Erlebnisbereiche geschaffen wurden, die eine echte Zentrumserweiterung darstellen. Die Betonung durch gleichförmige Wohngebäude in der Leninstraße ist unbefriedigend.

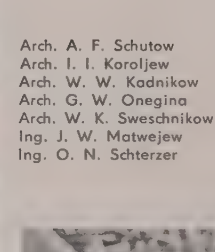
Die Möglichkeiten der Neugestaltung, die sich im Jakobsviertel bieten, sind nicht voll genutzt. Ein ernster Mangel besteht darin, daß die geforderte Anzahl von Wohnungen nicht voll ausgewiesen ist und der Abriß der Wohnungen nicht kompensiert wird. Die Führung des Hauptverkehrsringes wird günstig beurteilt. Das Innenstadtstraßennetz ist genügend an diesen Ring angeschlossen und bietet alle Erschließungsmöglichkeiten. Unverständlich ist die schematische Anwendung nur eines einzigen Knotenpunktsystems. Begrüßenswert erscheint der Vorschlag für die etappenweise Realisierung des Hauptverkehrsstraßennetzes.



Anerkennung

Architektenkollektiv Leningrad, UdSSR

Arch. A. F. Schutow
Arch. I. I. Koroljew
Arch. W. W. Kadnikow
Arch. G. W. Onegina
Arch. W. K. Sweschnikow
Ing. J. W. Matwejew
Ing. O. N. Schterzer





Aus der Begründung des Preisgerichtes

Die Arbeit erfüllt die Forderungen der Wettbewerbsausschreibung nur zum Teil. Das Wettbewerbsprogramm ist nur unvollständig berücksichtigt worden. Die Innenstadt wird zwar entkernt und es werden einige gesellschaftliche Einrichtungen eingefügt, ohne jedoch im Stadtkern neue Akzente zu setzen. Durch dieses Herangehen sinkt der Wohnungsbestand gegenüber dem gegenwärtigen Stand wesentlich ab. Selbst im Jakobsviertel wird trotz Abriß und Neubau kein Gewinn erzielt, weder gestalterisch noch in der Anzahl der Wohnungen.

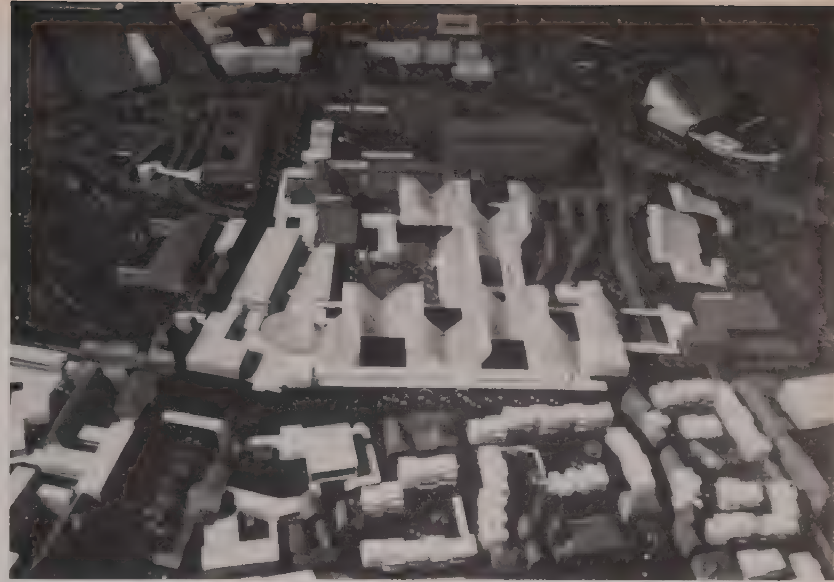
Die Gestaltung der Fußgängerzone vom Bahnhof bis zur Altstadt zeigt keine neue Qualität. Die Neubebauung beschränkt sich auf einzelne Zonen im wesentlichen außerhalb des Tangentensystems. Das betrifft die Hochschulkomplexe und das Interhotel sowie den Bahnhofsvorplatz. Diese Neubaukomplexe sind in sich großzügig konzipiert. Hervorgehoben wird die entsprechende Lösung des Sportkomplexes in Verbindung mit dem Park an der Ilm.

Es wird anerkannt, daß der Verfasser versucht, die Ausfallstraße nach Buchenwald baulich neu zu fassen und ihr bestimmte Höhepunkte zu geben. Damit wird gleichzeitig versucht, zur Bebauung am Karl-Marx-Platz ein Gegengewicht zu setzen. Hinsichtlich der Rekonstruktionsgebiete sind nur einzelne Ansätze zur Neugestaltung unternommen. Insgesamt wird jedoch keine Auskunft über die perspektivische Entwicklung der stadtnahen Wohngebiete gegeben, die zum Wettbewerbsgebiet gehören. Das Hauptstraßennetz ist im wesentlichen zügig trassiert. Der Anschluß nach Süden erscheint ungünstig, vor allem im Bereich des Wielandplatzes.

Anerkennung

Kollektiv Büro für Städtebau Weimar

Städtebau-Ing. Eberhard Meyer
Dipl.-Ing. Jürgen Konow
Dipl.-Ing. Erhard Kunze
Dipl.-Ing. Heinz Schwarzbach





Aus der Begründung des Preisgerichtes

Bei der Arbeit wird anerkannt, daß die Rekonstruktion des Stadtkerns nicht nur maßstabgerecht ist, sondern vor allem darauf gerichtet ist, entlang der Fußgängerachse interessante und vielfältige gesellschaftliche Bereiche zu schaffen. Dabei werden bestimmte Funktionsbereiche vorteilhaft konzentriert und entsprechend gestaltet. Als nachteilig wird die Beibehaltung der Straßenbreite der Karl-Liebknecht-Straße und die dort vorgeschlagene Bebauung für Handelseinrichtungen angesehen. Hervorzuheben ist auch die Gestaltung des Hochschulkomplexes.

Die Anwendung neuer Wohnformen wird begrüßt (Terrassenhäuser). Ihre dogmatische Anordnung speziell im Jakobsviertel, welches als erstes Rekonstruktionsgebiet anzusehen ist, kann nicht gutgeheißen werden. Auch die Anbindung dieses modernen Wohnviertels an den angrenzenden Park wird vermißt ... Die Anordnung der Schwimmhalle am Rande des Parkes in Beziehung zur Ilmlandschaft wird anerkannt ...

Dem Vorschlag, im Rekonstruktionsgebiet 4 den Platz der 56 000 als gesellschaftliches Zentrum zu komplettieren, wird zugestimmt.

Zu bemängeln ist, daß für das gesamte Gebiet kein kompletter Vorschlag unterbreitet wurde und dadurch der Bedeutung des Bahnhofsvorplatzes und der Zuführung zur Innenstadt nicht entsprochen wurde.

Die Führung des Hauptstraßennetzes verläuft zügig. Die Knotenpunkte sind ohne allzu großen Platzaufwand gestaltet und werden als funktionstüchtig angesehen. Der Anschluß an das innerstädtische Straßennetz ist gewährleistet ...

Anerkennung

Kollektiv Technische Universität Dresden
Lehrstuhl für Bauten der Wohngebiete

Prof. Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel
Dipl.-Ing. Friedrich Richter
Dipl.-Ing. Klaus-Jürgen Schöler
Dr.-Ing. Wagner
Prof. Dr.-Ing. habil. Christfreund
Dipl.-Ing. Förschner
(Institut für Stadtbauwesen und Straßenbau)





Aus der Begründung des Preisgerichtes

Die Verfasser dieser Arbeit haben nur Teile der grundsätzlichen Zielstellung befriedigend erfüllt. Das eine ist die Verkehrsführung, die klar und überzeugend gelöst wird, das andere die Herausbildung des Fußgängerbereichs zwischen Bahnhof und Schillerstraße im Zusammenhang mit den bestimmenden gesellschaftlichen Einrichtungen.

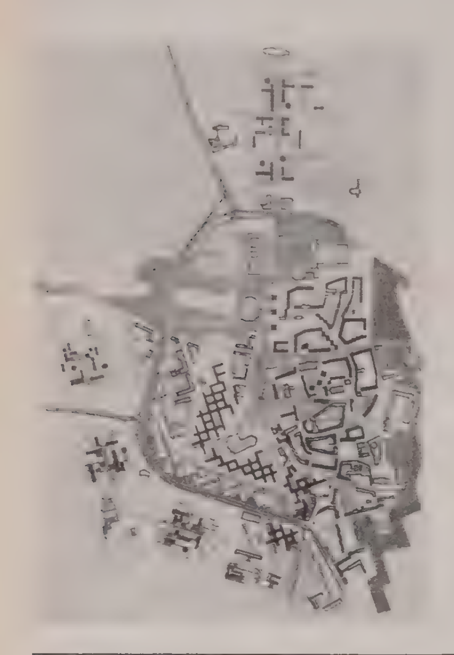
Als nicht akzeptabel wird vom Preisgericht die Rekonstruktion der Bereiche außerhalb des Stadtkerns bezeichnet, da hier die alte Struktur konserviert wird und keine neuen Ideen aufgezeigt werden. Bei der Bebauung Jakobsviertel, Rekonstruktion Innenstadt, wird der Komplex der gesellschaftlichen Einrichtungen als gut gelöst bezeichnet, ebenso die Anbindung an die Parklandschaft an der Ilm. Als ein entscheidender Mangel wird die Zurückhaltung empfunden, die die Verfasser dieser Arbeit in der Bildung neuer städtebaulicher Räume und Akzente zeigen. Dies führt zu einer Verflachung des gesamten Innenstadtgebietes und läßt die Bauten zum Beispiel am Karl-Marx-Platz nach wie vor in ihrer Baumasse dominierend erscheinen.

Das innerstädtische Versorgungsnetz ist genügend angeschlossen an das Hauptverkehrssystem. Die Knoten sind befriedigend gelöst. Das gleiche trifft zu für die Vorschläge des ruhenden Verkehrs. Diesen vornehmlich in Parkgaragen zu verweisen, ist aufwendig

Anerkennung

Kollektiv des Instituts T.T.I., Budapest, Ungarn

Dipl.-Ing. Ferenc Collmayer
Dipl.-Ing. Arpad Mester
Dipl.-Ing. Tibor Tenke
Dipl.-Ing Tibor Zsitva





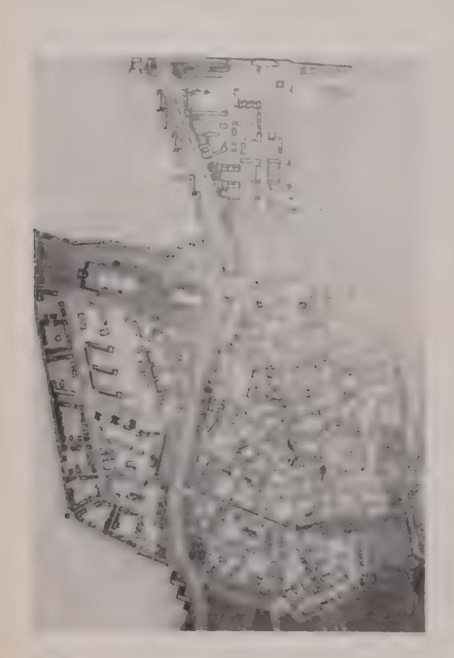
Aus der Begründung des Preisgerichtes

Der Verfasser ist mit den örtlichen Gegebenheiten offensichtlich nicht ausreichend vertraut. Das wird besonders sichtbar in den umfangreichen und zum Teil unzulässigen Eingriffen in die historische Substanz des Altstadtkerns. Die städtebaulichen Strukturen, die in sich interessante Gruppenbildungen darstellen, sind im Stadtgrundriß Weimar ein völlig fremdes Element ohne Verbindung zu dem vorhandenen Bestand. Die rasterartige Bebauung für die Hoch- und Fachschulen zeigt, daß der Verfasser der Innenstadt eine gartenstadtähnliche Atmosphäre geben wollte, die für die Stadt Weimar nicht typisch erscheint. Die vorgesehene Abrißroute ist unvertretbar hoch. Sie steht in keinem Verhältnis zum erzielten Effekt. Die zwar richtig geführte Westtangente wird durch die in der Innenstadt geplante Terrasse in ihrer Wirksamkeit in Frage gestellt.

Nicht prämiiert

Kollektiv Technische Universität Dresden
Institut für Städtebau

Prof. Dipl.-Ing. Georg Funk
Prof. Dr.-Ing. Janos Brenner
Dipl.-Ing. Fritz Böhm
Dipl.-Ing. Horst Burggraf
Akad. Arch. Obering. Helmuth Franke
Dr.-Ing. Bernhard Gräfe
Dipl.-Ing. Bernd Heber
Dipl.-Ing. Hans Petzold





Aus der Begründung des Preisgerichtes

Der Maßstab der Altstadt wird gewahrt. Dabei ist hervorzuheben, daß eine Reihe gesellschaftlicher Einrichtungen in der Altstadt in Funktionsbereiche zusammengefaßt wird. Eine flächenmäßig neue Bebauung ist im wesentlichen auf das Jakobsviertel und das nördliche Rekonstruktionsgebiet konzentriert. Die gestalterische Absicht für die Bebauung des Jakobsviertels, insbesondere in der Angleichung an die Altstadt, und die Steigerung im Massenaufbau zur Karl-Marx- Bebauung wird grundsätzlich anerkannt . . .
Als Mangel in der Gesamtkonzeption ist die starke Zäsur durch die Westtangente und ihre gleichförmige Bebauung anzusehen . . . Durch die Überbetonung des Durchgangsverkehrs werden wichtige Probleme des innerstädtischen Verkehrs nicht gelöst. Das betrifft insbesondere die Verkehrsbeziehungen zwischen dem zentralen Bereich und den südlichen Stadtbezirken und die ungenügende Anbindung der Innenstadt sowie die Erschließung wichtiger Schwerpunkte.

1
Vorhandene Bausubstanz eines Industriewerkes in einem Mischgebiet. 110 Einzelgebäude unterschiedlicher Baukörperform aus dem Jahre 1862 bis 1965. Ein erheblicher Teil der Bausubstanz ist abrißreif. Im Jahre 2000 sind alle Gebäude verschlissen. Der Produktionsablauf ist ungünstig und überschneidet sich, Ausschuß durch Hoftransport, hohe Selbstkosten.



Rekonstruktion von Industriewerken

Prof. Dr.-Ing. Lander
Technische Universität Dresden
Sektion Architektur
Gebiet Industriebau und Entwerfen

Für den mit Rekonstruktionsaufgaben Beschäftigten macht sich anfangs eine eindeutige Klärung des Begriffes „Rekonstruktion" notwendig.

Lang definiert diesen Begriff folgendermaßen:

„Die Rekonstruktion ist der Prozeß der Umgestaltung der Zweckbestimmung der bestehenden Grundmittel, bei denen deren Konstruktion, funktionelle Lösung, Umfang, Ausstattung, Funktion und unter Umständen auch Bedienung verändert wird. Die Rekonstruktion wird durch Veränderungen des Produktionsprogrammes, des Umfanges der Produktion und der Produktionstechnologie sowie durch Verbesserung des Arbeitsmilieus, Erhöhung der Arbeitskultur und andere äußere Einflüsse ausgelöst."
(Architektura ČSSR, 10/63)

Mit anderen Worten, Rekonstruktion bedeutet eine radikale Umgestaltung sowohl der baulichen Hüllen als auch der Produktionstechnologie, entsprechend neuer Forderungen aus Funktion und Technologie.

Diese Auslegung läßt erkennen, daß sich die Rekonstruktion nicht nur auf Altbausubstanzen der Jahrhundertwende und der kapitalistischen Zeit, die außer, daß sie nicht den heutigen Produktionsanforderungen entsprechen, erhebliche hygienische, arbeitsschutztechnische und ästhetische Mängel aufweisen, beschränken darf, sondern daß man auch die Rekonstruierbarkeit von Neubauvorhaben in der Zukunft bei der Projektierung beachten muß.

Es macht sich also eine zweiseitige Betrachtung des Problems notwendig.

1. Wie kann man im Hinblick auf die Projektierung von Neubauvorhaben die Rekonstruktionsschwelle zeitlich möglichst weit hinausschieben und

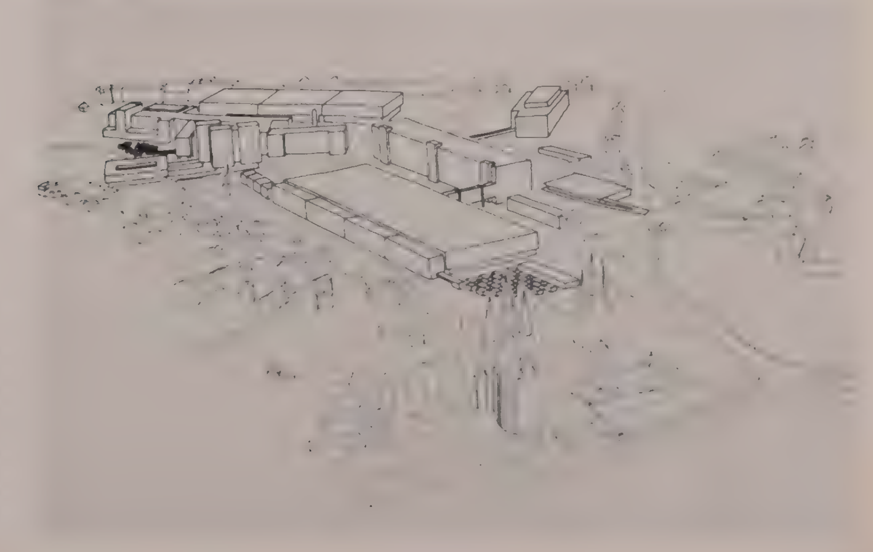
2. Welche Maßnahmen und Methoden sind notwendig, das Erbe der Vergangenheit umzugestalten?

Die Beantwortung der ersten Frage ist in der genauen Fixierung des Planungszieles auf der Basis von Perspektiv- und Prognosevorstellung, der genauen Kenntnis der humanitär-soziologischen und funktionell-technologischer Forderungen in der Fusion mit den bautechnischen Möglichkeiten zu suchen.

Die Beantwortung der zweiten Frage ist in der genauen Kenntnis des Vorhandenen hinsichtlich Wert, Restnutzungsdauer und den äußeren Beziehungen zu suchen.

Diese ermittelten Fakten müssen mit den unter der Frage 1 ermittelten Fakten überlagert werden, damit man der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, die nächste Rekonstruktionsetappe von neuen Vorhaben möglichst weit hinauszuschieben, gerecht wird.

Der wirtschaftlichste Rekonstruktionszeitraum ist wohl ohne Zweifel der, welcher mit dem Verschleiß- und Abschreibungstermin des Bauwerkes zusammenfällt.



2
Rekonstruktionsvorschlag des gleichen Industriewerkes
Eine kompakte, in Etappen zu realisierende mehrgeschossige Bebauung wurde gewählt. 1. Rekonstruktionsetappe in Realisierung, 6 Rekonstruktionsetappen, Abschluß der Rekonstruktion im Jahre 2000
Trotz Reduzierung des Geländes auf Grund von städtebaulichen Bedingungen, konnte die Produktionsfläche im Endausbau gegenüber dem Ist-Zustand durch eine rationellere Bebauung verdreifacht werden.

Dieser Zeitraum sollte den Rekonstruktionsmaßnahmen aus ökonomischen Gründen zugrunde gelegt werden, aber gleichfalls sollten Ausnahmen im Sinne der Planung eines organischen Ganzen gestattet werden.

Aus dem Ausgeführten wird aber eines deutlich, Rekonstruktionen sind nur auf der Basis von verbindlichen, langfristigen Rekonstruktionsplänen möglich.

Alle Teillösungen, die nicht auf der Grundlage der Gesamtlösung aufbauen, können zu Fehlinvestitionen führen.

Die Gesamtlösung kann in ihren Größendimensionen sehr unterschiedlich sein. Für den Architekten gibt es deshalb gewisse maximale und minimale Betrachtungsgrößen, die identisch sind mit dem Rekonstruktionsumfang.

Die Ausarbeitung und Kooperation im Rahmen des RGW mit der Tendenz, die nationalen Volkswirtschaften zu einem integrierenden Teil eines Ganzen, der sozialistischen Weltwirtschaft, zu machen und die Umschichtungen in den Industriezweigen von der ungeordneten Streulage kapitalistischer Kleinbetriebe zu Industriekomplexen mit einer konzentrierten und spezialisierten, rationellen Arbeitsorganisation, dürfen hierbei nicht unerwähnt bleiben.

Die Hauptaufgabe für uns als Industriearchitekten dürfte aber auf dem Gebiet der Industriestandortverteilung in unseren Städten und auf dem Gebiet der Rekonstruktion von Industriewerken oder Produktionskomplexen liegen.

Hier bedarf es der primärordnenden Hand des Architekten in Zusammenarbeit mit den anderen, an einer solchen Planungsaufgabe beteiligten Spezialdisziplinen.

Die Hauptprobleme dürften in der Neuorientierung der Industrie, der sinnvollen Näherung der Wohn-, Arbeits- und Erholungsfunktionen zu suchen sein.

Durch das regellose Wachstum der Industrie wurden ganze Wohngebiete und Städte überschwemmt und sowohl die eine wie die andere Funktion empfindlich gestört. Es bedarf deshalb einer planmäßigen Neuorientierung der Industrie mit dem Ziel, die entstandenen Disproportionen zwischen Wohnen, Arbeiten und Erholen zu beseitigen und sie zu einer engen Wechselbeziehung zu verbinden.

Die minimalste und für uns als Industriearchitekten wohl umfangreichste Betrachtungsgröße ist das Industriewerk, einfach deshalb, weil es die kleinste produktionstechnische, organisatorische, ökonomische, selbständige Wirtschaftseinheit zur Durchführung eines speziellen Produktionsprozesses auf maschineller Grundlage mit dem Ziel der Herstellung eines bestimmten Produktes darstellt.

Wie aus dem Ausgeführten erkennbar wird, kann der Fächer der Rekonstruktion sehr weit gespannt sein, und er stellt sich im Industriebau als eines der gravierendsten und wichtigsten Probleme dar.

Das Ziel der Rekonstruktion eines Industriewerkes muß ein rationeller, übersichtlicher, leicht umzustellender Produktionsablauf sein.

Diese Zielstellung ist der Ausgangspunkt für alle Überlegungen, bei denen die zweckmäßigste Auslegung der Ausrüstung als auch der bautechnischen Umhausung im Mittelpunkt stehen muß, um optimale Arbeitsbedingungen und einen hohen Nutzungsgrad entsprechend der ökonomischen Zielstellung „bei größter Produktivität niedrigste Produktionskosten über lange Zeiträume zu erreichen" zu gewährleisten.

Eine Summation der Probleme tritt auf, wenn man die Lage des Industriewerkes im Industriekomplex oder im Mischgebiet betrachtet.

Voraussetzung für die sinnvolle und wirtschaftliche Einordnung eines Industriewerkes in ein solches Gebiet sind städtebauliche, funktionelle und versorgungstechnische Vorgabekriterien. Die wesentlichsten städtebaulichen Vorgabekriterien können sein:

– denkmalpflegerische Belange,
– Beschränkung der Bebauungshöhe,
– Festlegungen der Bebauungsdichte,
– Lage und Anzahl der Werkzugänge im Hinblick auf den Verkehr,
– gestalterische Forderungen und kompositionelle Vorgaben.

Als wesentlichstes funktionelles Vorgabekriterium ist die Forderung nach einer gemeinsamen Nutzung der Nebenanlagen und Teile der Produktionsanlagen anzusehen, und als versorgungstechnische Vorgabekriterien sind Lage und Kapazität von gemeinsamen Versorgungstrassen und Erschließungstrassen zu beachten. Diese Vorgabekriterien (Flächennutzungs-, Verkehrs- und Ver- und Entsorgungspläne) müssen den mit der Rekonstruktion einer Werkanlage Beschäftigten vorgegeben werden.

Leider liegen in den wenigsten Fällen diese Unterlagen und Vorstellungen vor, was die Effektivität und Qualität von Rekonstruktionsmaßnahmen negativ beeinflußt.

Man kann die aufgeführten Kriterien als städtebauliche Einflußfaktoren bezeichnen, die sich auf eine Rekonstruktionsplanung entscheidend auswirken, sich aber letzthin als äußere Einflüsse darstellen.

Das Zusammentragen dieser äußeren Einflüsse ist als 1. Phase einer Rekonstruktionsplanung anzusehen. Diese 1. Phase hat allein nur eine bedingte Aussagekraft, sie bekommt erst in Relation zu den aus der Bestandsanalyse und aus den funktionell-technologischen Einflußfaktoren sich ergebenden Baumaßnahmen die eigentliche Wertigkeit.

Die 2. Phase einer Rekonstruktionsplanung muß deshalb die Analyse der vorhandenen Bausubstanz sowohl von der funktionell-technologischen Seite als auch vom baulichen Bestand her sein.

3
Ermittlung der Wertigkeit
Auf der Basis des Ist-Wertes des Baukörpers und des jährlichen Abschreibungssatzes kann der Restnutzungszeitraum und die Wertigkeit in bestimmten Jahren ermittelt werden.

4
Ermittlung des Gebäudezustandes
Auf der Grundlage einer optischen Analyse erfolgt die Eingliederung des Baukörpers in eine der vier Kategorien.

3

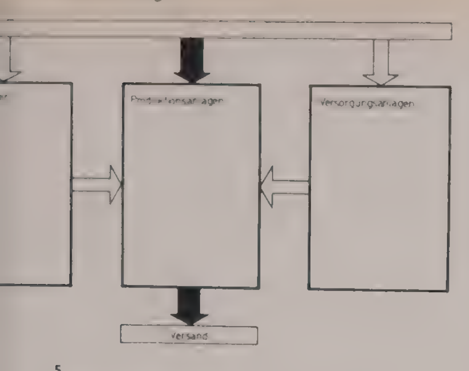
Wertigkeit der Bausubstanz - Einschätzung bis zum Jahre 2000

Geb Nr.	Bezeichnung	Brutto-wert	Verschl.-wert	Abschr pro Jahr	%	Nettowert 31.12					
						1970	%	1980	%	2000	%

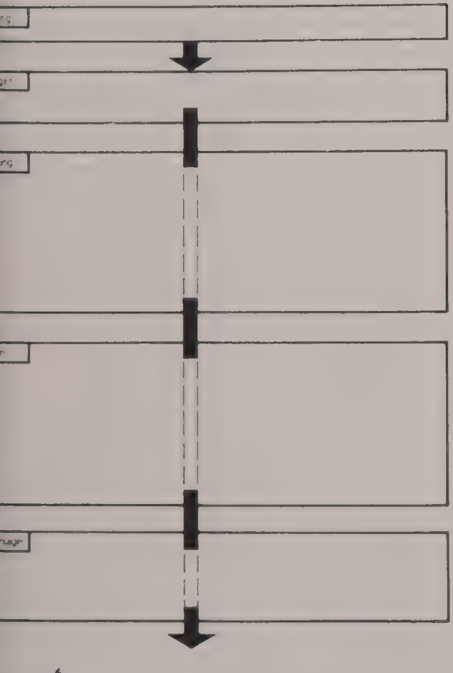
4

Gebäudezustand - optische Analyse

Geb Nr	Bezeichnung	gut erhalten	geringe Schaden	schwere Schaden	unbrauchbar



5
Betriebsschema
Die Gesamtanlage eines Produktionskomplexes gliedert sich in die vier Teilanlagen:
Verkehrsanlagen, Nebenanlagen, Produktionsanlagen, Versorgungsanlagen.
In den einzelnen Spalten des Betriebsschemas werden die Abteilungen aufgezeigt, die die Funktionsfähigkeit der gesamten Anlage gewährleisten, unter Beachtung ihrer notwendigen funktionellen Zuordnung.



6
Funktionsschema
Entsprechend dem Produktionsprozeß erfolgt eine senkrechte und waagerechte Untergliederung des Funktionsschemas. Die waagerechte Untergliederung entspricht den Hauptproduktionsstufen und deren waagerechte Untergliederung bestimmten technologischen Teilprozessen.
Diese senkrechte Verbindung entspricht dem Materialfluß. Weiterhin werden Nebenfunktionen und deren funktionelle Verbindung aufgezeigt.
Die technologischen Teilprozesse werden fortlaufend beziffert. Das bedeutet nicht, daß alle technologischen Teilprozesse in voneinander getrennten Räumen unterzubringen sind.
In der Folge ist die gleiche Bezifferung zum besseren Verständnis und einer besseren Übersichtlichkeit den einzelnen Untersuchungen voranzustellen.

Eine funktionell-technologische Bestandsanalyse bedeutet ein Überprüfen einer Produktionsanlage auf ihr Optimum.

Ist das Optimum vorhanden, erübrigt sich eine Rekonstruktion. Das Nichtvorhandensein eines Optimums wird schon frühzeitig sichtbar, durch lange Herstellungszeiten des Produktes, durch einen hohen Anteil des innerbetrieblichen Transportes an den Produktionskosten und durch eine Belegung aller möglichen Freiflächen innerhalb einer Werkanlage mit Halbfabrikaten. Ein weiteres sichtbares Kriterium ist das Vorhandensein von starken Bauschäden.

Die funktionell-technologische Bestandsanalyse, die im Kompetenzbereich des Produktionstechnologen liegt, ist eine entscheidende Maßnahme innerhalb der Rekonstruktionsplanung, läßt sie doch erkennen, ob sich eine Rekonstruktion, das heißt eine radikale Umgestaltung, wenn auch vielfach über längere Zeiträume, oder eine Rationalisierungsmaßnahme notwendig macht.

Definiert man den Begriff „Rationalisierung", so ist er ein Prozeß, der dadurch gekennzeichnet ist, daß es zu keiner wesentlichen Umgestaltung der Baukonstruktionen kommt.

Die Maßnahmen beeinflussen in der Hauptsache den technologischen Teil und seine Ausstattung mit Maschinengrundmitteln, die mit den progressivsten gegenwärtigen Anforderungen und Normen und dem fortschrittlichsten Stand der technischen Entwicklung in Übereinstimmung gebracht werden.

Das heißt also, Rationalisierungsmaßnahmen sind gleichzusetzen mit der durchschnittlich alle 5 bis 7 Jahre notwendigen produktionstechnologischen Umgestaltung eines Industriewerkes, resultierend aus dem Verschleiß der Produktionstechnologie.

Das 2. Hauptkriterium innerhalb der 2. Phase der Rekonstruktionsplanung ist die Analyse des baulichen Bestandes. Sie macht sich nach zwei Seiten notwendig und liegt im Kompetenzbereich des Architekten

1. im Hinblick auf die Wertigkeit,
2. im Hinblick auf den Gebäudezustand.

Die Wertigkeit stellt das Verhältnis Investitionen zu Abschreibungen dar.

Der Gebäudezustand ist durch eine optische Analyse zu ermitteln. Man unterscheidet 4 Kategorien

– gut erhalten
– geringe Schäden
– schwere Schäden
– unbrauchbar.

Überlagert man diese 2 Faktoren eines Bauwerkes, so kann man sehr leicht den volkswirtschaftlich vertretbaren Abrißzeitraum und die Restnutzungsdauer ermitteln.

Kartiert man die Ergebnisse aus der Analyse aller Bauwerke eines Industriewerkes und macht man sie auf dem Lageplan grafisch sichtbar, so werden die Flächen und die Zeit für die einzelnen Rekonstruktionsetappen sichtbar.

Über eines muß man sich aber im klaren sein. Ein Rekonstruktionsabschluß ist erst dann erreicht, wenn mit der letzten Rekonstruktionsetappe ein optimales Ganzes in jeder Beziehung erreicht wurde.

Als 3. Phase einer Rekonstruktionsplanung ist die Ermittlung der funktionell-technologischen Einflußfaktoren hinsichtlich der zukünftigen Anforderungen auf der Grundlage von Perspektiv- und Prognoseplänen und das Umsetzen in bautechnische Maßnahmen anzusehen.

Die Schwierigkeit in dieser Phase liegt darin:

1. alle funktionell-technologischen Einflußfaktoren zu ermitteln und
2. diese Ermittlungen nicht nur auf der Grundlage des derzeitigen Standes und den momentanen Möglichkeiten durchzuführen, sondern Tendenzen und Entwicklungen zu erfassen und ihre Auswirkungen auf die Planung zu erkennen.

Man muß sich hier Lahnert (in „Grundlagen des Industriebaues") anschließen, der auf der Basis von Betriebs- und Funktionsschematas und Raumpässen die exakte und spezifische Ermittlung dieser Einflußfaktoren fordert, um auf dieser Basis die richtige Baukörperwahl, Baukonstruktion und die Höhe des Ausbaugrades zu bestimmen, um die Langfristigkeit einer optimalen Nutzung zu garantieren.

Diese 3. Phase einer Rekonstruktionsplanung kann als theoretische Phase bezeichnet werden. Sie ist im Gegensatz zu der 2. Phase nicht typisch für eine Rekonstruktionsplanung. Diese Ermittlungen sind bei jeder Planung notwendig, sie bekommen aber in der 4. Phase der Rekonstruktionsplanung die unmittelbare Objektbezogenheit.

Unter der 4. Phase ist die eigentliche Konzeptionsphase zu verstehen.

Hier wird in Überlagerung der Fakten aus den vorangegangenen Phasen unter Einbeziehung qualitativer Altbausubstanzen auf der Grundlage von Bauweise, Baumaterial und einer gestalterischen Konzeption die Endfassung des Rekonstruktionsplanes entsprechend funktioneller Notwendigkeiten konzipiert.

Das Zugrundelegen von architektonischen Ordnungs- und Gliederungsprinzipien garantiert auch über einen möglichen längeren Zeitraum einer Rekonstruktion die Realisierung der Wunschvorstellung nach einem organisatorischen Ganzen und nach dem gestalteten Raum.

Erst nach Fertigstellung der Endfassung des Rekonstruktionsplanes ist die Konzipierung der Etappenpläne der einzelnen Realisierungsstufen zu empfehlen.

Hierbei muß es zu einer unmittelbaren Überlagerung mit den Kartierungen der Restnutzungsdauer aus der 2. Phase kommen, denn nur dadurch wird verhindert, daß noch qualitative Bausubstanzen abgerissen werden.

Der wohl neben der Planung entscheidendste Fakt hinsichtlich der Qualität und Effektivität einer Rekonstruktionsmaßnahme ist die Verbindlichkeit der Dokumentation über den gesamten Rekonstruktionszeitraum.

Wird diese Verbindlichkeit nicht garantiert, so liegt die Gefahr eines Torsos sehr nahe, und die Rekonstruktionsmaßnahme ist zum Scheitern verurteilt.

In der Praxis wird oft die Frage gestellt: Wann soll man rekonstruieren und wann neu bauen?

Unter dem Gesichtspunkt der Kosten kann diese Frage zweiseitig beantwortet werden, indem einmal eine Investitionskostenerhöhung durch erhöhte Abrißkosten zu verzeichnen ist und zum anderen eine Senkung der Investitionskosten auftritt, wenn qualitative Altbausubstanz in die Rekonstruktionsplanung mit einbezogen werden kann.

Man kommt zu keiner Klärung der Fragestellung, wenn man das Problem nur ausschließlich von der Kostenseite betrachtet, das wird deutlich, wenn man sich überlegt, daß jede Werkanlage über kurz oder lang rekonstruiert werden muß und man diese Notwendigkeit nicht jedesmal mit einem Neubau beantworten kann.

Die Frage wird einfach dadurch beantwortet, daß man entscheiden muß, ob der Standort den funktionell-technologischen Forderungen auch in der Perspektive gerecht wird – eine Entscheidung, die eindeutig bei der Werkleitung liegt – und zum anderen, ob die Störeinflüsse auf das Umland solcherart sind, daß die Anlage umgelagert werden muß oder daß der Werkkomplex städtebaulichern Rekonstruktionsabsichten entgegensteht – eine Entscheidung, die eindeutig beim Stadtarchitekten liegt.

Inwieweit diese zwei Institutionen in der Lage sind, diese Frage zu klären, ist letzt-

	Raumpässe	Technologische bauwerkbeeinflussende Faktoren																			Produktionskomplex															
		Spezifische Maschine bzw. Maschinengruppe			Installation Ausrüstung							Innerbetriebliche Fördermittel					Raumphysikalische Anforderungen				Innerbetriebliche Störfaktoren											Arbeitskräfte				Bemerkungen
Raumnummer	Industriezweig / Fachgebiet / Produktionskomplex	Gewicht	Abmessungen	erforderliche lichte Raumhöhe (Uk Kranhakenhöhe)	Elektro	Preßluft	Gas	Brauchwasser	Dampf (ohne Heizung)	Öl	Spezifische Anschlüsse	Krane (H = Hängekrane, B = Brückenkrane, P = Portalkrane, K = Hängebahn, A = Auslegerkran)	Flurförderer (W = Elektrowagen, Hb = Hubwagen, G = Gabelstapler, Gg = Gleisgebundene Flurfördermittel)	Aufzüge	Stetigförderer	Rohrleitungen	Beleuchtung	Raumtemperatur	Luftfeuchte	Luftwechselzahl	brennbare, entflammbare, explosibl. giftige Stoffe	Erschütterungen	Strahlen	Lärm	Stäube	Gase	Dämpfe/Nebel	Geruchsbelästigung	Säuren	Hitze	Feuchtigkeit	AK männlich insgesamt	AK weiblich insgesamt	AK männl. stärkste Schicht	AK weibl. stärkste Schicht	
	Produktionsabteilung	Mp	mm/m	mm	o = Oberflursystem, u = Unterflursystem							t		kp			lx	°C	%	fach/h																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37

Zeichenerklärung - entfällt, + vorhanden

7

7
Formblatt technologische bauwerkbeeinflussende Faktoren
Die ermittelten Werte für die technologischen, bauwerkbeeinflussenden Faktoren der Produktionshauptabteilungen werden in einem Formblatt (Raumpässe — technologische bauwerkbeeinflussende Faktoren) zusammengefaßt.
Die Bezifferungen und Raumbezeichnungen entsprechend dem Funktionsschema sind dem Formblatt zugrunde zu legen.

8
Formblatt bauliche Maßnahmen
Die erforderlichen baulichen Maßnahmen sind in einem Formblatt (Raumpässe — Bauliche Maßnahmen) zusammenzufassen. Die Bezifferung und Raumbezeichnungen entsprechend dem Funktionsschema sind dem Formblatt voranzustellen.

hin davon abhängig, ob sie auf der Basis der Perspektive ihres Kompetenzbereiches in der Lage sind, diese Entscheidung zu fällen.

Für die Werkleitungen macht sich deshalb ein auf Analyse und Tendenz beruhendes perspektivisches Denken, losgelöst von den Augenblickssorgen, notwendig, und dem Büro des Stadtarchitekten sollte eine Gruppe Industrieplanung angegliedert werden, die sich ausschließlich mit der Industriekomplexbildung, den verkehrs- und versorgungstechnischen Belangen, der kompositionellen Gliederung und Zuordnung von Komplexen, kurz mit den städtebaulichen Einflüssen entsprechend der 1. Phase einer Rekonstruktionsplanung beschäftigt.

Abschließend sei nochmals folgender Hinweis erlaubt.

Jede Rekonstruktionsmaßnahme unterliegt bestimmten Bedingungen, wie jede Planung überhaupt.

Man muß sich nur darüber im klaren sein, daß dieser Komplex in seiner Problematik vielgestaltiger ist, was bedingt, daß sich die Verantwortung des Architekten ungleich vergrößert, als beispielsweise bei anderen Planungsaufgaben.

Die Rekonstruktion ist ein Kardinalproblem des Industriebaues, und jeder Planende, der mit solchen Aufgaben konfrontiert wird, sollte sich dessen bewußt sein und sich deshalb vor Halbheiten hüten und einer Rekonstruktion nur zustimmen, wenn sie als minimale Bearbeitungsgröße eine abgeschlossene Produktionseinheit enthält.

Viele Neu- und Umbaumaßnahmen in vorhandenen Werkanlagen, die nicht auf der Basis von Rekonstruktionsplänen und nur entsprechend den Forderungen des Augenblickes durchgeführt wurden, dienen nicht, sondern hemmen in den meisten Fällen, den höchsten volkswirtschaftlichen Effekt einer Generalrekonstruktion.

8

	Raumpässe	Bauliche Maßnahmen																				Produktionskomplex.						
		Bauwerksform				Bauweise				Installation und Ausrüstung				Raumphysikalische Maßnahmen							Schutzmaßnahmen							
Raumnummer	Industriezweig / Fachgebiet / Produktionskomplex	F = Flachbau, FE = Flachbau mit Geschoßanbau	Hallenbau	Geschoßbau	Freibau	Stahl	Beton	Monolithisch	Montiert	Installationsgeschoß	Raumverteilung	Bodenkanäle	Installationskeller	Klimatisierung	Belüftung	Entlüftung	Befeuchtung	Heizung	Natürliche Beleuchtung	Künstliche Beleuchtung	Fußboden	Wände	Decke	Zwischendecke	Dach	Türen	Fenster	Bemerkungen
	Produktionsabteilung					Material		Verfahren		Führung																		
1	2	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62

Zeichenerklärung + notwendig o wird empfohlen, - entfällt, = möglich, ● keine besonderen Forderungen

Tafel 4

Weimar – Kritik eines städtebaulichen Ideenwettbewerbes

Prof. Helmut Holtzhauer

Fortsetzung von Seite 133

vorangegangen, stilbildenden Elemente ist und deshalb eine wechselseitige Durchdringung nicht erlaubt.

Ein Ideenwettbewerb, der sich auf die Gestaltung einer Innenstadt wie die Weimars erstreckt, wirft deshalb zu allererst die Frage nach der Rolle auf, die dem historischen Stadtkern zugedacht ist und nach dessen Verhältnis zu neuen Hoch- oder Tiefbauten.

Im allgemeinen wird das Neue, das Moderne, mit dem Fortschrittlichen gleichgesetzt, so daß sich der weit verbreitete und hartnäckig aufrechterhaltene Irrtum einschleichen konnte, in sogenannten modernen Bauformen oder städtebaulichen Lösungen die Architektur des Sozialismus zu suchen. Insofern ist auch die heute viel geäußerte Auffassung anzuzweifeln, Dominanten, das heißt große und mit allen Mitteln neuester Technik und neuer Materialien geschaffene Bauwerke und Ensembles, seien vorzüglich Ausdruck sozialistischer oder künstlerischer Leistungsfähigkeit.

Schlimmer noch als diese Fehlinterpretationen sind die Öde und Langeweile, die in der Großproduktion von Mietskasernen und ihnen entsprechenden Einrichtungen ausgehen, wenn kein regulierendes städtebaulich, künstlerisch wachsames und leistungsfähiges Organ vorhanden ist. Dieses Organ, zusammen mit einem aufs höchste entwickelten Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesellschaft, hat auch die Aufgabe, den verheerenden Folgen einer auf dem Boden des Kapitalismus entstandenen Auffassung von Architektur entgegenzuwirken. Denn mit dem endgültigen Sieg des Kapitalismus und damit der naturwissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten, die ihn bewirkten, ist ein radikaler, nicht mehr rückgängig zu machender Wandel im Bauen eingetreten, der ein Ineinander von alten und modernen Bauwerken nicht und ein Nebeneinander nicht ohne Trennungs- und Übergangszonen erlaubt.

Sozialismus drückt sich in der Architektur vor allem darin aus, wie er versteht, den Bedarf der Volksmassen an Wohn- und Gesellschaftsbauten allseitig und intensiv zu befriedigen. Allseitig heißt, objektiv ein Optimum an ökonomischen, technischen und künstlerischen Ansprüchen zu erfüllen, intensiv, dies massenhaft, maximal und nicht nur exemplarisch zu tun. Diese Ansprüche kann ein historisches Stadtviertel, ein Altstadtkern, ja, eine ganze alte Stadt genausogut wie ein Neubauviertel erfüllen. Es gibt, wenn eine alte Stadt bewohnbar ist, das heißt, alle die Mängel beseitigt sind, die so gut wie ausschließlich durch Profitstreben und gesellschaftliche Depravation geschaffen sind, eigentlich nur Gründe, die für die Erhaltung sprechen. Die Fälle, wo die Bausubstanz, aus welchen Gründen auch immer, unrettbar verloren ist, brauchen hier nicht gezählt zu werden. Im allgemeinen ist die Substanz alter Wohn-, Geschäfts- und den gesellschaftlichen Bedarf befriedigender Quartiere natürlich nicht mehr die beste. Überbauungen, unzureichende sanitäre Einrichtungen und andere Mängel machen sie unwohnlich. Die Aufgabe besteht darin, diese Übelstände unter Abwägung aller Faktoren zu beheben, wobei der Flächenabriß und die Neubauwohnung mit den Mitteln moderner Baukunst und Bauweisen im allgemeinen am wenigsten geeignet sind.

Dem Verlust an investierten Anlagen sowie an künstlerischer und kulturhistorischer Substanz steht ein bescheidener Gewinn gegenüber. Ökonomisch, aber auch politisch handelt es sich infolge der Unterbilanz, die regelmäßig zu beobachten ist, um Verluste, die kaum vertretbar sind. Genauere Untersuchungen dieses Problems hat Dr.-Ing. Bernhard Klemm 1966 im Rahmen eines Forschungsauftrages des Rates der Stadt Dresden angestellt (Klemm, B.: Werterhaltung im Wohnungsbau. – In: Wiss. Zeitschrift der Technischen Universität Dresden. 15 (1966) Heft 3 S. 491 ff). Er kommt darin zu dem schlüssigen Nachweis, daß Neubauten und Flächenabbrüche (dies wäre die richtige Reihenfolge) in der Regel teurer sind als Werterhaltungsmaßnahmen und Sanierung.

Erschwert wird die Aufnahme von Gedankengängen dieser Art, neben anderen, durch die in der Welt- und Kunstanschauung der Architektur selbst begründeten Faktoren, durch die überkommene Art und Weise denkmalpflegerischer Arbeit, die in erster Linie auf das ranghohe Einzelobjekt und auf seine von den gesellschaftlichen Forderungen relativ isolierte kunsthistorische Behandlung gerichtet ist, aber auch auf die mangelhafte wissenschaftliche Aufbereitung der Probleme, so daß die Entscheidung solcher Fragen häufig auch subjektive, modische und dilettantische Züge trägt. Worauf es aber ankommt, ist, den gesellschaftlichen Nutzen historischer Bauwerke, Straßenzüge, Platzwände, Stadtviertel und ganzer Altstädte sowohl in der künstlerischen und kulturhistorischen Aussage als auch in der Brauchbarkeit für Wohn- oder gesellschaftliche Zwecke zu sehen. Ferner muß die Erhaltung oder Wiederherstellung weitsichtig, das heißt zum Teil als Vorleistung auf eine fernere Zeit mit einem viel stärker als heute entwickelten kulturellen Leben und Lebensansprüchen gesehen und unter diesem Gesichtspunkt komplexe Werterhaltung getrieben werden.

Diese und ähnliche Fragen wurden durch den städtebaulichen Ideenwettbewerb aufgeworfen, den der Rat der Stadt Weimar zur Gestaltung der Innenstadt im September 1967 ausschrieb und im Juli 1968 durch den Beschluß des Preisrichterkollegiums über die eingereichten Arbeiten abschloß. Um das Ergebnis würdigen zu können, müssen außer den eingangs skizzierten noch einige weitere Fragen zumindest aufgeworfen werden, da gerade ein fühlbarer Mangel der Vorbereitungen darin lag, daß sie sich fast ausschließlich auf statistische Unterlagen der städtischen Behörden und auf die Wunschliste der verschiedenartigen zur Zeit in Weimar domizilierten Institutionen stützten. Von einer wissenschaftlichen Durchdringung und Aufarbeitung dieses Materials konnte deshalb ebensowenig die Rede sein, wie von objektiven Vorstellungen über Entwicklung und Stellung Weimars im Gefüge der DDR, aus denen sich Funktion und Bild der Innenstadt ableiten ließen. Deshalb seien zunächst einige Hinweise auf diese wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Planung gegeben.

II.

Im 19., vor allem aber im 20. Jahrhundert, hat in vielen kapitalistischen Industrieländern die Baukunst ihre nationalen Eigentümlichkeiten weitgehend verloren.

Unter dem Einfluß kapitalistischer Bedingungen im Bauwesen, mit der Entwicklung neuer Baustoffe und einer neuartigen Technik, verlor sich die Wirkung der bisher stilbildenden Elemente. Die Baukunst erschöpfte sich in epigionalem Eklektizismus. Dies war die erste Periode des Bauens im Kapitalismus. Im Zeitalter des Imperialismus wurde diese Periode, die in Deutschland ihre intensivste Ausprägung in der „Gründerzeit" und in den wilhelminischen Jahrzehnten erfuhr, abgelöst durch eine kunstabweisende, sich als „reine Architektur" bezeichnende Strömung, in der funktionelle und konstruktive Elemente das Bauen charakterisieren. Soweit Kunst in diesem Bauwesen heute noch Ansprüche macht, ist sie ein Überbleibsel aus vergangenen Auffassungen oder tritt in Gestalt formalistischer Experimente oder als gekünsteltes Beiwerk aus dem Bereich der bildenden Kunst in Erscheinung.

Der anfängliche Protest der „reinen Architektur" gegen die erste Periode des Bauens unter entwickelten kapitalistischen Bedingungen, ihre Forderung, im Interesse der Volksmassen zu bauen, brachten ihr die Sympathie auch mancher Kreise, die der revolutionären Arbeiterbewegung nahestanden oder ihr angehörten, ein. Historisch gesehen war dieses Eindringen in die Welt- und Kunstansichten des Sozialismus ein Verwirrungsmanöver, dessen Folgen bis zum heutigen Tage zu spüren sind. Es erleichterte die ideologische Diversion des Imperialismus vorzüglich unter dem Mantel des Liberalismus und einer pseudorevolutionären und pseudosozialen Phraseologie.

Claude Schnaidt, der Leiter der Abteilung Bauen der Technischen Hochschule in Ulm, hat dazu recht treffende Bemerkungen gemacht („deutsche Architektur" Heft 7/1968 S. 389). Er wies nach, daß aus der Unfähigkeit der „Moderne", zu begreifen, daß man die Gesellschaft und ihre Umwelt verändern muß, der Formalismus der zwanziger und dreißiger Jahre herrührt.

Schnaidts Charakterisierung sowie ältere und jüngere, viel schärfere Kritiken haben bislang nicht verhindern können, daß die Auffassungen von Le Corbusier, Gropius und anderen immer wieder Parteigänger im sozialistischen Lager finden. Die Vertreter derartiger Auffassungen, von denen bekanntlich im Beschluß des Staatsrates zu Kulturfragen vom 30. November 1967 mehrfach die Rede ist, können zweierlei nicht verstehen: Erstens können sie die Redensarten über Fortschritt, Moderne und den sozialen Protest nicht von der kläglichen Kapitulation vor der kapitalistischen Wirklichkeit unterscheiden. Mit dem Schlagwort, eine neue Zeit brauche auch ein neues Bauen, das nicht nur verführerisch ist, sondern auch seine historische Berechtigung hat, verdrängen sie bei sich und anderen die Frage nach dem Inhalt und den Bedingungen dieses Neuen, als wenn unter der Herrschaft der Monopole das gleiche „Neue" Gültigkeit hätte wie unter der Herrschaft des Sozialismus. Zweitens lassen sie sich durch die für beide Gesellschaftsordnungen im Zeitalter des Übergangs in

gleicher Weise wirksam werdende Technik verwirren. Erst in einem längeren, jetzt noch nicht übersehbaren Zeitraum wird man von der kapitalistischen Technik in dem Sinne als von veraltet sprechen, wie heute das Handwerk als eine der veralteten und überholten Grundlagen des Feudalismus betrachtet wird. Zur Zeit jedoch stimmt die Technik in beiden Gesellschaftsordnungen weitgehend überein, ja, es ist kein Geheimnis, daß in mancherlei Hinsicht kapitalistische Staaten eine höher entwickelte Technik haben, von der man lernen kann und muß. Aber daraus darf man eben nicht die falsche Schlußfolgerung ziehen, als wenn das Bauwesen dieser Staaten in jeder Hinsicht beispielgebend sei.

Dagegen liegen die Dinge im Sozialismus hinsichtlich der gesellschaftlichen Ansprüche der Werktätigen völlig anders oder sollten anders liegen. Während auf technischem Gebiet das sozialistische Gesellschaftssystem bestrebt ist, den Kapitalismus einzuholen und zu überflügeln, kann es auf kulturellem Gebiet von vornherein den ihm allein eigentümlichen Weg nehmen, nämlich, nicht das Profitstreben, sondern menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Diese Bedürfnisse äußern sich in dem Streben nach Rationalisierung der städtischen Funktion (gute Personenbeförderung, bequeme Versorgung, Hygiene, wohlproportionierte Verteilung von Wohn-, Sozial- und Produktionsbauten usw.), nach einem regen geistig-kulturellen Leben und nach einem Erlebnisraum, der, historisch oder modern in beiden, durch seine baukünstlerische Ausformung das Lebensgefühl des Bürgers einer Stadt, sein gesellschaftliches und individuelles Selbstbewußtsein und sein Gefühl für Wohnlichkeit steigert.

III.

Jedes Land hat seine bestimmte unverwechselbare historische Entwicklung, und innerhalb jeden Landes sind auch die Städte nach ihrer Geschichte, ihrem derzeitigen Bauzustand, nach ihrer Stellung im gesellschaftlichen Gefüge (Hauptstadt, Bezirksstadt, Kreisstadt), nach ihren vorwiegend durch die Produktion bestimmten Stellungen (Industrie-Städte, landwirtschaftliche Zentren, kulturelle Mittelpunkte) und nicht zuletzt durch ihre derzeitige und künftige Größe bestimmt. Diese verschiedenartigen Faktoren, aus denen sich unterschiedliche Anforderungen ergeben, muß der Städteplaner berücksichtigen, will er nicht einer öden Gleichmacherei Vergangenheit und Zukunft der ihm anvertrauten Stadt zum Opfer bringen. Moderne Grundsätze für den Städtebau zeichnen sich deshalb durch ihre Beweglichkeit, ihr Basieren auf der Wirklichkeit als Ausgangspunkt und nicht auf abstrakten Schemata oder gar durch Rücksichtnahme auf wechselnde Modelaunen aus.

Nach der Rücksichtnahme auf alle diese Gesichtspunkte wäre nun das Ergebnis des Weimarer Wettbewerbs (siehe S. 171 bis 180) abzufragen. Die Zahl der eingesandten Arbeiten war erfreulich groß. Zweiundzwanzig Kollektive, davon neun aus dem sozialistischen Ausland, stellten sich dem neunzehnköpfigen Preisrichterkollegium. Ein erster Preis, zwei dritte Preise, ein Ankauf und vier Anerkennungen waren das äußere Ergebnis. Wieweit der künftigen Tätigkeit der Stadtplanungsgruppe durch das Wettbewerbsergebnis nunmehr eine brauchbare Grundlage zur Verfügung steht, die wesentlich über den Entwurf des Stadtbauamtes selbst hinausgeht, wäre nunmehr zu zeigen.

Die Preisrichter beantworteten diese und alle anderen oben aufgeworfenen Fragen nur bedingt mit Ja. Sie erkannten Preise zu, begrüßten einzelne Ideen, waren aber, wie aus den Bemerkungen zu den einzelnen Entwürfen und den Empfehlungen an den Rat der Stadt hervorgeht, im ganzen nicht recht froh geworden. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Unterlagen nicht mit wissenschaftlichen Methoden erarbeitet waren. Außerdem war hinsichtlich Straßenführung und Bauprogramm zuviel gefordert worden. Für die ausländischen Kollektive war es praktisch unmöglich, sich mit der Topographie, der Geschichte, den Eigentümlichkeiten und dem derzeitigen Zustand der Innenstadt so bekannt zu machen, daß allen praktischen und theoretischen Problemen Rechnung getragen werden konnte. Nicht viel leichter war dies für Kollektive aus den von Weimar entfernteren Teilen der Republik infolge des erforderlichen Aufwands an Zeit und Kosten.

Die Zwiespältigkeit der Architektur in der DDR, die sich einerseits in den — wenn auch noch unscharf formulierten, aber doch den Kern der Sache treffenden — Forderungen nach sozialistischen Lösungen, nach denen beispielsweise „Weimar Weimar bleiben" solle, ausdrückt, und andererseits in der Tatsache, daß weite Kreise der Architektur als der Weisheit letzten Schluß die Artikel der Charta von Athen tragen, macht sich bei Auslobern und Preisträgern bemerkbar. So steht die Forderung des Ausschreibenden, der Altstadt „wegen ihrer kulturhistorischen Vergangenheit besondere denkmalpflegerische Aufmerksamkeit" zu schenken und „alle Maßnahmen der Rekonstruktion" mit „städtebaulicher und architektonischer Einfühlung" auszuführen, in Widerspruch zu der Tatsache, daß dieser Altstadt- und Denkmalschutzbereich schon in der Ausschreibung flächenmäßig um ein Drittel seines tatsächlichen Bestands, nämlich um das ganze Jakobsviertel und um einige ausladende Straßenzüge, wie die Marienstraße und Teile des historischen Parks, verkürzt erschien. Zu den Empfehlungen der Preisrichter an den Rat der Stadt gehörte deshalb auch, keine bauliche Lösung zu akzeptieren, die auf Kosten der Grünanlagen geht. Darüber hinaus müssen die Empfehlung der Ausschreibenden von Straßendurchbrüchen in der historischen Altstadt, deren Abmessung nicht größer als 500 mal 500 Meter ist, und der Abbruch ganzer Straßenzüge größte Bedenken hervorrufen.

Die Unzulänglichkeit der Vorgabe äußert sich auch darin, daß sie den Wettbewerbsteilnehmern erlaubte, neben den schweren Eingriffen in die Substanz die Aufführung übergroßer Baukörper im Altstadtbereich vorzusehen. Ist der Flächenabbruch stets ein bedenkliches Verfahren sowohl im Hinblick auf seine Wirtschaftlichkeit, auf Proportionen und Dimensionen von Ersatzbauten als auch auf die Physiognomie der Stadt, so ist er beim gegenwärtigen Stand des Bauwesens als allgemeine Form unter allen Umständen untauglich. Lassen einzelne und in ihren Abmessungen begrenzte Fälle dieses Verfahren dennoch ratsam erscheinen, so sollte durch Adaption an den vorhandenen Grundriß, an erhaltenswerte Straßenzüge und Bauwerke und damit an den übrigen historischen Stadtkern ein Übergang zu den außerhalb dieses Baubereichs liegenden Stadt- und Neubauvierteln der Innenstadt gesucht werden.

Eine Neugestaltung des Jakobsviertels müßte deshalb die beiden Hauptflanken, Karl-Liebknecht-Straße und Graben, in den Abmessungen der jetzigen Baukörper, in den Bauformen und auch in der derzeitigen Funktion als Ladenstraßen belassen. Die dritte Flanke und das gesamte dazwischenliegende Vierteil ergeben, unter Beibehaltung der wichtigsten Gassen und Plätze, bei nicht mehr als dreigeschossiger Bauweise, ein ideales, zentrales Wohngebiet. Nur auf diese Weise werden die geforderte „architektonische Anpassung" und der Übergang vom Altstadtkern zu den anschließenden Gebieten gewährleistet (Punkt 4.2. der Grundkonzeption). Auf die Möglichkeit der Adaption, die Ersatzbauten im historischen Stadtbild und Übergänge in respektvollem Abstand gestattet, haben die Projektanten leider verzichtet.

Werden nun die eingangs aufgeworfenen Fragen wiederholt, so ergibt sich, daß bei Annahme der Entwürfe im ganzen das historisch bedeutsame Ensemble der Altstadt den Neubauten nicht nur untergeordnet, sondern weitgehend vernichtet würde, was in Widerspruch zu den Erklärungen in der Grundkonzeption der Auslober steht. Die Gebäude, vornehmlich Wohnhochhäuser, deren Bauformen im Gegensatz zu den historischen stehen, haben nicht den achtungsvollen Abstand, der erforderlich ist, wenn sie klar voneinander abgehoben werden sollen. Aus dem Verlangen heraus, große Bauprogramme in einförmig großformatigen statt in vielgliedrigen Baukörpern zu befriedigen, kommt es zu Disproportionen. Von Weitsicht und Planen für die Bedürfnisse einer ferneren Zukunft kann trotz der Rücksichtslosigkeit im Umgang mit dem Volksvermögen (jedenfalls in der Idee) nicht gesprochen werden.

Aus alledem geht hervor, daß die Stadtplanungsgruppe aus den verschiedenen Entwürfen zwar einzelne Elemente entnehmen und in einen optimalen Entwurf, der ihren eigenen Forderungen entspricht, einfügen könnte, aber um eine wissenschaftliche, die ideologischen Probleme auf dem Gebiete des Bauwesens so ernst wie die technischen nehmende Vorbereitungsarbeit käme sie nicht herum. Danach müßte Quartier nach Quartier durchgearbeitet, das heißt, die Forschungsaufgabe gelöst werden, die vor der Ausschreibung stand.

Städte bauen! Unter allen großen Aufgaben, die die Menschheit zu vergeben hat, gehört der Städtebau zu den großartigsten. Bis in unser Jahrhundert hinein wuchsen Städte mehr, als daß sie nach einem weitreichenden Plan errichtet wurden. In Europa sind Amsterdam und Leningrad vielleicht die bedeutendsten Großstädte, die nach Gesichtspunkten ausgebaut wurden, die weit in die Zukunft hinein zielten. Und auch sie sind von der Entwicklung überholt worden.

Das Volk als Städtebauer hat im allgemeinen langsam gebaut, Schicht an Schicht gelagert, von Baumeistern unterstützt, deren Hauptleistung vorzüglich im einzelnen Bauwerk lag. Heute spielen der Wissenschaftler und Künstler im Architekten angesichts der unvergleichlich rasch gewachsenen Produktivität im Bauwesen eine entschieden maßgebendere Rolle, so wie Wissenschaft und Kunst sich einen immer größeren Raum im materiellen und im geistigen Produktionsprozeß sichern. Nicht mehr der Entwurf einzelner Bauwerke im Zusammenhang mit vorhandenen, sondern ganze Stadtviertel, ja der Neubau und die Rekonstruktion der Städte liegen in seiner Hand. Aber auch seine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wächst. Für Subjektivismus, Moden und Launen ist kein Platz mehr. Und ebensowenig hat der Städtebauer von heute und in der Deutschen Demokratischen Republik eine tabula rasa vor sich. Er hat es in neunundneunzig von hundert Fällen mit in Jahrhunderten geschaffenen Siedlungsgebieten zu tun, deren Formen und Traditionen er schöpferisch mit den Erfordernissen von heute und morgen verbinden muß. Auf diesem Felde allein, nicht losgelöst von der Wirklichkeit, muß sich sein Ingenium erweisen.

Informationen

Bund Deutscher Architekten

Wir gratulieren

Architekt BDA Dipl.-Ing. Herbert Ehbrecht, Berlin, 1. März 1909, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA K.-August Henry, Potsdam, 4. März 1909, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Max Kowohl, Berlin, 5. März 1904, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Werner Bornemann, Plauen, 6. März 1909, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Arch. Alfred Müller, Dessau, 6. März 1904, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Walter Boeisen, Caputh, 7. März 1919, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Gartenbauinspektor Werner Oppe, Dresden, 8. März 1919, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Walter Heyer, Blankenfelde, 11. März 1914, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Walter Baresel, Rostock, 12. März 1899, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Joachim Gerth, Zeitz, 13. März 1919, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Max Werner, Karl-Marx-Stadt, 16. März 1899, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Harald Rüssel, Magdeburg, 17. März 1904, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Leopold Sniegon, Perleberg, 18. März 1904, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Ernst Max Jahn, Leipzig, 19. März 1889, zum 80. Geburtstag

Architekt BDA Kurt Bärbig Dresden, 20. März 1889, zum 80. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Arch. Otto Gaudig, Meuschau, 21. März 1909, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Irmgard Neuschild, Wernigerode, 24. März 1914, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Walter Brandt, Sangerhausen, 28. März 1904, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Rudi Nischke, Berlin, 30. März 1909, zum 60. Geburtstag

Aus der Tätigkeit der Zentralen Arbeitsgruppe „Architektur und bildende Kunst"

Die Zentrale Arbeitsgruppe „Architektur und bildende Kunst", das gemeinsame Fachgremium des BDA und des VBKD, tagte am 6. 6. 1968 und 10. 10. 1968.

Im Mittelpunkt der Beratung im Juni stand die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Architekten und bildenden Künstlern. Professor Walter Womacka informierte die Anwesenden ausführlich über die anläßlich der 10. Arbeiterfestspiele in Halle eröffnete Ausstellung „Wir gestalten unsere sozialistische Umwelt". Hier bot sich Gelegenheit, Ergebnisse sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zu besichtigen. Die Gestaltung von Stadtzentren und Wohngebieten stand im Vordergrund. Exponate der bildenden Kunst waren infolge der äußerst kurzen Vorbereitungszeit nur in beschränktem Umfang vorhanden. Auf Grund des geringen Anteils von Originalen bildkünstlerischer Werke und Details konnte den Besuchern über die sichtbare Einwirkung der bildenden Kunst im Ensemble der Architektur kein umfassender Einblick vermittelt werden. Reichlicher war das Studienmaterial zu den Generalbebauungsplänen, zum Beispiel der Generalplan der bildkünstlerischen Gestaltung des Stadtzentrums von Dresden, die künstlerischen Konzeptionen für das Zentrum von Cottbus und den Alexanderplatz in Berlin, für neue Wohngebiete in Halle-Neustadt und das Industriezentrum EVW Schwedt. Die bei dieser Ausstellung gewonnenen Erfahrungen werden Grundlage mit für die anläßlich des 20. Jahrestages durchzuführenden gemeinsamen Ausstellungen über die komplexe Umweltgestaltung und die Synthese von Architektur und bildender Kunst sein.

Dipl.-Ing. Näther gab einen Bericht über die Tagung der Deutschen Akademie der Künste zu Fragen der Synthese von Architektur und bildender Kunst. Er gab gleichzeitig bekannt, daß die Mitglieder der DAK, Professor Heller und Professor Wittkugel, sowie der Bildhauer Gerhard Geyer, Halle, als ständige Mitglieder der ZAG „Architektur und bildende Kunst" berufen wurden. Die Kommission Theorie berichtete über ein gemeinsames Seminar des VBKD und BDA in Gera.

Dr.-Ing. Schlopsnies (Kommission Wettbewerbe) wies besonders auf die Notwendigkeit hin, bildende Künstler bereits bei Wettbewerbsausschreibungen hinzuzuziehen und schlug Maßnahmen zur Ergänzung der Wettbewerbsordnung des BDA vor. Kollege K.-H. Schamal (Kommission sozialistische Gemeinschaftsarbeit) konnte feststellen, daß die Bereitschaft von seiten der bildenden Künstler zur kollektiven Arbeit mit den Architekten vorhanden ist, bestimmte materielle Voraussetzungen dafür aber noch zu schaffen sind. Die Kommission wurde beauftragt, konkrete Vorschläge für die Realisierung von Gemeinschaftsateliers auszuarbeiten und Überlegungen zu Formen der Mitarbeit von bildenden Künstlern in allen Etappen von der Vorprojektierung bis zur Ausführung anzustellen.

Kollege Günter Brendel (Kommission Aus- und Weiterbildung) wertete das ihm von den einzelnen Hochschulen und den Mitgliedern der Kommission zur Verfügung gestellte Material aus und stellte als Hauptkriterium die Möglichkeit gemeinsamer Ausbildungsformen von Architekten und bildenden Künstlern sowohl im Studium als auch in der Weiterbildung fest.

Auf der 3. Tagung der Zentralen Arbeitsgruppe berichtete Dipl.-Ing. Klauschke über eine Beratung des Ministeriums für Kultur mit den Abteilungsleitern für Kultur bei den Räten der Bezirke und den Chefarchitekten über die gemeinsamen Ausstellungen zum 20. Jahrestag der DDR. Dipl.-Ing. Wachtel sprach über den Themenplan des gemeinsamen Seminars in Gera zu Problemen der Wandmalerei in der Synthese von Architektur und bildender Kunst.

Die Ausführungen Professor Frankensteins zu einem Beitrag für die 22. Plenartagung der Deutschen Bauakademie waren Anlaß zu einer anregenden Diskussion, in der der Präsident des BDA, Professor Collein, wertvolle Hinweise zu Problemen der fachlich-ideologischen Auseinandersetzung zwischen Architekten, bildenden Künstlern und gesellschaftlichen Auftraggeber gab. Dipl.-Ing. Näther berichtete über eine Tagung der Deutschen Akademie der Künste und ging im wesentlichen auf die Beiträge von Professor Hans Schmidt und Professor Walter Arnold ein. Dipl.-Ing. Flierl gab den Arbeitsplan der Kommission Theorie bis Ende des Jahres bekannt und erläuterte die Aufgaben des Jahres 1969. Die Kommission sozialistische Gemeinschaftsarbeit wurde beauftragt, die bisher noch lückenhaften Informationen über die sozialistische Gemeinschaftsarbeit in den Bezirken zu ergänzen, um dann zu Verallgemeinerungen zu kommen. Kollege Brendel berichtete, daß die Vorschläge über Veränderungen in der gemeinsamen Aus- und Weiterbildung den Ministerien für Bauwesen und Kultur übergeben wurden. Alle Kommissionen wurden beauftragt, Arbeitspläne für 1969 vorzulegen.

Abschließend stellte Dipl.-Ing. Näther fest, daß in der kurzen Zeit des Bestehens der ZAG eine Reihe wichtiger ideologischer Fragen geklärt werden konnte. In der künftigen Arbeit soll die Klärung solcher Probleme durch praxisnahe Veranstaltungen an wichtigen Schwerpunkten des Aufbaus in der DDR und den Meinungsstreit unterstützt werden.

Ruth Pape

Kolloquium der Zentralen Fachgruppe „Wohn- und Gesellschaftliche Bauten"

Die Zentrale Fachgruppe „Wohn- und Gesellschaftliche Bauten" des BDA hat am 7. und 8. 11. 1968 in Leipzig, unter der Leitung ihres Vorsitzenden, Dr.-Ing. Krause, ein Kolloquium mit dem Thema „Herausbildung der Zentren des Gemeinschaftslebens in den Wohngebieten" durchgeführt.

Dem Kolloquium wurden folgende Thesen zugrunde gelegt:

1. Die Herausbildung der Zentren des Gemeinschaftslebens in den Wohngebieten ist ein strukturelles Problem der Stadt. Die Einrichtungen im Wohngebiet sind deshalb im Zusammenhang mit dem gesamten System der gesellschaftlichen Einrichtungen der Stadt zu sehen. Der „Wohnkomplex" als selbständige städtebauliche Einheit steht im Widerspruch zu einer systemgerechten Entwicklung. Eine mechanische Zuordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen zu dieser Planungseinheit beeinträchtigt die Entwicklung lebendiger städtischer Beziehungen und die Herausbildung echter Zentren des sozialistischen Zusammenlebens.

2. Im Hinblick auf die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus ergibt sich die prinzipielle Aufgabe, die einzelnen Teilsysteme, wie Volksbildung, Handel, Kultur, in Wechselwirkung zueinander und die Zentren des Gemeinschaftslebens im Gesamtsystem der Stadt zu sehen. Es geht um die bestmögliche Gestaltung des Zusammenwirkens aller Teilbereiche und um die Beschleunigung des Entwicklungstempos der gesellschaftlich-ökonomischen und sozialkulturellen Prozesse.

3. Im Prozeß der Umgestaltung unserer Städte und Wohngebiete kommt es darauf an, die Herausbildung sozialistischer Beziehungen durch eine neue Strukturierung der gesellschaftlichen Einrichtungen zu unterstützen. Das betrifft unter anderem folgende Fragen:

- Gesellschaftspolitische Konzeptionen
- Integration der Funktionen (Funktionsüberlagerungen, Kooperationen, Beziehung zwischen Wohnen und gesellschaftlichen Einrichtungen)
- Anwendung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit
- Konzentration, Spezialisierung, Rationalisierung

In diesem Zusammenhang tritt das Problem auf, wie Teile der gewachsenen Struktur harmonisch in die neue Struktur einbezogen werden.

4. Der notwendige Prozeß des Umdenkens von bisherigen Methoden der Planung zu den neuen Systemregelungen ist ein entscheidendes ideologisches Problem und muß durch ein parteiliches Herangehen geklärt werden. Formales Herangehen führt zu einem Verlust an ideeller und materieller Wirksamkeit der gebauten räumlichen Umwelt und wird zum Hemmnis bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR.

5. Die Entwicklung von Konzeptionen gesellschaftlicher Zentren auf Grund zweigspezifischer Interessen führt zu funktionalistischen Lösungen und zu additiver Zuordnung von Strukturelementen. Es ist daher notwendig, integrierte Programme für die gesellschaftlichen Zentren zu entwickeln, die das bisherige Planungsverfahren – Hauptplanträger Komplexer Wohnungsbau – in Frage stellen.

Partner der Architekten ist der Hauptauftraggeber, der die prozeßhafte Entwicklung in der Aufgabenstellung erfaßt und konkret formuliert.

6. Die gesellschaftlichen Einrichtungen mit ihren baulichen Anlagen besitzen im Prozeß der Herausbildung der sozialistischen Lebensweise eine ökonomische, sozial-kulturelle und politische Bedeutung.

Die Kommunikationsbeziehungen der Menschen der sozialistischen Gesellschaft entwickeln sich in erster Linie in den Bereichen der gebauten Umwelt, die von den gesellschaftlichen Einrichtungen gebildet werden:

- Beziehung des Gemeinschaftszentrums zum städtebaulichen, architektonischen Raum
- Beziehung zum Nahverkehrsmittel und zur gesamtstädtischen Struktur
- Beziehung zum öffentlichen Grün oder zu landschaftlichen Besonderheiten
- Beziehung zur Altbausubstanz

7. So sehr auch die mechanische Form der Typenprojektierung überwunden werden muß, so wenig darf bei gesellschaftlichen Bauten auf die Weiterentwicklung der Prinzipien der Industrialisierung und der Massenfertigung von Bauteilen verzichtet werden. Mit der Einführung des Metalleichtbaus und seinem möglichen Anwendungsgebiet für eine breite Palette gesellschaftlicher Bauten zeichnet sich das Beispiel für einen neuen Weg ab, wie eine Massenproduktion unabhängig vom Wohnungsbau nach der Spezifik der gesellschaftlichen Einrichtungen entwickelt werden kann.

8. Das alte System der zweigspezifischen Projektierung mit starren Projekten widerspricht der Beherrschung des Prozesses der Dialektik von Gesamtsystemen und Teilsystemen und führt nicht zu dessen Widerspiegelung in der gebauten räumlichen Umwelt. Besonders unter dem Aspekt der Umgestaltung ist es erforderlich, daß künftige Projekte ausgearbeitet werden, die dem Systemcharakter und der städtebaulichen Einordnung gerecht werden.

Im Verlauf des Kolloquiums sprachen folgende Referenten auf Einladung des ZFG „Wohn- und Gesellschaftliche Bauten":

Obering. W. Prendel zur Gesamtproblematik der gesellschaftlichen Einrichtungen

Dr.-Ing. H.-P. Kirsch zu architektonischen und städtebaulichen Fragen des Wohngebietes im Ergebnis der 22. Plenartagung der DBA

Frau Dr.-Ing. K. Kirsch zu Problemen der Funktionsüberlagerung Wohnen und gesellschaftliche Einrichtungen

Dipl.-Staatswissenschaftler S. Rakotz zu den Aufgaben der kulturellen Entwicklung im Wohngebiet

Dipl.-Ing. Grundmann zur Entwicklung neuer räumlicher Strukturen der Schule im Wohngebiet

Professor Dr. habil. E. Buggel zur Entwicklung des Sports im Wohngebiet

Dr.-Ing. Wolf zu den neuen Vertriebssystemen des sozialistischen Binnenhandels und deren Konsequenzen für die baulich-funktionelle Gestaltung der Handelseinrichtungen im Wohngebiet

Dipl.Ing. H. Klauschke zu Erfahrungen bei der Projektierung und Nutzung des gesellschaftlichen Zentrums im Berliner Hans-Loch-Viertel

Professor Dr.-Ing. habil. Trauzettel zur komplexen Bearbeitung der Wohngebietsentwicklung in der Sektion Architektur der Technischen Universität Dresden und

Dipl.-Ing. Krebs zu einem Strukturvorschlag zur Entwicklung von Wohngebietszentren

Es ist beabsichtigt, diese Referate in einer Schriftenreihe zu veröffentlichen.

Obering. W. Prendel

Standardisierung

Der DDR-Standard TGL 12235 Blatt 2 **Halbellipsoide Böden aus Stahl**, Nenndurchmesser ab 600 mm warm gepreßt, Abmessungen wurde in der Ausgabe September 1967 für die Projektierung und Neukonstruktion ab 1. April 1968, für die Herstellung und Montage ab 1. Januar 1969 verbindlich. Die Festlegungen beziehen sich auf die Bezeichnung, ein Bestellbeispiel, Maße, die Prüfung und Werkstoffe.

Aus dem Fachbereich 92, Wasserwirtschaft, stammen die folgenden Standards. Der DDR-Standard TGL 22022 **Abwasserdesinfektion**; Dreistufige thermische Abwasserdesinfektion für kontinuierlichen Durchfluß wurde in der Ausgabe Juni 1967 ab 1. Januar 1968 verbindlich. Einzelheiten des Standards betreffen unter anderem die Forderungen der Hygiene und die Betriebsanleitung. Neben anderen Verfahren der Desinfektion von Abwässern wird hier eine Verfahrensmöglichkeit zur thermischen Desinfektion festgelegt. Dabei ist die Wahl des Abwasserdesinfektionsverfahrens entsprechend den örtlichen wasserwirtschaftlichen Verhältnissen nach Abstimmung mit den jeweils zuständigen Organen der Wasserwirtschaft von den Organen des Gesundheits- und Veterinärwesens zu treffen. – In der Ausgabe November 1967 wurde der Fachbereichstandard TGL 16330 Blatt 3 **Wasserversorgung; Darstellung von Anlagen der Wasserverteilung** Bestandsrisse – Bestandspläne – Übersichtspläne – Muster für Rohrnetzpläne für Neuanlagen ab 1. Juli 1968 verbindlich. Die Festlegungen betreffen die Ausführungen der Pläne und die Vermessung. – In der Ausgabe Januar 1968 wurde der Fachbereichstandard TGL 22765 **Tangentialsandfang**, Anwendung, Bemessung, Konstruktion und Betrieb ab 1. Juli 1968 verbindlich. Ab 1. Juni 1968 ist der Fachbereichstandard TGL 173–70 **Wasserbau, Kaimauerausrüstungen; Plattformpoller**; 10 Mp verbindlich. Seine Festlegungen betreffen die Abmessungen, Anordnung, Ausführung, den Begriff Plattformpoller, die Bezeichnung und den Werkstoff.

Im VEB Grünanlagenbau Berlin wurde die TGL 22 719 Technische Vorschriften für Bauleistungen; **Landschaftsgärtnerische Arbeiten, Neubauleistungen** als Entwurf November 1967 erarbeitet. Der Standard ist für Aussaaten, Beräumungsarbeiten, Bewässerungsarbeiten, Bodenbearbeitung, Bodenverbesserung und Fertigrasen vorgesehen. Die einzelnen Forderungen beziehen sich auf allgemeine Angaben, die Ausführung, Bodenverbesserungs- und Düngemittel, Pflanzenschutz- und wachstumsbeeinflussende Mittel, Saat- und Pflanzgut, Garantieleistung und Pflegearbeiten.

Als Entwurf Dezember 1967 wurde die TGL 22 838 Blatt 3 **Lastaufnahmemittel** für das Bauwesen, Berechnungsgrundlagen **Tragbolzen** veröffentlicht, die für Tragbolzen aus Stahl zum Umschlag und zur Montage von Beton-, Stahlbeton und Spannbetonelementen mit runden Aussparungen gelten soll. Die Einzelheiten betreffen allgemeine Festlegungen, die Lastannahmen, Nachweise, Hauptkennwerte, Bezeichnung, konstruktive Durchbildung und Ablegereife.

Die TGL 22 893 **Befestigungsstellen für Fenster, Türen, Tore, Luken** wird als Entwurf März 1968 bekanntgemacht. Ihre Angaben beziehen sich auf die Anordnung der Befestigungsstellen, die Lage der Wandöffnung und die zulässigen Maßabweichungen.

Als Entwurf November 1967 wird die TGL 117–0683 **Ofenkacheln** veröffentlicht. Zunächst wird der Standardtitel erklärt. Die Festlegungen betreffen die Abmessungen, Bezeichnung, Formen, Kennzeichnung, Lagerung, Lieferung, Prüfung, technische Forderungen und den Transport.

Die TGL 22 896 Blatt 2 **Asbestzementerzeugnisse, Welltafeln und Formstücke** ist als Entwurf Februar 1968 erschienen. Außer den Angaben wie im vorgenannten Entwurf sind bautechnische Grundsätze für die Dachdeckung sowie zur Montage enthalten.

Als Entwurf Mai 1968 wird der Fachbereichstandard TGL 23 066 **Hohlblocksteine aus Leicht- und Schwerbeton** bekanntgemacht. Auch in diesem Entwurf wird zuerst der Hauptbegriff erklärt. Weitere Einzelheiten betreffen die Bezeichnung, Kennzeichnung, Lagerung, Prüfung, das Sortiment, die technischen Forderungen und den Transport.

-er.

Rechtsnormen

Nach § 8 der Verordnung über **Ordnungswidrigkeiten** vom 16. Mai 1968 (GBl. II Nr. 62 S. 359) gehört zu den Verstößen gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit die ungenügende Sicherung von Bau- oder Abbruchmaßnahmen und Bauten, die mit Verweis oder Ordnungsstrafe von 10 bis 300 M belegt werden können. In gleichem Umfang können Hausfriedensbruch in öffentlichen Gebäuden oder Verkehrsmitteln (§ 6) sowie die Verunstaltung von Denkmälern, Kunstwerken und Naturschutzobjekten (§ 16) bekämpft werden. – Durch die Verordnung zur Anpassung der geltenden Ordnungsstraf- und Übertretungsstrafbestimmungen und von Strafhinweisen – Anpassungsverordnung – vom 13. Juni 1968 (GBl. II Nr. 62 S. 363) wird nach Anl. 1 Ziff. 55 der § 17 der Verordnung über die **Aufgaben und die Arbeitsweise der Staatlichen Bauaufsicht** dahingehend geändert, daß Verstöße gegen die Deutsche Bauordnung oder bautechnische Standards und weitere Übertretungen mit Verweis oder Ordnungsstrafe von 10 bis 300 M belegt werden können. Bei vorsätzlicher Handlungsweise oder Wiederholung innerhalb von zwei Jahren, wie z. B. die Durchführung von Baumaßnahmen ohne Genehmigung, kann die Ordnungsstrafe bis zu 1000 M ausgesprochen werden. – Mit einem Hinweis auf den geänderten, vorstehend erwähnten § 17 wurde auch § 10 der Zweiten Durchführungsbestimmung zur vorgenannten Verordnung – **Baufachliche Gutachten und Bausachverständigenwesen** – durch die Anordnung zur Anpassung der geltenden Straf- und Ordnungsstrafhinweise – Anpassungsanordnung – vom 12. Juni 1968 (GBl. II Nr. 62 S. 400) geändert. – Die drei Rechtsnormen traten am 1. Juli 1968 in Kraft.

Ebenfalls am 1. Juli 1968 trat die Verordnung über **Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe** – Lieferverordnung (LVO) – vom 31. Mai 1968 (GBl. II Nr. 63 S. 407) in Kraft, nach der die Investitionen für Zwecke der Landesverteidigung sowie der Inneren Sicherheit und Ordnung den strukturbestimmenden Investitionen gleichgestellt sind.

Seit dem 1. August 1968 gelten für die Verrechnung der Geldforderungen aus der Durchführung von Bau- und Montageleistungen sowie wissenschaftlich-technischen Leistungen die Verordnung über die Verrechnung von Geldforderungen aus zwischenbetrieblichen Ware-Geld-Beziehungen – **Verrechnungs-Verordnung** – vom 12. Juni 1968 (GBl. II Nr. 64 S. 423), die Anordnung über die Verrechnung von Geldforderungen aus zwischenbetrieblichen Ware-Geld-Beziehungen im Lastschriftverfahren – **Lastschrift-Anordnung** – vom 12. Juni 1968 (GBl. II Nr. 64 S. 425) und die Anordnung über die Fälligkeit von Geldforderungen aus zwischenbetrieblichen Ware-Geld-Beziehungen – **Fälligkeits-Anordnung** – vom 12. Juni 1968 (GBl. II Nr. 64 S. 426, Ber. Nr. 89 S. 697).

Am 1. Januar 1968 trat die Anordnung über die **Abrechnung von bautechnischen Projektierungsleistungen der nichtvolkseigenen Wirtschaft** vom 27. Dezember 1967 (GBl. II 1968 Nr. 15 S. 66) in Kraft.

Ebenfalls am 1. Januar 1968 trat die Anordnung zur Änderung von Preisanordnungen **zur Inkraftsetzung von Preisanordnungen der Industriepreisreform (Bauwesen)** vom 2. Februar 1968 (GBl. II Nr. 20 S. 87) in Kraft.

Am 1. Januar 1968 trat die Verfügung zur Verordnung vom 20. Oktober 1967 über die Bildung und Verwendung des **Kultur- und Sozialfonds** (GBl. II S. 753) vom 3. April 1968 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 4/5 S. 17) in Kraft. – Sie trat am 1. Januar 1969, außer Kraft. Dafür erlangte die Verfügung Nr. 2 vom 15. Juli 1968 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 8 S. 52) Rechtskraft.

Am 1. Januar 1968 trat die Verfügung über die Anwendung der Verordnung vom 20. Oktober 1967 über die **Bildung und Verwendung des Kultur- und Sozialfonds** (GBl. II S. 753) **in den volkseigenen Betrieben des Bauwesens, die noch nicht nach den Grundsätzen der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion arbeiten** vom 3. April 1968 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 4/5 S. 17) in Kraft.

er.



In absehbarer Zeit werden die Straßen den wachsenden Verkehr nicht mehr bewältigen. Fahren wird ein Wunschtraum sein. Verstopfte Kreuzungen, größte Belastung für Menschen und Material sowie steigende Unfallquote sind die Folgen.

Schon jetzt ist diese Entwicklung in die richtigen (Fahr-) Bahnen zu lenken.

Neu- und Umbau von kreuzungsfreien Straßen sind schwierig und kostspielig. Deshalb gilt es, den Straßenverkehr rationell zu steuern. GRW-Verkehrssignalanlagen schaffen dazu die Voraussetzung.

Fünf verschiedene Typen von Steueranlagen erfüllen von der Einzelsteuerung einfacher Kreuzungen bis zur Zentralsteuerung mehrerer komplizierter Verkehrsknotenpunkte geschaltet zur sogenannten „Grünen Welle" alle vom modernen Straßenverkehr gestellten Forderungen.

Über Detektoren werden die Verkehrsströme erfaßt und einem Rechner aufgeschaltet. Der Rechner optimiert und steuert die Schaltprogramme so, daß Sie schnell und sicher Ihr Ziel erreichen.

Mit 70 km/h unfallfrei durch die Stadt!
Durch GRW-Verkehrssignalanlagen zum fließenden Straßenverkehr.

Stadtplaner sollten unser Angebot nutzen.

VEB GERÄTE- UND REGLER-WERKE TELTOW

Zentraler Anlagenbau der BMSR-Technik
153 Teltow bei Berlin, Oderstraße 74-76





Exporteur: Deutsche Export- und Importgesellschaft Feinmechanik-Optik mbH.
Handelsbereich Industrieautomation
DDR — 102 Berlin, Schicklerstraße 7, POB 1504
Deutsche Demokratische Republik



- Holzkitt
(flüssiges Holz)

Zu beziehen durch die Niederlassungen der Deutschen Handelszentrale Grundchemie und den Tischlerbedarfs-Fachhandel

Bezugsquellennachweis durch

Brücol-Werk Möbius, Brückner, Lampe & Co.
7113 Markkleeberg-Großstädteln



Werkstätten für kunstgewerbliche
Schmiede-arbeiten
in Verbindung mit Keramik
Wilhelm WEISHEIT KG
6084 FLOH (Thüringen)
Telefon Schmalkalden 40 79

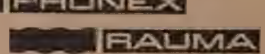
Mechanische Wandtafeln und Fensteröffner
liefert
H. HARTRAMPF
8027 Dresden
Telefon 4 00 97

Auch
Kleinanzeigen
haben große Werbewirkung



Ruboplastic-Spannteppich DDRP
der neuzeitliche Fußbodenbelag für Wohnungen, Büros, Hotels, Krankenhäuser usw.
Verlegfirmen in allen Kreisen der DDR
Auskunft erteilt:
Architekt Herbert Oehmichen
703 Leipzig, Däumlingsweg 21
Ruf 3 57 91









SONIT

lärmbekämpfung · bau- und raumakustik · horst f. r. meyer kg
112 berlin-weißensee, max-steinke-str. 5/6 tel. 563188 · 560186

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 M,
beim Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Kunsthandwerk

922 Oelsnitz i. Vogtland, Melanchthonstraße 30
Kurt Todt, echte Handschmiedekunst, Türbeschläge, Laternen, Gitter

Modellbau

99 Plauen (Vogtland), Wolfgang Borig
Architektur- und Landschaftsmodellbau
Technische Lehrmodelle und Zubehör
Friedensstraße 50, Fernruf 39 27

Kurzfassung	Содержание

KB 323.1 328 DK 711.168(430.2-25) 711.523(430.2-25)

Näther, J.; Mehlan, H.

Aufbau und architektonische Gestaltung des Leninplatzes in Berlin

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 3, S. 136 bis 142, 3 Abb., 1 Lageplan, 4 Grundrisse, 2 Perspektiven

Als östlicher Eingang zum Stadtzentrum von Berlin bildet künftig der Leninplatz einen weithin sichtbaren Höhepunkt in der Stadtkomposition. Im Mittelpunkt des Platzes wird zu Ehren Lenins ein monumentales Denkmal errichtet, dessen Entwürfe von dem sowjetischen Bildhauer Prof. Tomski ausgearbeitet wurden.

Die städtebauliche Lösung des Platzes wurde sehr dynamisch gestaltet. Ein stark gestaffeltes Wohnhochhaus (17, 21 und 25 Geschosse) bildet zusammen mit dem Lenindenkmal die beherrschende Platzdominante. Zu ihrer Steigerung dienen als westliche und östliche Platzwände elfgeschossige Wohnbauten in geschwungener Form. Trapezförmige Sonderachsen, Erhöhung der Geschoßanzahl und die Vergrößerung eines Systemmaßes bilden die Weiterentwicklung der Wohnungsbauserie „Berlin" (P2) für diese Bauten. Mit der Fertigstellung zum 100. Geburtstag Lenins erhöht sich die Einwohnerzahl im Stadtzentrum um rund 4500 Einwohner.

УДК 711.168(430.2-25) 711.523(430.2-25)

Näther, J.; Mehlan, H.

136 **Строительство и архитектурное оформление площади им. Ленина (Ленинплатц) в г. Берлине**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 3, стр. 136 до 142
3 илл., 1 план расположения, 4 гориз. проекции, 2 перспективы

Как восточный вход в центр города Берлина, Ленинплатц будет представлять видной издали высокой точкой в композиции города. В центре площади воздвигается в честь В. И. Ленина монументальный памятник, наброски которого были выработаны советским скульптором, профессором Томским.

Градостроительное решение площади очень динамическое. Высотное жилое здание со значительными ступенями по высоте (17, 21 и 25 этажей) совместно с памятником Ленину является доминантой площади, впечатление которой повышается 11-этажными жилыми домами, ограничивающими площадь на запад и восток. Трапецоидальные специальные оси, повышение этажности и увеличение одного системного размера являются дальнейшим развитием серии жилищного строительства «Берлин» (P2) для этих сооружений. После завершения строительства, намеченного к столетию со дня рождения В. И. Ленина, численность населения повышается на ок. 4500 жителей.

KB 443.1.06 DK 727.94:624.97:621.396.67(430.2-25)

Herzog, W.; Aust, H.; Heider, R.

Umbauung Fernsehturm Berlin

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 3, S. 143 bis 147, 4 Abb., 2 Grundrisse, 1 Schnitt, 1 Ansicht, 3 Perspektiven

Die Umbauung des dominierenden Fernseh- und UKW-Turmes im Zentrum von Berlin hat die Aufgabe eines Bindegliedes zwischen Turm und Stadt. Im Gegensatz zur statischen Vertikalen des Turmes wurde ein mehr horizontales, dynamisches Bauwerk – basierend auf einer Hexagonalgeometrie – gewählt, welches die Funktionen des Turmzuganges, der gastronomischen Betreuung und der Information von Touristen übernimmt. Die plastische Dachform der Faltwerkkonstruktion erlaubt eine attraktive Draufsicht.

УДК 727.94:624.97:621.396.67(430.2-25)

Herzog, W.; Aust, H.; Heider, R.

143 **Застройка вокруг телевизионной башни г. Берлина**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 3, стр. 143 до 147, 4 илл., 2 гориз. проекции, 1 чертеж в разрезе, 3 перспективы

Застройка вокруг доминирующей телевизионной башни в центре Берлина должна быть связующим звеном между башней и городом. В противоположность статической вертикали башни выбрали более горизонтальное, динамическое сооружение – базирующее на гексагональной геометрии – переносящее функции входа в башню, гастрономического обслуживания и информации туристов. Пластическая форма крыши конструкции позволит интересный вид сверху.

KB 266.2 816.2.023 DK 693.8 624.014.9

Kühnert, R.

Leichter und ökonomischer bauen – Metalleichtbau

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 3, S. 148 bis 150, 4 Abb., 1 Detail

Gegenwärtig sind die Möglichkeiten des Formen- und Stoffleichtbaues bei Metallkonstruktionen noch nicht ausgeschöpft. Außer wie bisher im Industriebau muß das leichte Bauen künftig in allen Zweigen des Bauwesens ökonomisch, sinnvoll und schöpferisch angewendet werden.
Im Prognosezeitraum zeichnen sich im Bauwesen folgende Entwicklungslinien ab: Der Leichtbau verdrängt schwere Beton- und Mauerwerkskonstruktionen. Die Vorbereitungs- und Bauzeiten müssen radikal verkürzt werden. Die erheblich reduzierten Transportprobleme erlauben eine industrielle Massenproduktion. Hochkomplettierte Baugruppen werden fabrikmäßig vorgefertigt.

УДК 693.8 624.014.9

Kühnert, R.

148 **Построить легче и более экономично – легкие конструкции из металла**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 3, стр. 148 до 150, 4 илл., 1 деталь

До сих пор, возможности легкой конструкции из металла с точки зрения форм и материалов далеко не исчерпаны. Следует применять легкие конструкции не только в индустриальном, но во всех отраслях строительства, учитывая при этом и экономические аспекты.
В строительном деле, прогностическое развитие характеризовано следующими направлениями:
Легкая конструкция будет вытеснять тяжелые конструкции из бетона и кирпичной кладки. Следует всемерно сократить времена подготовки и строительства. Значительное облегчение транспортной работы позволит индустриальное массовое производство. Становится возможным предварительно изготовить высоко комплектированные конструкционные группы.

KB 101 112 DK 711+72(430.2)

Lammert, U.

Städtebau und Architektur bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 3, S. 151 bis 153

Auch die gesellschaftspolitischen Konzeptionen für die Gestaltung unserer Städte und Stadtzentren verdeutlichen, daß es keine Konvergenz in der Architektur des Sozialismus mit der des Kapitalismus gibt. Die Architektur der DDR hat sich als Bestandteil der Nationalkultur entwickelt. Bei der sozialistischen Gestaltung und Umgestaltung unserer Städte und Dörfer wurden die neuartigen Probleme in enger Zusammenarbeit zwischen staatlichen Auftraggebern, Volksvertretern, Architekten, wissenschaftlichen Baufachleuten und bildenden Künstlern gelöst. Der Verfasser behandelt weiter neue Wesenszüge einer sozialistischen Architektur, das Verhältnis zwischen Architektur und bildender Kunst und Probleme der Großforschung im Städtebau.

УДК 711+72(430.2)

Lammert, U.

151 **Градостроительство и архитектура при оформлении развитой общественной системы социализма**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 3, стр. 151 до 153

Общественно-политические концепции для оформления наших городов и их центров показывают, что не имеется никакой конвергенции между архитектурой социализма и той капитализма. Архитектура в ГДР развилась как составная часть национальной культуры. При социалистической композиции и реконструкции наших городов и деревень решены проблемы нового вида в тесном сотрудничестве, в котором участвовали государственные заказчики, народные представители, архитекторы, ученые и специалисты строительного дела и художники. В дальнейшем автор рассматривает новые характерные черты социалистической архитектуры, соотношения между архитектурой и изобразительным искусством и проблемы исследовательской работы в больших масштабах в области градостроительства.

KB 323.23 DK 711.581(430.2-2.25)

Baumbach, P.

Neue Planung für Rostock-Evershagen

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 3, S. 166 bis 170, 1 Abb., 2 Lagepläne, 1 Grundriß, 1 Schnitt, 1 Ansicht, 3 Abwicklungen, 4 Perspektiven

Für rund 26 000 Einwohner soll in den Jahren 1969 bis 1975 nördlich von Rostock der Wohnkomplex Evershagen entstehen. Die vielgeschossige Bebauung bildet mit ungefähr 70 Prozent den Hauptanteil. Die städtebauliche Grundkonzeption basiert auf drei Großwohneinheiten innerhalb fünfgeschossiger Bebauung, denen 23geschossige Pfeilhäuser zugeordnet sind. Die gesamten zentralen Einrichtungen wurden im Haupt- und Nebenzentrum konzentriert. Großer Wert wurde auf die Funktionsüberlagerung von Wohnungs- und Gesellschaftsbau gelegt, insbesondere bei der Gestaltung der Großwohneinheiten für je 3600 Einwohner, denen Kinder- und Sporteinrichtungen, Gemeinschaftsräume und Parkpaletten direkt zugeordnet sind. Bei der Planung des Wohngebietes wurden Erkenntnisse der Soziologie, der Sozialhygiene, der Sportmedizin und der Gesellschaftswissenschaften mit einbezogen.

УДК 711.581(430.2-2.25)

Baumbach, P.

166 **Новая планировка Росток-Эверсхаген**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 3, стр. 166 до 170, 1 илл., 2 плана расположения, 1 гориз. проекция, 1 чертеж в разрезе, 1 вид, 3 развертки, 4 перспективы

Намечается построить в 1969 до 1975 гг. жилой комплекс Эверсхаген для ок. 26 000 жителей, расположенный в севере г. Росток. Многоэтажные здания составляют ок. 70 % застройки. Основная градостроительная концепция базирует на трех крупных жилых единицах внутри пятиэтажной застройки в связи с 23-этажными стреловидными домами. Все центральные устройства сосредоточены в главном и побочном центрах. В особенности подчеркивается наложение функций жилых и общественных сооружений при разработке крупных жилых единиц на 3 600 жителей, находящихся в прямой компоновке с устройствами спорта и для детей, общественными помещениями и парковыми плоскостями. При планировке жилого района учтен опыт социологии, социальной гигиены, спортивной медицины и общественных наук.

Summary

DK 711.168(430.2–25) 711.523(430.2–25)

Näther, J.; Mehlan, H.

Construction and architectonic design of the Leninplatz in Berlin — 136

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 3, pages 136–142, 3 figures, 1 layout plan, 4 ground plans, 2 perspectives

The Leninplatz as the eastern entrance to the centre of Berlin will be, in future, the focus of all-round visibleness of the construction area of the City. In honour of Lenin, a grandiose monument whose designs were elaborated by the soviet sculptor Prof. Tomski will be erected in the centre of the Place.

The adequate city design planning depends on very dynamic principles. A multistorey high-rise apartment house of 17, 21 and 25 storeys will dominate the Place together with the Lenin document. To improve this massive impression 11-storey swing type residential buildings are used to surround the Place from its western and eastern side. Trapeziform special axes, an increased number of storeys, and increased system dimensions will be the apparent feature of the progressive development of the housing construction series "Berlin" (P2) for such buildings. With the completion of the Place on the occasion of the hundreth birthday of Lenin the number of inhabitants in the centre will grow by about 4.500.

DK 727.94:624.97:621.396.67(430.2–25)

Herzog, W.; Aust, H.; Heider, R.

Surrounding of the Television Tower in Berlin — 143

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 3, pages 143–147, 4 figures, 2 ground plans, 1 section, 1 view, 3 perspectives

A link between tower and City will have to be provided by the surrounding of the dominating television and v.h.f. tower in the centre of Berlin. Contrary to the static vertical line of the tower, a more horizontal, dynamic monumental structure – based on a hexagonal geometry – was chosen to take over the functions of the access to the tower, the gastronomic service, and the tourists' information. On account of the plastic shape of the roof of the folding work construction an attractive top view is possible.

DK 693.8 624.014.9

Kühnert, R.

More economic building in metal light construction — 148

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 3, pages 148–150, 4 figures, 1 detail

At present, the possibilities of the formative and building material metal light construction are not yet fully exhausted. In future, in contradiction to the present methods used in industrial building light constructions must be adopted in all branches of civil engineering on an economical, ingenious and creative basis.

The following trend is characteristic for the present conditions prevailing in architecture:

The light construction is superseding the heavy concrete and masonry designs. It is necessary to radically reduce the time required for the preparatory and the building work. The considerably reduced transport problems permit of an industrial mass production. Highly completed building groups are prefabricated.

DK 711+72(430.2)

Lammert, U.

Town construction and architecture in designing the developed social system of socialism — 151

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 3, pages 151–153

The conceptions of social politics for designing our towns and centres make it clear to everybody, too, that there is no convergency between the architectures of socialism and capitalism. The architecture of the German Democratic Republic has been developed as an element of national culture. On the occasion of the socialist designing and redesigning of our towns and villages the novel problems were solved in close co-operation between governmental customers, representatives of the people, architects, scientific building experts, and creative artists. Furthermore, the author deals with new features of socialist architecture, the relation between architecture and fine arts and the problems arising for high-capacity research work in town-planning.

DK 711.581(430.2–2.25)

Baubach, P.

New planning for Rostock-Evershagen — 166

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 3, pages 166–170, 1 figure, 2 layout plans, 1 ground plan, 1 section, 1 view, 3 layouts, 4 perspectives

From 1969 to 1975, the pile of buildings Evershagen is planned to be built up to the North of Rostock for an approximate number of 26.000 inhabitants. Its main portion is formed by the multi-storey construction at the approximate rate of 70 per cent. The town-planning basic conception is based on three high-capacity dwelling units within a five-storey construction, to which are apportioned 23-storey high-rise apartment houses. The whole of the central equipments were concentrated in the main and secondary centre. Great importance was attached to the combination of residential and social buildings, in particular, in the designing of high-capacity dwelling units for 3.600 inhabitants each who can dispose of facilities for the children and sporting grounds, community rooms, and car parks. The knowledges gained in the field of sociology, social hygiene, sporting-medicine, and social sciences were included in the planning work of the residential area.

Résumé

DK 711.168(430.2–25) 711.523(430.2–25)

Näther, J.; Mehlan, H.

Construction et organisation architectonique de la Leninplatz à Berlin

deutsche architectur, Berlin 18 (1969) 3, pages 136–142, 3 illustrations, 1 plan de situation, 4 tracés, 2 perspectives

La Leninplatz étant l'entrée orientale au centre de Berlin sera, à l'avenir, un point culminant constructif se manifestant à grande distance dans la composition de la ville. En l'honneur de Lenin sera érigé un monument grandiose au centre de la Place dont les projets ont éte elaborés par le sculpteur soviétique Prof. Tomski.

La solution de la Place à l'égard de la planification urbaniste dépend de principes très dynamiques. Un gratte-ciel d'habitation à multiples étages (de 17, 21 et 25 étages) dominera la Place conjointement avec le monument de Lenin. Pour le perfectionnement de cette impression massives, des constructions de logements à onze étages du type incurvé sont employées à entourer la Place à partir du côté occidental et oriental. Des axes spéciaux trapézoidaux, des étages augmentés et l'augmentation des dimensions du système seront la marque distinctive du développement ultérieur de la série de constructions de logement « Berlin » (P2) pour ces bâtiments. Avec l'achèvement de la Place à l'occasion du centième anniversaire de Lenin le nombre d'habitants dans le centre va élever d'environ 4500 habitants.

DK 727.94:624.97:621.396.67(430.2–25)

Herzog, W.; Aust, H.; Heider, R.

L'entourage de la tour de télévision à Berlin

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 3, pages 143–147, 4 illustrations, 2 tracés, 1 section, 1 vue, 3 perspectives

C'est la fonction de l'entourage de la tour de télévision et d'onde ultracourte dominante dans le centre de Berlin de former un lien entre la tour et la ville. Contrairement à la ligne verticale statique de la tour on a choisi un bâtiment plus horizontal, dynamique – se fondant sur une géométrie hexagonale –, lequel se charge des fonctions de l'accès à la tour, du service gastronomique et du renseignement des touristes. La forme plastique du toit de la construction de pliage rend possible une vue d'en haut attractive.

DK 693.8 624.014.9

Kühnert, R.

Il est recommandé de construire d'une manière plus économique et légère métallique

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 3, pages 148–150, 4 illustrations, 1 détail

Les moyens actuels de la construction légère et des matériaux légers ne sont pas encore épuisés en cas de constructions métalliques. A l'avenir, contrairement aux méthodes actuelles employées dans les constructions industrielles il sera nécessaire de faire usage de la construction légère dans toutes les branches de l'architecture d'une manière économique, ingénieuse et productive. On peut observer la tendance suivante dans le domaine d'architecture aux conditions actuelles:

Les constructions légères supplantent les constructions en béton et de murage lourdes. Il faut réduire radicalement les temps de préparation et de construction. Les problèmes de transport qui ont été réduits considérablement permettent une production en masse industrielle. Des groupes de construction complétés sur une grande échelle sont préfabriqués.

DK 711+72(430.2)

Lammert, U.

Construction de villes et architecture lors du façonnement du système social développé du socialisme

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 3, pages 151–153

Même les conceptions de la politique sociale pour l'organisation de nos villes et centres élucident qu'il n'y a pas de convergence entre l'architecture du socialisme et du capitalisme. L'architecture de la République Démocratique Allemande s'est développée comme un élément de la culture nationale. Pendant l'organisation et la réorganisation socialiste de nos villes et villages les problèmes modernes ont été résouts en étroite coopération entre les commettants publics, les représentants du peuple, les architectes, les ingénieurs constructeurs scientifiques et les artistes sculpteurs. L'auteur traite en outre des marques distinctives nouvelles d'une architecture socialiste, la relation entre l'architecture et les beaux-arts ainsi que les problèmes de la recherche à grand rendement dans la construction de villes.

DK 711.581(430.2–2.25)

Baumbach, P.

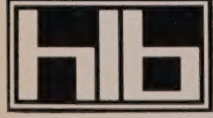
Planification nouvelle pour Rostock-Evershagen

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 3, pages 166–170, 1 illustration, 2 plans de situation, 1 tracé, 1 section, 1 vue, 3 plans, 4 perspectives

De 1969 à 1975, on a prévu pour environ 26.000 habitants le complexe de maisons d'habitation Evershagen au nord de Rostock. La construction à multiples étages forme la portion principale à raison d'environ 70 pour cent. La conception fondamentale de la construction de ville se fonde sur trois unités d'habitation à grand volume au dedans des constructions à cinq étages, auxquelles sont coordonnées des maisons à multiples étages (23). Toutes les installations centrales totales ont été concentrées dans le centre principal et auxiliaire. On a fait grand cas de la combinaison de constructions de logements et de constructions sociales, particulièrement dans la conformation des unités d'habitation à grand volume pour chaque fois 3.600 hommes auqueles sont coordonnés des installations d'enfants et des dispositifs de sport, des pièces collectives et des parcs de stationnement. Pour la planification du territoire d'habitation, il a été possible d'utiliser les connaissances de la sociologie, de l'hygiène sociale, de la médecine sportive et des sciences sociales.

Betten in den Wolken

120 m über dem Berliner Alexanderplatz, vis-á-vis vom etwa dreimal so hohen Fernsehturm, wächst ein weiterer „Höhepunkt" über seine Umgebung hinaus: das insgesamt 40geschossige Hotel „Stadt Berlin". Schon in wenigen Monaten wird es mit 2000 Betten das bei weitem größte Hotel in der Deutschen Demokratischen Republik und in ihrer Hauptstadt Berlin sein. Besonderen Anforderungen der Klimatisierung und des Winddruckes muß die Fassade dieses Hochhaushotels gerecht werden – Anforderungen, die schon bei vielen repräsentativen Bauten von hlb-Fensterbändern gemeistert wurden. Am Hotel „Stadt Berlin" unterstreichen die nach oben vom Dunkelblau zum lichten Hellblau eingesetzten Brüstungen aus emailliertem Einscheiben-Sicherheitsglas farbperspektivisch die Höhe des modernen Hotelbaus



VEB HOLZ- UND LEICHTMETALLBAUELEMENTE

7021 Leipzig Zschortauer Straße 57—59 Telefon: 5 01 54 Telex: 051 332

Exporteur:

Holz und Papier Ex- und Import

Volkseigener Außenhandelsbetrieb der Deutschen Demokratischen Republik · 108 Berlin, Krausenstr. 35/36

31 409